Student ☭ im Klassenkampf

Nr. 5
Oktober 1971

INHALT:

FÖJ - Bewegung für Revisionismus

Kritik am ›Programmentwurf‹

INHALT :

Vorwort	S. 1
Die "Kapitalismusanalyse" der FÖJ	S. 4
Österreichischer Kapitalismus	S.15
Zur klassenanalytischen "Grundlage" im FÖJ-"Programm"	S.23
Geschichte der Arbeiterbewegung	S.28
Sozialdemokratie	S.38
KPÖ	S.43
Sozialistische Lander	S.48
Internationalismus	S.55
FÖJ und Jugend	S.60
Zur politischen Strategie	S.62
Anhang: Die Replik der FÖJ. Eine Vorwegnahme.	S.76

Diese Arbeit wurde Ende Juli abgeschlossen.
An ihr waren die Genossen T.Bauer, S.Gründorfer, R.Haußmann, F.Hellmut, W.Kleinert, W.Lindner, P.Morré, W.Reichmann und G.Stemberger beteiligt.

student im klassenkampf

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfaltiger:
Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS),
verantwortlicher Redakteur: Walter Lindner, alle
1090 Wien, Porzellangasse 33a

Vorwort

Das "Programm" der FÖJ ist nicht nur in seiner Gesamtheit extrem revisionistisch, sondern ausserdem ein derart lächerliches und groteskes Elaborat, dass die Frage berechtigt ist, warum wir es überhaupt einer so ausführlichen Kritik unterziehen. Man könnte das "Programm" tatsächlich als ungewollt humoristischen Beitrag zur Diskussion in der Linken abtun, wäre es nicht der ideologische Reflex der opportunistischen Politik der FÖJ. Diese Politik aber ist von gewisser Bedeutung, weil - abgesehen von der KPÖ - die FÖJ neben uns die zweite grössere Organisation (zumindest in Wien) ist. Die unvermeidliche Existenz eines revolutionäres und eines revisionistischen Flügels in der sozialistischen Bewegung drückt sich hier in aller Klarheit aus. Erster Grund für diese ausführliche Kritik ist also der notwendige politische und ideologische Kampf gegen die FÖJ.
Dem programmatischen Revisionismus entspricht ganz die ganz und gar opportunistische Politik der FÖJ.Wie diese Politik aussehen kann, ahnt man bei der Lektüre der letzten "Programm"-Abschnitte. Was dort demonstriert wird, ist völlige Perspektive- und Strategielosigkeit und engstirniger, kleinlicher, bornierter Pragmatismus. So erscheint also der Kampf um den Sozialismus von einem kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt aus! "Der Anarchismus ist die Ideologie des wildgewordenen, der Revisionismus die des zahmen Kleinbürgers".(Pannekoek, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung, s.6o)

Die Kritik des FÖJ-Elaborats nehmen wir zum Anlass, um zweitens eine exemplarische Revisionismuskritik zu liefern. Es versteht sich von selbst, dass eine Reihe von revisionistischen Entstellungen des Marxismus-Leninismus sich auch in der KPÖ finden, auch wenn dort die revisionistischen Extreme des XIX. Parteitags tatsächlich zum Teil beseitigt wurden - Beseitigung solcher Extreme bedeutet aber noch nicht Überwindung des Revisionismus.

Drittens kann diese Arbeit dazu dienen, in einer Reihe von Fragen positiv unsere Position zu formulieren.

Warum braucht die FÖJ ein solches Programm? Warum hat sie riskiert, solches Zeug zu liefern? Denn für eine "umfassende und allseitige theoretische Orientierung" wird wohl auch der dümmste FÖJ-ler dieses "Programm" nicht halten.(Zitat aus dem Vorwort) Ein "Programm" solcher Art braucht man dann, wenn man keinen Boden unter den Füssen hat, wenn man dem Auf und Ab der Tagespolitik erliegt, wenn man einen Ersatz braucht für das, was für einen Revolutionär der Marxismus-Leninismus ist. Wir geben nicht vor, eine fertige revolutionäre Strategie zu haben. Wir verfügen über die marxistisch-leninistische Theorie, die "nur im engen Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt". (Lenin)Unsere strategischen Orientierungen sind keine Strategie der Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Etappe, sondern in Gestalt der "allgemeinen Lehren des Marxismus-Leninismus" konzentrierter Ausdruck der Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung. Diese allgemeinen Lehren des ML sind daher die sichere Ausgangsbasis, von der aus wir Politik machen und den ideologischen Kampf gegen den Revisionismus führen. Ein "Programm" müsste die Strategie der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zum Inhalt haben. Dies ist aber in der gegenwärtigen Etappe weder notwendig noch möglich. Unsere Kritik soll daher auf keinen Fall eine Art "Gegenprogramm" sein - obwohl sie sicher über weite Strecken (obwohl Kritik) systematischer ist als das kritisierte "Programm".

Neben der inhaltlichen Kritik ist auch eine formale Kritik des FÖJ-"Programms" angebracht. Wir haben die von uns behandelten Themenbereiche in der Reihenfolge aneinander gereiht, wie dies bei der Entwicklung einer politischen Strategie oder An-

sätzen dazu sinnvoll wäre. Das "Programm" der FÖJ hingegen beginnt (ausser der Autobiographie) mit der "Jugend"(!), dann kommt der "Imperialismus", vermischt mit allerhand anderen Sachen, dann die "Manipulation" - und dann erst beginnt man, sich über die Struktur des gegenwärtigen Kapitalismus den Kopf zu zerbrechen. Die inhaltliche Kritik wird zeigen, dass dieser Aufbau des "Programms" tatsächlich der ideologischen Position der FÖJ entspricht.

Beim ideologischen Zustand der österreichischen Linken ist es nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, das "Revisionismus" nicht ein Schimpfwort oder Schlagwort ist, sondern ein exakter Begriff des wissenschaftlichen Sozialismus. Inhaltlich aufweisen, worin der Revisionismus der FÖJ besteht, bedeutet, den grundlegenden Charakter dieser Organisation freizulegen als dem Marxismus-Leninismus gegenüber feindliche Richtung, als Hindernis beim Kampf um den Sozialismus.

Es gibt keine allgemeine Definition von Revisionismus und kann sie auch gar nicht geben. Lenin zeigte in seinem Kampf gegen den Revisionismus auf, dass man den Revisionismus weder mit Zufälligkeiten noch mit Fehlern einzelner Personen und Gruppen erklären kann, sondern dass seine Ursachen in der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft selbst liegen. Wichtigst Erkenntnis ist daher die Unvermeidlichkeit des Opportunismus, dessen ideologischer Ausdruck der Revisionismus ist, in der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung. Diese Unvermeidlichkeit bezieht sich natürlich nicht auf die organisatorische Existenz der FÖJ und auf die konkrete Form des Revisionismus, aber auf die Existenz des Revisionismus in der europäischen Arbeiter- und kommunistischen Bewegung, sowie auf besondere Züge, die der Revisionismus in Österreich historisch angenommen hat.

Es gibt keine allgemeine Definition, aber es gibt eine allgemeine Charakterisierung des Revisionismus:

> "Die Haltung von Fall zu Fall festlegen, sich an Tagesereignisse, an das Auf und Ab im politischen Kleinkram anpassen, die Grundinteressen des Proletariats, die Grundzüge der ganzen kapitalistischen Ordnung und der gesamten kapitalistischen Entwicklung vergessen, diese Grundinteressen um wirklicher oder vermeintlicher Augenblichsvorteile willen opfern - darin besteht die revisionistische Politik."(Lenin, Ausgewählte Werke,I,s.89) Trotz der gemeinsamen Züge aller historischen Ausprägungen des Revisionismus sind historische Durchzieher, wie sie etwa von der KPCH gemacht werden, wenn die "modernen Revisionisten" der KPdSU als neue Bernsteinianer bezeichnet werden (Polemik über die Generallinie), falsch. Das heisst nämlich, hinter "geistesgeschichtlichen" Zusammenhängen die verschiedene objektive Grundlage, die verschiedene Klassenbasis des Revisionismus zu vergessen. Weder der Revisionismus der Kommunistischen Parteien, noch der der FÖJ ist nur eine Neuauflage des Revisionismus der II.Internationale.

Lenin zeigt, dass der Revisionismus nicht von Zufällen abhängt, sondern ein unvermeidliches Übel in der internationalen Bewegung ist. Unsere Kritik am "Programm" der FÖJ ist daher als exemplarisch zu verstehen. Sie soll zweitens die theoretische Grundlage des politischen Kampfes gegen die FÖJ sein. Sie kann aber eine allgemeine umfassende Revisionismuskritik nicht ersetzen. Einzelne Formulierungen des "Programms" - wenn auch diese zumeist nicht zufällig sind - sind austauschbar, verbale Änderungen am "Programm" sind für die FÖJ durchaus möglich. Aber die Grundlinien liegen fest. Und der Revisionismus besteht in eben diesen Grundlinien, über denen sich ein verworrener, aber bunter Überbau erhebt, der die Resultierende aus Modeströmungen, Zufälligkeiten im Bücherkauf usw. ist - und der sich zudem "gleichsam über Nacht"(Vorwort) ändern kann. Seit dem Erscheinen sind viele Nächte vergangen und uns sind eventuelle neue Ausblicke und Perspektiven nicht bekannt. Indes ist dies irrelevant, denn weder am Charakter des "Programms" noch an unserer Kritik würde sich etwas grundlegendes ändern. Von daher wird auch der vereinzelte Bezug auf die "aspekte" und die "Sommerakademie" der FÖJ legitim.

Unsere Kritik weist nach, dass alle von Lenin genannten Züge des Revisionismus auf die FÖJ zutreffen. Sie vergisst den grundlegenden Widerspruch im Kapitalismus, der im Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat zutage tritt. Sie bleibt daher in den oberflächlichsten Erscheinungen befangen. Sie leugnet und vergisst die allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitalismus und verdreht darüber hinaus die Grunderkenntnisse des historischen Materialismus: sie wechselt auf idealistische Positionen über. Sie verwischt den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie. Sie verlässt den proletarischen Klassenstandpunkt. Ihre Politik wird daher haltlos, sie "passt sich an das Auf und Ab im politischen Kleinkram an, ja sie erklärt dieses "Auf und Ab" zur politischen Strategie.

Die FÖJ ist nur erklärlich als Produkt der revisionistischen Entwicklung der KPÖ. Gemeinsam mit dem Wiener Tagebuch gehört die FÖJ zum äussersten rechten Flügel, der 1958 die "Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus" durchsetzte und schliesslich im XIX. Parteitag der KPÖ gipfelte. Der XIX. Parteitag ist der Höhepunkt des Revisionismus in der KPÖ, FÖJ und WTB gehörten zu den Hauptproponenten dieser Richtung. Es wäre aber völlig falsch, zu übersehen, dass in der KPÖ gegen diese Ausrichtung kein nennenswerter Widerstand geleistet wurde, dass Marek, Kodicek etc. keineswegs allein waren. Es genügt,sich die damaligen Reden von heute in der KPÖ nach wie vor führenden Funktionären wie Scharf, Muhri etc. durchzulesen, um zu sehen, dass auch sie damals diesen Kurs vorantrieben und dass sie daher genauso die Verantwortung dafür tragen. Nach der Intervention in der CSSR und mit dem wachsenden Widerstand in der KPÖ gegen einige der extremrevisionistischen Auswüchse formierten sich die führenden GE-Kreise, Marek und Co. sowie FÖJ und die damalige VDS-Leitung zu einer regelrechten Fraktion - und zwar als rechter Flügel in der KPÖ. Die weitere Entwicklung ist bekannt: XXI.Parteitag der KPÖ, Ausschluss einiger der führenden Leute dieser Fraktion, Gründung und Zerfall der WTB-Gruppe. Was davon blieb - ist die FÖJ. Was nun am FÖJ-"Programm" zuerst verblüffte, ist, dass der gesamte revisionistische Plunder des XIX.Parteitags in kaum veränderter und kaum verhüllter Form da ist. Das bestätigt dass die Abspaltung der FÖJ von der KPÖ eine Abspaltung nach rechts war, bei der nur der ganz alte KP-Revisionismus mit einigen neuen Elementen kombiniert wurde, die aus einer anderen revisionistischen Stömung kommen, nämlich der Strömung, die sich in Namen wie Garaudy, Fischer, Marek, Richter und anderen CSSR-Liberalen ausdrückt. Diese Kombination stellt die Basis dar, auf der sich der oben genannte eklektizistische Überbau erhebt. Der Schritt weg von der KPÖ war faktisch ein Schritt nach rechts, mehr noch: eine ganze Serie von Schritten - und dafür ein Schritt hin zur Sozialdemokratie. Das ideologische Wirrwarr, das die Grundlinien zum Teil verschleiert, enthält einige scheinlinke oder (abstrakt genommen) sogar linke Elemente, die aber in der Gesamtheit völlig irrelevant sind. Wichtig ist, dass im "Programm" keine marxistisch-leninistische Kritik an der KPÖ, am XIX.Parteitag, an den sozialistischen Ländern geübt wird - was auf der durch und durch revisionistischen Linie auch nicht möglich ist.

Der unversöhnliche Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus ist eine unserer zentralen Aufgaben. Diese Kritik wird dabei sicherlich einen Beitrag zur Isolierung und Schwächung der FÖJ leisten.

Die ‹Kapitalismusanalyse› der FÖJ

Kernstück jeder Analyse und Grundvoraussetzung jeder Strategie müsste die Analyse des historisch-konkreten kapitalistischen Systems sein, gegen das wir kämpfen. Dass diese Analyse nur zu leisten ist, wenn vorgängig die allgemeinen Gesetze des Kapitalismus verstanden wurden; dass sich jeder Revisionismus am krassesten und verlässlichsten in der Haltung zur Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie, im Ignorieren bzw. im Leugnen grundlegender Gesetzmässigkeiten des Kapitalismus zeigt: das alles sind Binsenwahrheiten. Hier liegt der Punkt, an dem sich revolutionäre und revisionistische Theorie scheiden, noch mehr: an dem sich Materialismus und Idealismus - bloss ethische Ableitung des Sozialismus - scheiden.

Gehen wir schrittweise vor, sind zuerst die allgemeinen Gesetze des Kapitalismus zu entwickeln, dann der Monopolkapitalismus, der Imperialismus und die Rolle des Staates im Prozess der Kapitalverwertung.

ALLGEMEINE GESETZE DES KAPITALISMUS

Die allgemeinen Gesetze des Kapitalismus, ohne die das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft nicht begriffen und daher eine Strategie nicht entwickelt werden kann, werden von der FÖJ ignoriert oder explizit geleugnet. So notwendig es wäre, können hier nicht diese Bewegungsgesetze entwickelt werden - die Kenntnis zumindest der grundlegenden Kategorien muss vorausgesetzt werden.

(Die idealistische "Krisentheorie")-
Das grellste Licht auf diesen Punkt wirft die Behandlung der Krisen im Kapitalismus. Die Krisen resultieren bekanntlich aus dem Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und sind daher

eine dem Kapitalismus immanente Notwendigkeit. Schon daraus folgt, dass kein je erreichbares Entwicklungsniveau des Kapitalismus diesem eine absolute oder relative Krisenstabilität sichern kann. Erst von dieser Einsicht aus wäre zu entwickeln, warum der europäische und amerikanische Kapitalismus in der Rekonstruktionsperiode nach dem II. Weltkrieg, die spätestens mit der westdeutschen Rezession von 1966/67 ihren sichtbaren Abschluss gefunden hat, grössere Krisen vermeiden konnte. Es würde sich dann nämlich zeigen, dass dieses Phänomen nicht den Veränderungen des Kapitalismus, nicht dem von ihm erreichten Niveau der Produktivität oder Konzentration oder sonstwas geschuldet ist, sondern dem Wirken besonderer Nachfragefaktoren nach dem II. Weltkrieg. Aber es ist gerade ein Grundzug einer bestimmten Spielart von "sozialistischer Theorie", dass sie die Konjunktur, die unbegrenzt scheinende Expansion des Kapitals, die damit verbundene zeitweise Überdeckung der kapitalistischen Widersprüche als das Neue des "modernen Kapitalismus" ansieht, für dauerhaft hält und daraus notwendig nur reformistische Strategien oder gar keine mehr ableiten kann. Wenn man wie die FÖJ die dem Kapitalismus immanenten Widersprüche nicht sieht, so ist auch die Notwendigkeit des Sozialismus nicht aus der Zuspitzung dieser Widersprüche, d.h. aus den Produktionsverhältnissen ableitbar, sondern nur mehr aus dem Überbau, als ethische Notwendigkeit. Und genau das ist der Grundzug des gesamten "Programmes" der FÖJ. Die "Strategie" hat jeden materialistischen Boden unter den Füssen verloren, der Überbau beherrscht die Basis, die Kritik wird moralisierend.

(Suggestion statt Analyse)- Die Triebkraft des Kapitals ist der Profit, die maximale Verwertung des Kapitals. Die Profitrate ist der Regulator der Entwicklung des Kapitalismus. Wird diese Grundtatsache fallengelassen, müssen die Bewegungsgesetze des Kapitals im Dunklen bleiben. Genau das geschieht bei der FÖJ (was weiter unten gezeigt wird). Bai der Kapitalismusanalyse müssen die allgemeinen Gesetze des Kapitals zum Ausgangspunkt genommen werden, um dann zu zeigen, wie sie sich jeweils konkret durchsetzen. Oder: die Analyse eines historisch-konkreten Kapitalismus kann nur auf der Basis der Kenntnis der allgemeinen Gesetze erfolgen. Andernfalls tritt an die Stelle der Analyse oberflächliches Gewäsch, dem Leser werden einzelne Brocken hingeworfen, ihr innerer Zusammenhang, ihr Stellenwert bleibt unklar: Schlussfolgerungen werden keine gezogen, die Analyse wird nur suggeriert. Es wird vorgetäuscht, dass das, was am Ende herauskommt, mehr ist als die Wiederkäung der banalsten Gemeinplätze, die der Revisionismus seit eh und je propagiert. Hier - bei der "Kapitalismusanalyse" - gilt wie überall im "Programm": die "theoretischen" Ausführungen dienen der scheinbaren Untermauerung, der Absicherung der revisionistischen Schlussfolgerungen. Ein näheres Hinsehen zeigt, dass nicht nur die allgemeinen Gesetze des Kapitalismus ignoriert und geleugnet werden: auch die marxistischen Kategorien werden falsch verwendet. Es ist eindeutig nachweisbar, dass im FÖJ-"Programm" so ziemlich alle grundlegenden Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie sowie des Marxismus überhaupt falsch verwendet werden.

(Die Ware)- Das gilt zum ersten für die "Ware": "...Nachricht, Information insgesamt, trägt alle Merkmale der Ware, versehen mit dem spezifischen Merkmal des Besitzers ..."(11/2): Ein Produkt wird jedoch zur Ware, wenn es im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung von "Privatproduzenten" hergestellt, in die Zirkulation geworfen, und dort nach dem Äquivalenzprinzip getauscht wird. Dieser exakte Begriff der Ware verschwimmt, wenn Revisionisten dem Unbehagen an gesellschaftlichen Erscheinungen Ausdruck verleihen wollen, indem sie sich der "marxistischen Ausdrucksweise" bedienen. Auch der "Fetischcharakter der Ware" (vgl. dazu den Abschnitt über "Mystifikation und Klassenbewusstsein") wird so aus der präzisen Kategorie, die gerade die Negation eines kleinbürgerlich gewendeten "Entfremdungs"-begriffs darstellt, zur Hülse mit völlig anderem Inhalt: "Der Fetischcharakter der Ware triumphiert über alle Bereiche privaten und öffentlichen Seins"(12/6): "Ware" wird zum Synomym für "schlecht".

(Lohnarbeit)- Lohnarbeit ist die spezifische gesellschaftliche Form, die die Arbeit im Kapitalverhältniss annimmt. Daher leistet weder der herkömmliche Beamte, noch der Bauer Lohnarbeit - einfach weil er keinem Kapital gegenübersteht, weil er nicht einmal formell unter das Kapital subsumiert ist - und daher (um die Relevanz dieser Unterscheidung zu zeigen) nicht unmittelbar den zyklischen Bewegungen des Kapitals, nicht seinen Zentralisationstendenzen unterliegt. Daran ist die absurde Passage zu messen: "Auf einem relativ hohen Einkommensniveau werden Arbeiter und Angestellte, in den Dienstleistungssektoren Beschäftigte, die kleinen Handwerker, die Mehrzahl der kleinen und mittleren Bauern zu einer einzigen, mehr oder minder homogenen Klasse zusammengedrängt, deren Hauptmerkmal nach wie vor (!) die Lohnabhängigkeit, die Trennung vom erarbeiteten Produktionsergebnis, kurz: die Subsumierung unter die Bedingungen entfremdeter Lohnarbeit ist."(12/9)

Es ist nur konsequent, wenn eines der abgeleiteten und noch dazu gar nicht für das Kapitalverhältnis spezifischen, sondern allen Klassengesellschaften gemeinsamen Phänomene, nämlich die Trennung vom Produkt, zur Definition von Lohnarbeit gemacht wird. Nicht diese Trennung des Produzenten vom Produkt, sondern die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln bei formaler persönlicher Freiheit ist das Spezifische der Lohnarbeit.

("Reproduktion" bei der FÖJ)- Unter "Reproduktion" versteht die FÖJ offenbar: Konsumtionsbereich: (24/1)

"Sie (die Frau) ist Objekt der Ausbeutung und Ausnützung, sie wird ausgebeutet in der Sphäre der Produktion und in der Sphäre der Reproduktion (?): nach ihrer Arbeitszeit bewältigt sie die Aufgaben des Haushalts, der Erziehung, und ist Lustobjekt des Mannes, sie ist seinen privaten und öffentlichen Launen,'Gewohnheiten' ausgesetzt."

Dem marxistischen Leser ist der Abschnitt 12/2 dagegen schleierhaft:

"Durch die Verschiebungen zwischen der für den Produktionsprozess einerseits und jener für der Reproduktionsprozess andererseits notwendigen Zahl der Lohnabhängigen wird jedoch letzterer Bereich innerhalb des Mechanismus der Kapitalverwertung mit dem Produktionssektor gleichrangig und bildet mit ihm eine neue Einheit von Schaffung und Realisierung von Mehrwert!"

Dabei hätte man nur im Kapital I, chapter 21 nachsehen müssen, um zu finden:"Welches immer die gesellschaftliche Form des Produktionsprozesses, er muss kontinuierlich sein oder periodisch stets von neuem dieselben Stadien durchlaufen. So wenig eine Gesellschaft aufhören kann zu konsumieren, so wenig kann sie aufhören zu produzieren. In einem stetigen Zusammenhang und dem beständigen Fluss seiner Erneuerung betrachtet, ist jeder gesellschaftliche Produktionprozess daher zugleich Reproduktionsprozess.

Die Bedingungen der Produktion sind zugleich die Bedingungen der Reproduktion."(Kapital I,s.591)

Die FÖJ kam auf ihren seltsamen Begriff von "Reproduktionsprozess" offenbar wegen des gleichlautenden Ausdrucks der "Reproduktion der Arbeitskraft". Denn was soll neben dem Produktions- ein Reproduktionssektor?

Arbeits- und Verwertungsprozess werden weder klar getrennt, noch in ihrem dialektischen Widerspruch gesehen, dafür aber Arbeits- und Verwertungsprozess identifiziert (12/2).

(Der Profit)- "Extraprofit" klingt gut. Daher: wenn ein Kapitalist eine Ware verkauft, realisiert er einen Profit; wenn er sie aber einem Jugendlichen verkauft, macht er einen "Extraprofit":"...Hier wird auch die Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems sichtbar: indem einerseits gegen "Verrottung" der Moral, die eine der Voraussetzungen für den Anpassungs- und Integrationsprozess darstellt, zu Felde gezogen wird, andererseits durch primitive Ausnützung dieser Emanzipationsbestrebungen der Jugend Extraprofite realisiert werden..." (5/4) Hier ist das Verhältnis von Mehrwert, Profit, Gesamtprofit des Kapitals, Durchschnittsprofit und Extraprofit nicht verstanden worden. Überhaupt ist mit so komplizierten Entwicklungen nicht zu rechnen in einem "Programm", das "Profit" im vulgärsten umgangssprachlichen Sinn ver-

wendet: Wenn ich Geld kriege, mache ich Profit!: "...Die Fremdenführer, Souvenirverkäufer und ihre verschiedensten Ableger, deren wirtschaftlicher (!) Profit (!) in keinem Verhältnis (!) zu ihrer Leistung und Arbeit steht"(!!:21/3).

("industrielle Reservearmee")- Die Funktion der "industriellen Reservearmee"(Kapital I, chapt.23, Abschn. 3 und 4) besteht bzw. bestand - denn heute gibt es sie offenbar nicht mehr ("...damals...") - anscheinend darin, billige Rohstoffe und Arbeitskräfte zu liefern und Fertigprodukte teuer abzunehmen: "...die gnadenlose Ausbeutung der wirtschaftlich unterentwicklet gehaltenen Länder, denen die Rolle der ehemals nationalen industrieller Reservearmee in doppelter Weise aufgezwungen wird: als Lieferanten von billigen Rohstoffen und Arbeitskräften, sowie als Abnehmer von teuren Fertigprodukten."(12/8)

("Feudalismus")- Dieser kurze Blick auf wesentliche Kategorien zur Analyse des Kapitalismus legt den Schluss nahe, dass die FÖJ sich nicht gerade durch einen besonders geschärften Blick für die wesentlichen Formunterschiede verschiedener Gesellschaftsformationen auszeichnet. Tatsächlich stellt sich das bei der "Analyse" der Übergangsgesellschafter heraus, wo sich folgende bemerkenswerte Leistung findet: "Er (der Kapitalismus) ist zur stärksten Stütze von Feudalismus, Analphabetismus und Neokolonialismus geworden!" (8/3) Interessant ist die gleichberechtigte Aneinanderreihung der drei Bosheiten des Kapitalismus; interessant ist dass der Imperialismus nicht kraft seiner inneren Gesetze den Neokapitalismus hervorbringt, sondern zu dessen Stütze geworden ist; interessant aber ist vor allem, dass der Kapitalismus zur Stütze des Feudalismus geworden ist. Feudalismus bezeichnet für Marxisten die mittelalterliche Produktionsweise.deren Charakteristika sind, dass der Bauer an die "Scholle" gebunden ist, die Produktivkräfte eng begrenzt sind, die Familie die ökonomische Einheit ist etc und dass der Feudalherr sich das Mehrprodukt zu Konsumzwecken aneignet. In dem Moment, in dem diese Naturalrente sich in Geldrente verwandelt, beginnt auch die Zersetzung dieser Produktionsweise durch Handelskapital, Weltmarkt etc. Das Kapital entwickelt sich in den Poren der feudalen Gesellschaft, dringt nach und nach in alle gesellschaftliche Verhältnisse ein, zersetzt sie. Der Kapitalismus zerstört den Feudalismus und muss dies notwendigerweise tun. Es versteht sich daher, dass die Länder der "Dritten Welt" nicht feudal sind. Am Beispiel Iran könnte man exemplarisch verfolgen, wie der Kapitalismus auch alle Überreste zerstört hat, die den Anschein einer feudalen oder "halbfeudalen" Gesellschaft erwecken können. Wieder einmal wird also der exakte marxistische Begriff zur Phrase. Vielleicht versteht die FÖJ unter "feudal" bloss rückständig, einen niedrigen Stand der Produktivkräfte, reaktionäre Regimes, despotische Formen der Herrschaft - oder ist vielleicht gar ein Land "feudal", das einen König hat?

Was bisher gesagt wurde, sollte dazu dienen, die oberflächliche, flatterhafte Begriffsbildung zu demonstrieren, die Ignoranz und das Unverständnis marxistischen Begriffen und der marxistischen Methode gegenüber zu zeigen und zu zeigen, dass - gestützt auf einen solchen"Kategorienapparat" - eine Analyse des Kapitalismus gar nicht mehr möglich ist.

MONOPOLKAPITALISMUS

Es genügt natürlich nicht, die allgemeinen Gesetze des Kapitalismus zu entwickeln, es muss der Kapitalismus in seiner Form als Monopolkapitalismus analysiert werden. Durch den Prozess der Konzentration und Zentralisation des Kapitals schlägt die Konkurrenz ins Monopol um, ohne dass deshalb die Konkurrenz zwischen den Kapitalien aufgehoben würde. Nach wie vor setzen die kapitalistischen Gesetzmässigkeiten sich durch, nach wie vor werden den Kapitalisten diese Gesetze durch die Konkurrenz aufgeherrscht.(Vgl. dazu unbedingt: Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, s.542ff)
Die Abstraktion von der Konkurrenz - das Ignorieren der Tatsache, dass ohne Konkurrenz der Kapitalismus überhaupt unmöglich ist - führt notwendig zur Theorie vom "organisierten Kapitalismus".

("Krisenfreiheit")- Im "Programm" werden nicht die inneren Bewegungsgesetze des Monopolkapitalismus beschrieben, sondern einige Oberflächenphänomene - noch dazu falsch - angeführt. Die zentrale These ist die der "relativen Krisenstabilität" des modernen Kapitalismus. Der Kapitalismus hätte ein Stadium erreicht, in dem er erfolgreiches Krisenmanagement betreiben kann. "Seine relative Krisenstabilität verdankt er Eigenrationalisierungen, die dabei durchaus objektiven Erfordernissen der Schaffung und Realisierung des Mehrwerts auf neuer politischer Grundlage entsprechen"(12/3).
Eine solche These spricht aller marxistischen Theorie Hohn. Ihre Entstehung verdankt sie der subjektiven Verallgemeinerung einer spezifischen historischen Situation nach dem II. Weltkrieg. Warum aber kann der Kapitalismus nach Meinung der FÖJ grosse Krisen vermeiden? Wegen der Entstehung von Mammutkonzernen durch beschleunigte Konzentration (und Zentralisation; müsste es heissen) des Kapitals (12/4) und offenbar durch die staatlichen Eingriffe (12/5).

(Marx'sche Krisentheorie)- Hier kann die Marx'sche Krisentheorie nur andeutungsweise ausgeführt werden. Krisen haben ihre Ursachen im Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft: zwischen der gesellschaftlichen und sich immer mehr vergesellschaftenden Produktion und der privaten Aneignung. Die Produktionsverhältnisse bestimmen auch die Distributionsverhältnisse, d.h. die Teilung des Produkts in variables Kapital und Mehrwert. Ziel des Kapitalisten ist die maximale Verwertung seines Kapitals, der maximale Profit (was hier mit Mehrwert gleichgelten kann). Aber nicht der einzelne Profit ist der Zweck des Kapitalisten, "sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnens"(Kapital I,s.168),"die Bewegung des Kapitals ist daher masslos ..."(ebenda) - und diese masslose Bewegung ist für jeden einzelnen Kapitalisten eine ihm durch die Konkurrenz aufgeherrschte Notwendigkeit. So schliesst die kapitalistische Produktionsweise eine "Tendenz ...nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte(ein)...abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb deren die kapitalistische Produktion stattfindet"(Kapital III,s.259). Dieser Widerspruch wird im Kapital III, chapt. 15 ausgeführt: Masslose Bewegung des Kapitals masslose Entwicklung der Produktivkräfte, masslose Ausdehnung der Produktion, d.h. masslose Aneignung von Mehrarbeit - aber nur begrenzte Möglichkeiten von Mehrwert-Realisierung.

"Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind ndur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiednen Produktionszweige und die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztere ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft; sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der grossen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderlichen Minimum reduziert."(Kapital III,s,254)

(Krise und Rekonstruktionsperiode)- Solange die Gesellschaft kapitalistisch ist, sind Krisen möglich und notwendig. Das ist ein allgemeines Gesetz dieser Produktionsweise, das weder durch Staatseingriffe, noch durch Ablösung der Realisation der Gebrauchswerte von dem unmittelbaren Privatkonsum (Rüstung z.B.) sistiert werden kann. Ändern kann sich natürlich die Form der Krisentendenzen. So hatte z.B. das geltende Währungssystem (Anmerkung: bis vor kurzem), der Gold-Devisen-Standard mit seinen institutionellen Regeln über feste Wechselkurse etc. die Wirkung, dass sich Ungleichgewichte im Handel nicht unmittlbar als Handelskrisen, sondern als Währungskrisen äussern. Aber diese Krisen beschränken sich nicht auf die Sphäre des "Geldschleiers", sondern wirken zurück auf die Sphäre der realen Produktion. Erschütterungen im Währungssystem sind Folge von Störungen in Handel und Produktion (vgl. den westdeutschen Kapitalexport nach 1966/67) und erschüttern ihrerseits wieder den Welthandel, die Realisierungsbedingungen

des Kapitals. Es wäre lächerlich, anzunehmen, Währungskrisen, Inflation oder gar "Krisen" im Überbau oder Phänomene wie Luftverschmutzung etc. hätten die "klassischen" Krisen ersetzt. Umso lächerlicher ist die These von der "relativen Krisenstabilität" des Kapitalismus, wenn sie in der Zeit vorgebracht wird, wo die besonderen Faktoren, die grössere Krisen nach dem II.Weltkrieg vermeidbar machten, entweder weggefallen sind (Rekonstrukion der Ökonomie in Europa, die gigantisch aufgestaute Nachfrage nach Gebrauchsgütern etc.) oder zu krisenhaften Erscheinungen noch grösseren Ausmasses geführt haben (wie die Aufrüstung seit dem kalten Krieg, die notwendig Inflation hervorbringt und daher auf einem bestimmten Niveau die Krisenanfälligkeit des Systems potenziert). Dass nach dem II,Weltkrieg (seit den Währungsreformen Ende der 4oer Jahre) und besonders seit dem Korea-Boom grössere Krisen vermieden werden konnten, liegt am Zusammentreffen solcher besonderer Faktoren (die mit dem Begriff "Rekonstrukionsperiode" umschrieben werden), aber nicht daran, dass der Kapitalismus ein bestimmtes Stadium, sein "organisiertes"Stadium erreicht habe. Die selben Faktoren, die Palliativmittel gegen Krisen sind, reproduzieren zuglei zugleich alle Krisenmomente auf höherer Ebene.

(Revisionismus und Rekonstrukion der Arbeiterbewegung)- Seit 1966/67, der grossen deutschen Rezession, spielt sich vor unseren Augen eine regelrechte Rekonstruktion des "klassischen" Krisenverlaufs ab - wie auch eine Rekonstruktion der "klassischen" imperialistischen Konkurrenz mit Schutzzöllen, Handelskriegen etc. Die Verwertungsschwierigkeiten werden immer grösser, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt spitzt sich zu, der Konsum lässt sich immer schwerer ausweiten, die Schonzeit der Arbeiterklasse Westeuropas ist vorbei. Die Widersprüche spitzen sich zu, die Rekonstrukion der europäischen Arbeiterbewegung hat begonnen. Und in dieser Situation schwätzen Revisionisten aller Schattierungen von "relativer Krisenstabilität" und sind daher unfähig, unsere historische Situation undAufgabe zu erkennen. Ihr Protest gegen den Kapitalismus muss moralisch bleiben, denn in der Produktion, am Ort des Grundwiderspruchs, können sie keine Ansatzpunkte sehen - es sei denn in der allgemeinen Form, dass es Widersprüche zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt, ohne dass sie in diesen Widersprüchen aber die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus angelgt sehen. Daher ihr Revisionismus, daher ihre Hochnäsigkeit gegenüber der Arbeiterklasses (vgl. ihr Geschichtsverständnis und auch das Referat von Marek bei der Sommerakademie 197o), daher sehen sie in den Schwierigkeiten, mit denen wir heute zu kämpfen haben, nur die "Krise der Arbeiterbewegung" und nicht den Anfang der Periode, in der der Kapitalismus die Merkmale seiner "allgemeinen Krise" wieder annimmt und die Arbeiterklasse zur Offensive gegen ihn antritt.

(Krise und Kapitalkonzentration)- Eine genauere Analyse der Abschnitte 12/3 bis 12/5 zeigt aber noch mehr: eine seltsame Vorstellung von Konzentration des Kapitals, als ob nicht der Weltmarkt schlechthin eine Voraussetzung der Entwicklung des Kapitalismus wäre. Hier findet Kapitalismus auf "nationaler Ebene" statt, übersteigt diese dann und führt zu internationalen Mammutkonzernen.(12/4 Diese Vorstellung scheint sich tatsächlich in den Vorstellungen der FÖJ vom "Staatskapitalismus" wieder zu spiegeln. Überhaupt ist Konzentration (was beständig mit Zentralisation in einen Topf geworfen wird) (vgl.Kapital I,chapt.23,s.653ff) im FÖJ-"Programm" nur ein Schlagwort, denn sonst müssten wohl Konsequenzen, wie sie bei Marx abgeleitet werden, auch hier gesehen werden. Das ist aber nicht der Fall, im Gegenteil: die steigende Konzentration scheint sogar das Krisenmanagement zu erleichtern. Also: der Kapitalismus produziert nicht Krisen, weil - und in dem Mass, in dem - er sich fortentwickelt, sondern: Rationalisierungen (12/3) und die beschleunigte Konzentration (12/4) sind sogar ein Mittel gegen Krisen. Die logische Konsequenz daraus ist: Je weiter der Kapitalismus sich entwickelt hat, destc leichter kann er Krisen managen.

Das ist der Standpunkt des in den Erscheinungen der Konkurrenz befangenen Vulgärökonomen. Dieser sieht vom

Standpunkt des Einzelkapitals nur, dass er umso besser abschneidet, je mehr er rationalisiert etc. Dieses einzelkapitalistische Verhalten ist gerade treibendes Moment der Krise. Übrigens ist auch der politische Ausdruck einer solchen Haltung typisch kleinbürgerlich-voluntaristisch. Wir stellen die allgemeine Notwendigkeit und das konkrete Heranreifen der Krisen fest und die FÖJ antwortet: "Verfolgt man die Ausführungen der MLS, so wäre eine Verelendung der österreichischen Arbeiterklasse einem Reformismus vorzuziehen, der ihr winzige, aber immerhin reale Fortschritte einbringt."("aspekte" 41,Apr.71,s.12)

(Die "Selbstbeschränkung der Kapitalisten")- Wenn es dem Kapitalismus gelingt, Krisen zu vermeiden, und sich so über seine eigenen Gesetze hinwegzusetzen, warum sollte er sich dann nicht überhaupt immer so einrichten, wie es ihm politisch nützlich ist? Warum sollte er nicht auf Maximalprofite verzichten und stattdessen Stabilität anstreben?

"Ein neues Selbstverständnis des Eigentümers bildet sich heraus (idealistischer Blödsinn!), das von der hochqualifizierten Organisations- und technischen Führung der Unternehmen geprägt ist und als solide Basis des herrschenden Systems für politische Stabilität durch wirtschaftliche Konjunktur zu sorgen hat. Nicht der maximale Profit wird in den entscheidenden Produktionsbereichen angestrebt, sondern seine kontinuierliche Steigerung."(12/7): Entweder meint die These vom Verzicht auf Maximalprofite, dass die Kapitalisten nicht den momentan erzielbaren "Maximalprofit" herausholen, d.h. ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit der ständigen Realisierung und Reproduktion (das ist dann nichts Neues: allerdings sind allein schon deshalb gewisse Modifikationen notwendig, weil die "Ausreifungszeiten der Investitionen" und die Umschlagsdauer des fixen Kapitals heute länger sind als früher und weil das fixe Kapital in anderer Grössenordnung auftritt). Oder: Wenn ein Kapitalist Werbungsausgaben tätigt, beschneidet er zwar seinen "momentanen Maximalprofit" (genauer: seinen Besitz an nicht gebundenem Geldkapitals), der ohndies fiktiv ist; aber lässt das den Schluss zu, der Kapitalist strebe nicht nach dem Maximalprofit? Bei genauerer Betrachtung steckt hinter einer solchen Vorstellung viel mehr als nur Naivität, nämlich das Leugnen oder die Herabminderung der Konkurrenz (vgl. wieder das genannte Referat von Marek), die Konstruktion eines zwar nach aussen aggressiven, aber nach innen "organisierten" und friedlichen Kapitalismus, schliesslich der ökonomische Hintergrund für die Vorstellungen der FÖJ über die Sozialpartnerschaft: Der Kapitalist verzichtet lieber auf den Maximalprofit, gibt ein Stück Profit an die Arbeiter qua Sozialpolitik - Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und überhaupt Krisenfreiheit immer vorausgesetzt - und hat dafür Ruhe und Ordnung - und überdies (so Marek) ein geregeltes Verhältnis zu seinen Konkurrenten. Dass dahinter die Vorstellung vom ewigen Leben des Kapitalismus steht (denn er wird mit zunehmender Entwicklung immer krisenfester - bis hin zur Automation, wo plötzlich ein Ersatzwiderspruch auftaucht) wurde schon gezeigt. Dass dies bedeutet, dass die Profitrate nicht mehr als das entscheidende Regulativ des kapitalistischen Prozesses angesehen wird, das wird jetzt einsichtig. Denn ob Kapitalisten höhere Löhne zahlen können, hängt von ihrer Konkurrenzsituation ab; ob sie auf Maximalprofite verzichten können, ohne unterzugehen, auch. Dass so etwas vorkommen kann, ist klar. Aber daraus eine allgemeine Erscheinung zu machen, ist etwas ganz anderes. Weil die Bewegungen der Löhne und Profite in ihrem Verhältnis zueinander offenbar vom Willen der Kapitalisten und nicht von ökonomischen Gesetzen bestimmt ist, erscheinen sie nur mehr als Folge des diabolischen Charakters des Kapitalismus, der dann - wenn überhaupt - an beliebigen, aber nicht mehr zwingend an seinen inneren Widersprüchen zugrundegeht.

Nachdem die inneren Widersprüche aus dem "organisierten Kapitalismus" hinauseskamotiert sind, wird in gänzlich idealistischer Manier der eigentlich "schwache Punkt" im Überbau angesiedelt: bei der Manipulation. Diese Vorgangsweise, Probleme, Krisen, Lösungsmöglichkeiten ausschliess im Überbau anzusiedeln, ist charakte-

ristisch für das FÖJ-"Programm" - und wirkt sich in der Folge bei der Behandlung der Übergangsgesellschaften verheerend aus.

DER STAAT IM KAPITALISTISCHEN REPRODUKTIONSPROZESS

(Das "staatsmonopolistische Stadium")
Die Unterscheidung eines monopolistischen und eines "staatsmonopolistischen" Stadiums ist Humbug, weil dadurch der gegenwärtige Kapitalismus als qualitativ neues Stadium dem Monopolkapitalismus gegenübergestellt wird. Wenn auch seit dem Monopolkapitalismus vor dem I.Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit keine qualitative Veränderung (von der Art wie das Umschlagen der Konkurrenz ins Monopol) stattgefunden hat, so heisst das nicht, dass es seit damals überhaupt keine Veränderungen gegeben hat. Sie bestehen darin, dass der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sich verschärft hat; dass der gesellschaftliche Charakter der Produktion einen Grad erreicht hat, wo sich die destruktiven und parasitären Folgen der privaten Aneignung dieses gesellschaftlichen Reichtums immer deutlicher zeigen; dass sich multinationale Konzerne bilden; dass es zu Eingriffen des Staats in die Ökonomie von anderer Art als vor 5o Jahren kommt. Nichtsdestoweniger sollten solche Tendenzen nicht überbewertet werden: Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals ist seit Lenin (1916) nicht ständig und auch nicht in grossem Tempo gewachsen Der Grund dafür liegt einfach darin, dass während und nach dem I. Weltkrieg eine Desintegration des Weltmarktes stattgefunden hat, deren Folgen durch die relative Stabilisierung der 2oer Jahre nicht kompensiert wurden. Die Weltwirschaftskrise, die Abkehr vom liberalen Handels- und Währungssystem (seit der Pfundabwertung 1931) und schliesslich der II. Weltkrieg zerschlugen den Weltmarkt weiter. Gleichzeitig führten sowohl der I. wie der II. Weltkrieg zu bisher nie dagewesenen staatlichen Eingriffen in die Ökonomie; z.B. zu der extrem staatlich regulierten Form des Kriegskapitalismus des Deutschen Reiches zwischen 1914 und 1918. Dieses System liegt auch den Vorstellungen der damaligen Kommunisten vom "Staatskapitalismus","staatsmonopolistischen Kapitalismus" etc. zugrunde. Aber niemand dachte daran, daraus ein besonderes Stadium des Kapitalismua zu konstruieren. Das Ausmass, in dem der Staat auch materiell gesamtkapitalistische Funktionen übernahm, wurde nach dem Kriegen mit zunehmender Liberalisierung wieder abgebaut. Nichtsdestoweniger unterscheidet sich die Art der Staatseingriffe nicht nur vom Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, sondern auch vom Monopolkapitalismus des beginnenden 2o. Jahrhunderts. Die besondere Weise, wie sich der Staatsapparat in den gesamtkapitalistischer Reproduktionsprozess permanent und in allen Phasen einschaltet - hier kann das nicht im einzelnen beschrieben werden - zeigt sich natürlich auch, wenn auch nur an der Oberfläche, in der engen Verbindung - nicht aber Verschmelzung - der Spitzen des Staatsapparates (einschliesslich von Wirtschaftsbürokratien, Nationalbanken etc.) mit den Spitzen der Monopole. Der Staatsapparat wird zwar dem Inhalt nach nicht in grösserem Mass als früher, aber direkter den Monopolinteressen untergeordnet.

(Staat und Ökonomie)- Es genügt also nicht, den Monopolkapitalismus im allgemeinen zu analysieren. Eine Strategie muss auch auf der konkreten Untersuchung des historischen Entwicklungsstandes des konkreten Kapitalismus mit all seinen Widersprüchen, sowie auf der Untersuchung der Rolle des Staates in bezug auf die Ökonomie beruhen.(Vgl. dazu: "Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" in:Student im Klassenkampf 6)

Im FÖJ-"Programm" wird in 12/5 der Staat erwähnt: Mit sicherem Griff erwischt man wieder genau die Bestimmungen, die gerade nicht die Besonderheit der gegenwärtigen Etappe des Kapitalismus in seiner allgemeinen Entwicklung ausmachen: Der Staat stehe der Ökonomie nicht mehr "kontrollierend gegenüber, sondern stützend zur Seite". Und man verweist auf die "Personalunion etc.". Warum dann kurz darauf die Rede vom Staatskapitalismus ist, ja sogar vom"multinationalen Staatskapitalismus"(12/7) - ist rätselhaft. Bei näherem Hin-

sehen erweist sich diese Wortfindung "multinationaler Staatskapitalismus" als Unsinn. Tatsache ist die wachsende Einschaltung des Staates in den Reproduktionsprozess - dies gewinnt in einer Zeit der sich verschärfenden Konkurrenz die Dimension des Protektionismus gegenüber den nationalen Kapitalien - wie auch die Herausbildung multinationaler Konzerne. Aber diese Tendenzen befinden sich in Widerspruch zueinander: was soll also die Wortprägung? Jedoch dient diese Formel gar nicht der Analyse, sondern - wie das meist im "Programm" - der Suggestion. "Staatskapitalismus" klingt schrecklicher als "Kapitalismus" und "multinationaler Staatskapitalismus" noch viel mehr. Und je schrecklicher das Ende von 12/7 klingt, desto einsichtiger wird dem Leser die "gnadenlose Ausbeutung" der "Dritten Welt", von der in 12/8 die Rede ist:

> "Diese ermöglicht erst die gnadenlose Ausbeutung der wirtschaftlich unterentwickelt gehaltenen Länder, denen die Rolle derehemals nationalen industriellen Reservearmeen(!) in doppelter Weise aufgezwungen wird: als Lieferanten von billigen Rohstoffen und Arbeitskräften, sowie als Abnehmer von teuren Fertigprodukten. Hier tobt sich (!) der Kapitalismus, durch den politischen Arm der gekauften Träger des betreffenden Staates geschützt, wie eh und je aus, hier können Extraprofite erwirtschaftet werden, wie anno dazumal (!). Hier spitzen sich aber auch die Konflikte zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten auf nationaler wie individueller(!) Ebene am meisten zu und werden am heftigsten ausgetragen."

Die Titulierung der EWG als Form des "multinationalen Staatskapitalismus" (12/7) schliesslich zeigt nur mehr die gänzliche Unkenntnis der Schwierigkeiten in der EWG, die gerade darin bestehen, dass die Brüsseler Behörden keine eigene politische, ökonomische und finanzielle Hoheit haben, also kein Staat sind, und die Widersprüche zwischen den EWG-Ländern zu gross sind, als dass die einzelnen Staaten Hoheitsrechte in grösserem Mass an die EWG-Behörden übertragen würden (als Illustration dafür die Verhandlungen vom Jahresbeginn 1971 über die Währungsunion!).

Wo es darum geht, die Leser zu schrecken, wird die Rolle des Staates masslos übertrieben. Wo es aber um die Analyse geht, wird sie verschwiegen. Denn die exakte Einschätzung der Rolle des Staatsapparates (z.B. in Österreich) zieht unweigerlich den Schluss nach sich, dass die SP-Regierung als politischer Träger von direkt kapitalistischen Funktionen - zum Klassenfeind gehört. Und das ist genau die Einsicht, um die sich die FÖJ herumdrücken will, weil dies ihre eigne politische Entwicklungsrichtung, nämlich hin zur SPÖ, als das denunzieren würde, was sie ist: extremer Opportunismus.

IMPERIALISMUS

Der Imperialismus wird im "Programm" nicht systematisch aus den Entwicklungstendenzen des Kapitals, aus der Konzentration und Zentralisation, der fallenden Profitrate und den steigenden Schwierigkeiten bei der Realisierung des Mehrwerts etc. abgeleitet - er bleibt unerklärt. Grotesk ist folgende Aussage:

> "Seit Lenins Analyse des Imperialismus um die Jahrhundertwende hat der Imperialismus einige Neuauflagen erlebt. So in Form des Hitler'schen Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus, des japanischen Imperialismus und seit Beendigung des II. Weltkriegs (vom englischen, französichen und westdeutschen Imperialismus abgesehen) in Form des bisher mächtigsten, des US-Imperialismus. In den grossen Linien können allen diesen Erscheinungsformen des Imperialismus die Hauptpunkte der Lenin'schen Imperialismus-Kritik zugrundegelegt werden."(Anmerkung 8)

Von Zeit zu Zeit bricht hier irgendwo ein Imperialismus aus. Der Imperialismus ist für die FÖJ nicht ein "besonderes Stadium des Kapitalismus", also aus den immanenten Gesetzen des Monopolkapitalismus resultierend, sondern eine unerklärliche Erscheinung. Der Verdacht kommt auf, dass auch hier vielleicht (trotz des Hinweises auf die "ökonomischen Basisfunktionen"(!) des Imperialismus in Anmerkung 8) der Imperialismus im Überbau angesiedelt wird. Und tatsächlich liest man:"Die Wurzeln(!) seiner heute virulentesten Form,

des US'Imperialismus, reichen bis in die Periode des Kalten Krieges zurück"(!).(8/4). Und im weiteren wird der Imperialismus tatsächlich aus der politischen Strategie der US-Regierung erklärt.(8/4) Dagegen ist der Imperialismus ein besonderes Stadium in der politisch-ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus. Dies muss zuerst, und dann erst die besondere Form, analysiert werden. Tatsächlich hat sich nämlich die Form des US-Imperialismus seit dem II.WK geändert.

Die FÖJ macht selbst das, was sie der "landläufigen Imperialismuskritik" vorwirft, nämlich nur moralisch-politische Kritik zu sein. Dass daher das entscheidend neue Phänomen, die zunehmende Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern, die direkte Konfrontation des US- gegen den BRD-Imperialismus z.B. in Lateinamerika nicht analysiert wird, verwundert genauso wenig, wie die Vernachlässigung der Tatsache - und das ist beim politischen Niveau der österreichischen Linken besonders gravierend -, dass der "friedliche", unauffällige BRD-Imperialismus auch nicht "besser" als der US-Imperialismus ist.

DIE "WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE REVOLUTION" ALS ERSATZWIDERSPRUCH

Hervorstechender Zug der "Kapitalismusanalyse" der FÖJ ist, wie wir gezeigt haben, die Unfähigkeit, die inneren Widersprüche des Kapitalismus zu begreifen. Politische Schlussfolgerungen aus einer solchen Analyse können nur unmaterialistisch, unwissenschaftlich, willkürlich-voluntaristisch sein. Statt die tiefliegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zu sehen, und ihre Entwicklung bis in die konkreten Formen hinein zu verfolgen, werden einzelne verselbständigte, oberflächlich-marginale Widersprüche offeriert Typisches Pendant dazu ist das Einbeziehen der Automation, der "wissenschaftlich-technischen Revolution" in die Strategie. Anstatt die wirklichen Widersprüche zu analysieren, wird auf die Automation verwiesen, die ein "tendenzielles Krisenmoment" darstellt."Die wohl wichtigste Perspektive des hochentwickleten Kapitalismus ist die Tendenz zur Automation"(Die wichtigste Perspektive ist die Tendenz zur Revolution!)"Da diese in ihrer vollen Entfaltung die am meisten Arbeitskräft sparende Produktionsweise(!) ist, trägt sie tendenziell starke Krisenmomente für den Kapitalismus in sich."(12/9) Warum der mit der Automation verbundene enorme Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der daraus folgende Druck auf die Profitraten ein Krisenmoment ist, aber haargenau die selbe Tendenz - nur halt nicht als qualitativer Sprung in weite Ferne gerückt - nämlich die steigende Produktivkraft der Arbeit, dennoch dem Kapitalismus "relative Krisenstabilität" gewährleistet: das bleibt Geheimnis der FÖJ.

Andrerseits ist die Gedankenfolge aber auch sehr einfach: Wir gehen davon aus, dass es keine Krisen gibt - und bauen darauf unsere Strategie auf. Wenn es aber keine Krisen und generell keinen Grundwiderspruch im Kapitalismus gibt (abstrakt bejahen wird ihn die FÖJ ja, nur spielt er in "Analyse"-und Strategie keine Rolle), gibt es keine Gewähr, dass der Sozialismus tatsächlich verwirklichbar ist. Er wird zum ethischen Postulat. Aber da taucht plötzlich ein deus ex machina auf, die "wissenschaftlich-technische Revolution". Mit der wird der Kapitalismus nicht fertig, die wird's ihm geben! Die verlorene Sicherheit ist wiedergewonnen. Dass der Widerspruch zwischen "Kapitalismus und Automation" ein Surrogatwiderspruch ist; dass die Tendenz zur Automation bzw. ihre Aktualität masslos übertrieben wird; dass das Pochen auf die "wissenschaftlich-technische Revolution" beim ehemaligen rechten Flügel der KPÖ mit der gleichzeitigen Verschleierung aktueller kapitalistischer Widersprüche verbunden war; dass eine derart langfristige Perspektive nicht zur Begründung einer Strategie verwendet werden kann (vgl. den "Ultraimperialismus" oder die "Ultralandwirtschaft" bei Lenin:Der Imperialismus ...); dass schliesslich die "kühne Perspektive" der "wissenschaftlich-technischen Revolution" Hand in Hand geht mit der Verewigung von zufälligen oder auch nicht-zufälligen, aber vorübergehenden Zuständen, und dass daher auch das Reden über die

"wissenschaftlich-technische Revolution" nur dazu dient, revisionistische Schlussfolgerungen - gerade im Bereich der Klassenanàlyse - mit einem "wissenschaftlichen" Mäntelchen zu versehen - das war noch anzumerken.

Wir'bestreiten'nicht, dass es im Verhältnis von "issenschaft und Kapital gegenüber dem Vorkriegskapitalismus gewisse Veränderungen gegeben hat. Aber diese zunehmende "Verwissenschaftlichung" des Produktionsprozesses verändert nicht das Verhältnis von Wissenschaft und unmittelbaren Produktivkräften (Qualifikation der Arbeiter und maschinelle Ausrüstung) selbst. "Dass heute in den Betrieben Rationalisierungsmassnahmen vor sich gehen - und dass diese - vom stofflichen Inhalt her, nicht von der ökonomischen Form - spezifisch sind, ist klar. Aber sie begründen keine neue Qualität des Kapitalismus und seiner Bewegungsgesetze. Mit gleichem Recht könnte man dasselbe von der Rationalisierungswelle 1926/28 in Deutschland behaupten. Bei einem etwas näheren Zusehen stellen sich die wunderbaren "qualitativen Veränderungen" als banale Fehlinterpretationen ganz profaner Prozesse heraus."(Zur Klassenanalyse, Student im Klassenkampf 1/2,s.8; hier ist überhaupt eine Auseinandersetzung mit dem Mythos von der "Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft" und der "wissenschaftlich-technischen Revolution" zu finden) Wir bestreiten also weder stattgefundene noch stattfindende Veränderungen, noch sind wir der Meinung, dass eine revolutionäre Strategie ausschliesslich auf den aktuellen Widersprüchen aufbauen kann, denn sie hat auch die zukünftige Entwicklung der Kapitalismus und der Klassen abzuschätzen; aber wir wenden uns gegen die Mythen, die um die "wissenschaftlich-technische Revolution" verbreitet werden; gegen den Versuch, die "wissenschaftlich-technische Revolution" zum Ersatzwiderspruch hochzuspielen, weil die realen, dem Kapitalismus immanenten Widersprüche nicht gesehen werden.

Österreichischer Kapitalismus

Eine revolutionäre Strategie des Proletariats kann ihrem Wesen nach nur international sein. Es gilt dies immer für den Inhalt, auch wenn der Kampf der Form nach national beginnt. Durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals erreicht die Vergesellschaftung der Produktion ein Ausmass, das den proletarischen Klassenkampf mehr und mehr auch der Form nach international macht. Eine revolutionäre Strategie in Österreich hat sich daher an der Struktur und den Entwicklungstendenzen des europäischen Kapitalismus zu orientieren, um erst dann die spezifischen österreichischen Bedingungen zu berücksichtigen. Die Vorstellung eines 'nationalen Weges zum Sozialismus' wird aus diesen Gründen zur reaktionären Utopie.

(Nationalismus-Internationalismus)- Der österreichische Kapitalismus wird von der FÖJ verharmlost. Er "mutet auf den ersten Blick harmlos und putzig an",. wobei dieser erste Blick durch nichts korrigiert wird und in der Folge suggeriert wird, dass dafür das internationale Kapital und der Imperialismus umso furchtbarer und gefährlicher seien (FÖJ: "aspekte",) Ebenso ist das Gerede über die 'Neokolonie Österreich' Unsinn, obwohl es starke Tendenzen gibt, Österreich in eine EWG-Randzone zu verwandeln. Einmal suggeriert der Begriff 'Kolonie' nur falsche Vorstellungen, zweitens leiten einige Linke daraus tatsächlich die Notwendigkeit von 'nationalen Abwehrkämpfen' ab. Der Nationalismus hat in der österreichischen Linken schon genug Unheil gestiftet (von der falschen Anlage des antifaschistischen Kampfes bereits im II.Weltkrieg und besonders nach dem Krieg als anti-deutsch - die Skandalparole 'Nazi heim ins Reich' legt Zeugnis dafür ab - bis dahin, dass die aktuellen Dokumente der KPÖ über die 'Verstaatlichte' u.a. von nationalistischen Positionen aus argumentieren und daher sogar zu einem Bündnis mit der 'österreichisch gesinnten' Klein- und Mittelbourgeoisie kommen!) Gerade auf grund dieser Hypotheken ist es in Österreich besonders schwierig, eine internationalistische Strategie zu entwerfen und durchzusetzen.

(Wirtschaftsstruktur und Bourgeoisie)
Es gibt drei Momente, die das Spezifische des österreichischen Kapitalismus ausmachen: die besondere Wirtschaftsstruktur, die Verstaatlichte und das Auslandskapital.
Über alle drei findet man falsche Andeutungen im FÖJ-"Programm". Zuerst findet der erstaunte Leser:

> "Die verstaatlichte Industrie ... bedingt ... die Eigenart des österreichischen Monopolkapitalismus, der mehr im organisatorischen Charakter (Handelskammer, Industriellenvereinigung) als in der echten ökonomischen Verankerung zum Ausdruck kommt"(21/2).

Hier gehen zwei Sachen durcheinander: Einmal hat das System der Sozialpartnerschaft (der "organisatorische Charakter" des öst. Kapitalismus) in Österreich eine einzigartige Ausprägung und daher besondere Wirksamkeit erfahren. Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen, die an anderer Stelle bezeichnet werden; aber es hat nichts mit dem Monopolisierungsgrad der österreichischen Wirtschaft zu tun. Darin kommt nicht die "Eigenart des österreichischen Monopolkapitalismus" "zum Ausdruck". Ebenso ist unverständlich, warum diese "eigenart" durch die Verstaatlichte bedingt sein soll. Zum anderen ist die Wirtschaftsstruktur durch eine ungeheure Masse von Kleinbetrieben etc. charakterisiert, Nur ändert das nichts an der Existenz von (verstaatlichten und) privaten Grossbetrieben, Konzernen, in denen sich der Monopolkapitalismus sehr wohl ausdrückt. Das Rätsel löst sich in 21/3 wo man im 2. Absatz die"Formen", in die "der österreichische Kapitalismus sich gliedert", findet: "Kettenläden ganzer Branchen", "Greissler", Bodenspekulanten und kleine "Hausherren", "Kleinunternehmer", die besonders"gefestigt und gefördert" durch Fremdenverkehr, Dienstleistungsektor. Und im ersten Absatz heisst es prägnant: das "Hauptbetätigungsfeld" der Grossbourgeoisie ist der Handelssektor. Wenn das zuträfe, dann würde 21/2 stimmen, denn gäbe es wirklich keine richtige Grossbourgeoisie, dann wäre der Kapitalismus bei uns tatsächlich "harmlos und putzig". Aber es ist gröbster Unsinn. Grösste Teile der Schwerindustrie sind im Eigentum des Staates oder von Banken im staatlichen Eigentum kontrolliert. Dieser verstaatlichte Sektor ist den Interessen des privaten Grosskapitals untergeordnet und von ihm kontrolliert. Dieser verstaatlichte Sektor stellt daher kein "Gegengewicht" dar, das die Bourgeoisie schwächt. Er umfasst nur ein Viertel der "industriellen Wertschöpfung" (dieser Begriff der bürgerlichen Statistik bezieht sich nur auf die Ebene der Preise und hat nichts mit Wert zu tun!) und ein Fünftel der Industrie-Beschäftigung. Der Rest ist privat, und zwar nicht lauter "Greissler" und "Kleinindustrielle". Zwar gibt es eine ungeheure Zahl von Klein- und Ein-Mann-Betrieben, aber das sagt nicht s über die ökonomische Stärke der Bourgeoisie aus. Fast ganz privat ist der Sektor der traditionellen Konsumgüterindustrien, der in Österreich mit fast 35% der gesamten industriellen'Wertschöpfung' sehr stark ist. Privat sind auch die grössten Teile der Leichtindunstrie. Es kann also keine Rede davon sein, dass die österreichische Bourgeoisie nur eine Händlerbourgeoisie ist. Es stimmt allerdings, dass die durchschnittlichen Betriebsgrössen viel kleiner sind als die westdeutschen etwa, dass sie daher trotz der niedrigen Löhne einen schweren Stand in der internationalen Konkurrenz haben. Das kann aber wiederum nur bedeuten, dass die österreichische Bourgeoisie sich an das Auslandskapital anlehnt, sich mit ihm liiert, zumal ja der Kampf beider sich gegen die verstaatlichte Industrie richtet. Das österreichische Kapital will jetzt nicht mehr bloss die Verstaatlichte als Melkkuh benützen, sondern sie zum Teil liquidieren.

Ohne hier selbst eine Analyse der österreichischen Wirtschaftsstruktur geben zu wollen, muss daher festgestellt werden, dass die Vorstellungen der FÖJ über die österreichische Bourgeoisie falsch sind und die Wiederholung von in der österreichischen linken weit verbreiteten Vorstellungen bedeuten. Diese Vorstellungen wird es solange geben, solange die österreichische Arbeiterklasse noch keine grossen Kämpfe gegen die Bourgeoisie führt und wir daher deren Stärke oder Schwäche nur theoretisch ableiten, aber nicht selbst erfahren können. Aus diesen falschen Vorstellungen resultieren dann falsche Fol-

gerungen, die allesamt auf der Linie liegen, die Widersprüche des Kapitalismus zu leugnen und in die internationale Arena hinauszuverlagern, den österreichischen Kapitalismus aber als "harmlos und putzig" hinzustellen den Kapitalismus überhaupt aggressiv nach aussen und "organisiert" nach innen zu betrachten etc..

ZUR VERSTAATLICHTEN INDUSTRIE

("Staatskapitalismus" und Verstaatlichung)- Der verstaatlichten Industrie ist im FÖJ-"Programm" der Absatz 21/2 gewidmet:

> "Sie fördert ... durch ihre vollkommene Abhängigkeit von den bestimmenden Mechanismen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft die Tendenz zur staatskapitalistischen Entwicklung. Es zeigt sich hier wie in allen gemeindeeigenen Betrieben, dass in einer Gesellschaft, deren Strukturen von den(!) kapitalistischen Produktionsverhältnissen geformt sind, keine Inseln der sozialistischen Produktion(?) bestehen können, was schon der kapitale Irrtum des Austromarxismus war. Neben der ökonomischen Bedeutung der Verstaatlichten Industrie ist ihre politische Bedeutung als Beispiel der Möglichkeit der Wirtschaftsführung ohne privaten Unternehmer in Betracht zu ziehen."

Dazu: 1- Die Verstaatlichte Industrie sei "Ausdruck der Tendenz zur staatskapitalistischen Entwicklung. Nachdem bereits der Begriff des Staatskapitalismus behandelt wurde, genügen hier einige Bemerkungen. Es gibt zweifellos Unterschiede im Ausmass und im Charakter der Staatseingriffe in die Ökonomie. Die neue Qualität der Staatseingriffe konstituiert jedoch keine neue Qualität des ökonomischen Systems selbst. Je mehr die Produktion vergesellschaftet wird, desto mehr werden auch die fortgeschrittensten privaten Organisationsformen, die Trusts, Konzerne etc, zu eng. Der Staat selbst, als "Gesamtkapitalist", übernimmt bestimte Funktionen, aber er tritt nicht an die Stelle des Kapitals. "So oder so, mit oder ohne Trusts, muss schliesslich der offiezielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den grossen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen.
Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur dieOrganis ation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äusseren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideele Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabung der Lösung."
(Marx/Engels,Werke II,s.132f)
"(Der Staat muss die Leitung der Produktion übernehmen)Ich sage, muss.Denn nur in dem Falle, dass die Produktions- oder Verkehrsmittel der Leitung durchAktiengesellschaften wirklich entwachsen sind, dass also die Verstaatlichung ökonomisch unabweisbar geworden, nur in diesem Fall bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst(aber kein Stück Sozialismus und keinen praktischen Schritt zum Sozialismus, auch wenn der Kapitalismus logisch an ihn näher heranführt; d. V.). Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten, und hie und da sogar in

eine Wohldienerei ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarck'sche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichungdes Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahnen selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptbahnlinien Preussens verstaatlichte, einfach, um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zu Regierungsstimmvieh zu erziehn und hauptsächlich, um sich eine neue, von den Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommensquelle zu verschaffen, so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewusst oder unbewusst. Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar die Kompanieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen oder gar die unter Friedrich Wilhelm III. in den dreissiger Jahren alles Ernstes von einem Schlaumeier vorgeschlagene Verstaatlichung der - Bordelle." (ebenda, Anmerkung)

In diesem Zitat ist die Entwicklung der Tendenz der immer stärkeren Verstaatlichung ausgedrückt, rein herausgearbeitet, aber es hiesse den methodischen Stellenwert dieser Passage völlig missverstehen, wollte man daraus ableiten, dass mehr und mehr Produktionsmittel tatsächlich verstaatlicht werden müssten - sie können um den Preis von Krisen privat bleiben. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion ist zur Verstaatlichung hin durch die Krisen vermittelt. Die Bourgeoisie kennt keine logische Notwendigkeit, sondern höchstens einepraktische Notwendigkeit, dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion Rechnung zu tragen und die aus dessen Widerspruch zur privaten Aneignung resultierenden Krisen durch staatliche Eingriffe oder Verstaatlichungsmassnahmen zu bekämpfen. Tatsächlich wurde die "staatskapitalistische" Entwicklung im 1. und 2. Weltkrieg nach den Kriegen relativ schnell wieder zurückgeschraubt. Die neue Qualität der Staatseingriffe (worin diese besteht und welche falschen politischen Schlussfolgerungen daraus gezogen werden können, behandeln wir in unserer Kritik der "Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus", Student im Klassenkampf 6) macht noch keine "staatskapitalistische Entwicklung" aus. Verstaatlichungsmassnahmen wurden und werden immer dann getroffen, wenn es sich um defizitäre Betriebe handelt, die wieder flottgemacht werden müssen; bei unrentablen Schlüsselsektoren; etc. Sobald solche Betriebe flottgemacht sind, sobald sie sich doch als rentabel erweisen, werden sie reprivatisiert. Drückte also bereits die Vorstellung von einer Tendenz zum "Staatskapitalismus" falsche Inhalte aus, so auch die Vorstellund, Verstaatlichungsmassnahmen seien ein Ausdruck dieser Tendenz.

2- Dass die Verstaatlichte weder "ein Stück Sozialismus" noch ein praktischer Schritt zum Sozialismus ist, ist ebenso richtig wie wichtig.

3- Unsinn ist dagegen, dass die "politische Bedeutung"der Verstaatlichten darin bestünde, eine "Wirtschaftführung ohne privaten Unternehmer" zu demonstrieren. Erstens haben das die modernen kapitalistischen Unternehmen (Konzerne) schon längst getan, zweitens gibt es bei der Verstaatlichten ein Management, das sich durch nichts vom privaten Management unterscheidet - und gerade diese Tendenz (in Dr. Geist personifiziert!)wird jetzt durch die Sp-Regierung forciert.

(Verstaatlichte Industrie und Bourgeoisie in Österreich)- Die österreichische verstaatlichte Industrie ist nicht Ergebnis des scharfen Kampfes der Arbeiter gegen die Bourgeoisie; die Bourgeoisie stimmte der Verstaatlichung zu. Sie war ökonomisch nicht in der Lage, diese Riesenbetriebe zu übernehmen. Sie war ökonomisch, besonders vom Standpunkt des verfügbaren Kapitals her zu schwach. Die erforderlichen gigantischen Investitionen hätten die Bourgeoisie zu sehr belastet. In den Grundindustrien lagen gewaltige Zerstörungen vor. Die Intention der Bourgeoisie bei ihrer Zustimmung zur Verstaatlichung war eine doppelte: einmal sollte die verstaatlichte Industrie das Privatkapital durch nie-

drige Preise subventionieren, die Hauptlast des 'Wiederaufbaus' tragen. Die verstaatlichte Industrie wurde vollständig den Interessen des Privatkapitals untergeordnet - was aufgrund des kapitalistischen Charakter des Staates auch nicht verwundert. Zum anderen aber bereitete die Bourgeoisie von Anfang an die Liquidierung von Teilen der verstaatlichten Industrie vor, um gerade die rentablen Sektoren direkter in die Hand zu bekommen. Dies zu schreiben ist notwendig, um zu verhindern, dass "Bourgeoisie" und "Verstaatlichung" metaphysich einander entgegengesetzt werden. Die Geschichte der Verstaatlichten, insbesondere seit der ÖIG-Novelle 1969, kann hier nicht nachgezeichnet werden. Es muss nur klar sein, dass die verstaatlichten Betriebe ebenfalls kapitalistische Betriebe sind, wie die 'privaten', und dass daher ihnen gegenüber keine spezielle Strategie gerechtfertigt ist. Dass sie verstaatlicht sind,änder nichts an der Notwendigkeit, dort den Klassenkampf nach densleben Prinzipien zu führen und dabei gerade die Rolle des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen. Es ist daher zum Beispiel völlig falsch, wenn die KPÖ konstruktive Reformvorschläge für die Verstaatlichte macht, die sich notwendig in nichts von technokratischen Reformkonzepten unterscheiden - ausser dass hinten noch Mitbestimmung gefordert wird. Wir lehnen jede Verantwortung, jede "gesamtwirtschaftliche Rücksicht" ab - gleich ob für die private oder die verstaatlichte Industrie.

(Strategische Konsequenzen)- Dennoch sind verstaatlichte und private Industrie nicht ganz dasselbe und was die Taktik betrifft, müssen bestimmte Unterschiede gemacht werden. In der verstaatlichten Industrie kommt der kapitalistische Charakter des Staates besonders zum Ausdruck, sowohl als Verkörperung des ideellen und zum Teil materiellen Gesamtkapitalisten, als auch durch seine Unterordnung unter die Interessen bestimmter Kapitalsfraktionen. Die Regierung politik gegenüber der verstaatlichten Industrie zu verfolgen ist daher sowohl notwendig, um insgesamt eine unbefangene Vorstellung über die verstaatlichte Industrie zu gewinnen, als auch um den Charakter der SP-Regierung richtig verstehen zu können. Allein von da aus ist es kein Wunder, wenn im FÖJ-"Programm" nichts über den Stellenwert der verstaatlichten Industrie zu finden ist.

In der gegenwärtigen Phase des konzertierten Angriffs auf die verstaatlichte Industrie ist es notwendig, dagegen zu kämpfen, dass die verstaatlichte Industrie dem Auslandskapital bzw. dem privaten österreichischen Kapital direkt, statt wie bisher indirekt untergeordnet wird. Nicht "aus Prinzip", sondern weil dadurch österreichisches Privatkapital und Auslandskapital gestärkt würden, während die verstaatlichte Industrie bzw. ihr Management aus historisch-politischen Gründen einfach nicht die nötigen Spielräume hat, um den Klassenkampf gegen die Arbeiter entschieden zu führen (obwohl hier andererseits die SP zur Disziplinierung der Arbeiter besonders gut taugt!!). Reprivatisierung oder direkte Unterordnung würden den Druck auf Löhne und Sozialleistungen etc.,vor allem aber den Druck auf die Beschäftigung verstärken. Die Arbeiter in der verstaatlichten Industrie sind der politisch wachste Teil der österreichischen Arbeiterklasse, die meisten Streiks gingen von dort aus. Gleichzeitig aber - und hier besteht ein enger Zusammenhang - ist bei diesen Arbeitern sehr viel falsches Bewusstsein im Umlauf, nämlich das Vorurteil, es handle sich um "ihre Industrie". Und hier beginnt die Gefahr bei der verstaatlichten Industrie: wir dürfen jeden Kampf immer nur so führen, dass die Kampfkraft der Arbeiterklasse,(Klassenbewusstsein und Organisierung vor allem der bewusstesten Teile) gestärkt wird Wenn aber die Verteidigung der V.I. geführt wird, indem den Arbeitern das Märchen von 'ihrer Industrie' vorgespielt wird, der klare kapitalistische Charakter der V.I. nicht aufgezeigt wird, wenn also das ohnedies bestehende falsche Bewusstsein konsolidiert wird - dann hat sie keinen Sinn und ist unter Umständen sogar schädlich. Diese Gefahr verstärkt sich, wenn - weil die V.I. vor allem vom Auslandskapital bedroht ist - auch nationalistische Losungen zu Hilfe genommen werden. Wir befürchten, dass der von der KPÖ geführte

Kampf in den verstaatlichten Betrieben einen solchen Charakter hat. Obwohl im Dokument der KPÖ über die "Verstaatlichte Industrie an der Schwelle der 7oer Jahre" einige wesentliche Korrekturen gegenüber früheren Positionen zu sehen sind, ist es von dieser grundfalschen Orientierung durchdrungen.

Es ist notwendig, gegen die vollständige Auslieferung der V.I. an das private Kapital gleich welcher Provenienz zu kämpfen, gerade nicht, weil diese Industrie verstaatlicht ist und weil das ausländische Kapital ausländisch und "anti-österreichisch" ist, sondern weil eine konkrete Analyse der Auswirkungen dieser Auslieferung negative Folgen für den Klassenkampf ergäbe. Eine andere Sache ist, dass, wenn der Kampf von jener grundfalschen Linie aus geführt wird, dies ebenfalls negative Auswirkungen auf das Klassenbewusstsein hat. Vor allem müssen wir im Auge behalten, dass dass Eindringen das Auslandskapitals in die V.I. sich beim gegenwärtigen Verhältnis der Klassenkräfte sowieso nicht verhindern bzw. höchstens bremsen lässt. Nicht auf solche objektive Verhinderung darf unser Kampf gerichtet sein, sondern darauf, im Kampf auch gegen unvermeidbare Entwicklungen das Klassenbewusstsein der Arbeiter zu entwickeln.

DAS AUSLANDSKAPITAL

(Verstaatlichte und Auslandskapital)- Die Frage der Verstaatlichten gewinnt in Österreich auch deshalb eine besondere Bedeutung, weil sie untrennbar mit der des Auslandskapitals verbunden ist. Dem Auslandskapital widmet das FÖJ-"Programm" einen Satz: "Die politische Hauptgefahr,

> die in jeder kapitalistischen Monopolwirtschaft schlummert, wird durch die enge Verquickung und Beherrschun g der österreichischen Wirtschaftstruktur seitens ausländischer Investoren, des Auslandskapitals, noch verschärft."(21/3)

Angesichts solcher Oberflächlichkeit und Schiefheit ist verständlich, dass in 21/1 nicht mehr als Gemeinplätze über Österreichs Stellung in Westeuropa zu finden sind. Die "politische Hauptgefahr" ist - nehmen wir an - eine Entwicklung zum Faschismus. Aber was hat das mit dem Auslandskapital unmittelbar zu tun? Und wenn mittelbar, warum verweigert die FÖJ ständig die Vermittlingen und hält Ursachen, Gründe etc. geheim?

Dass auf diesem Niveau eine internationalistische Strategie nicht entwickelbar ist, ist klar. Die FÖJ bemüht sich auch gar nicht. Die Borniertheit des"Programms" ist überhaupt kaum zu überbieten.

Einige Notizen zum Auslandskapital: seine Hauptaktivität konzentrierte der entscheidende Teil, nämlich das westdeutsche Kapital, auf die Branchen Elektroindustrie und Petrochemie. Die Hauptstösse richteten und richten sich gegen die V.I., sei es, dass Teile davon faktisch, wenn auch noch nicht juridisch entstaatlicht werden (Produktions- Investitionsabkommen), sei es, dass fusioniert wird. Das Einströmen von Auslandskapital entspricht der Tendenz der Konznetration und Zentralisation des Kapitals und des seit der Krise von 1966/67 verstärkt erforderlichen Kapitalexports aus Westdeutschland, um die Krise durch die Exportoffensive 1967ff zu bewältigen und den Druck auf die Profitraten aufzufangen. Das Einströmen des Auslandskapitals ist daher Ausdruck notwendiger ökonomischer Entwicklungen, die vielleicht gebremst, aber nur um den Preis der Desintegration des kapitalistischen Weltmarkts aufgehalten werden könnten. Dies letztere ist aber im Kapitalismus nicht möglich, auchnur der Versuch würde zu schwersten Krisen führen. Als Ausdruck der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion, die im Kapitalismus notwendig die Form von Konzentration und Zentralisation des Kapitals annimmt, ist die Expansion des Kapitals ein Fortschritt, genau wie die Monopolisierung, die Herstellung eines intensiven Weltmarktes ein Fortschritt ist, obwohl er die Arbeitermassen und die Volksmassen der Dritten Welt unter verstärkten Druck setzt und ins Elend stürzt. "Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern,

> Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dortzu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir 'fordern'solch

eine Entwicklung nicht, wir "unterstützen" sie nicht, wir kämpfen dagegen. Aber wie kämpfen wir? Wir wissen, dass die Truste und die Fabriksarbeit der Frauen ein Fortschritt sind. Wir wollen nicht zurück, zum Handwerk, zum vormonopolisitischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts, über die Truste usw. und über sie hinaus zum Sozialismus!" (Lenin, Werke, XXIII, s.94)

(Auslandskapital und Arbeiterklasse)
Das besagt also, dass eine revolutionäre Strategie den 'objektiven Gang der Entwicklung'(ebenda) berücksichtigen muss und jeder Widerstand und Kampf gegen diese Tendenzen, der das Rad der Geschichte zurückdrehen will, reaktionär ist. Also nicht der Kampf für einen selbstgenügsamen provinzlerischen Kapitalismus ist die "alternative" gegen das Auslandskapital, dessen Eindringen nicht zu verhindern ist. 961 Millionen Schilling im ersten Vierteljahr allein an Kapitalzufuhr weniger - und der österreichische Kapitalismus versinkt in Stagnation! Das Einströmen des Auslandskapitals (1971 gegenüber 197o 157% gegenüber 1969 bereits 3oo% - man sieht, was die SP-Regierung leistet!) hat aber für die österreichische Arbeiterklasse eine Reihe negativer Folgen (nur diese zählen, Folgen für "Österreich" abstrakt genommen, zählen für uns nicht).Denn es handelt sich hier nicht um Kapitalverflechtung schlechthin, sondern es besteht die Tendenz, Österreich in eine Randzone der EWG zu verwandeln. Forciert werden einige Sektoren, die auf die Bedürfnisse der "Mutterbetriebe" in der BRD ausgerichtet sind. Bei der nächsten Rezession werden diese Betriebe am ehesten stillgelegt Deshalb wird die Gefahr der Arbeitslosigkeit grösser. Zugleich - und das ist in einer internationalistischen Strategie ungeheuer wichtig - würde dadurch die Position der westdeutschen Bourgeoisie gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse gestärkt. Gerade wegen dieser Verwandlung Österreichs in eine Randzone werden die Arbeiter nicht zu gemeinsamen Aktionen gegen das internationale Kapital getrieben, zumal das Niveau der Klassenkämpfe und des Klassenbewusstseins bei uns viel niedriger ist als in Westdeutschland. Die Internationalisierung des Kapitals würde also bei weitem nicht im selben Mass die Vereinheitlichtung der österreichischen und westdeutschn Arbeiterklasse vorantreiben. Auch der Import moderner Technologie ist nicht sehr grossartig, weil das Auslandskapital gerade das niedrige Lohnniveau und die hervorragende "Arbeitsdisziplin" ausnützen will, und daher gerade arbeitsintensive Branchen bevorzugt. Dieser Umstand wird von der Regierung bewusst gefördert, indem in Werbebroschüren für ausländische Kapitalisten, in Reden etc. immer wieder darauf hingewiesen wird. Ist einmal dieser Kurs eingeschlagen, setzt man einmal auf die Hilfe des Auslandskapitals bei der Schaffung eines "modernen Österreich", wird die ohnedies bestehende Tendenz, die Löhne und die Arbeiterniederzuhalten, zum Zwang, zur "condition sine qua non" der 'Modernisierung'. Darüber hinaus scheint das Auslandskapital (empirisch) der extremistische Flügel der Kapitalisten zu sein (Terror gegen'Gastarbeiter; Verletzung von Kollektivverträgen, des BRG, etc.)

(Der "österreichische Standpunkt")-
Es sind dies eine Reihe von Gründen, warum das Vordringen des Auslandskapitals den Interessen der Arbeiter (und zwar sowohl ihren unmittelbaren als auch zum Teil ihren langfristigen) entgegengesetzt ist. Aber müssen wir deshalb gegen das Auslandskapital kämpfen? Und wie? Nicht von einem reaktionären Standpunkt aus, der vor der "Übermacht der Monopole erschrickt; nicht von einem 'nationalen' Standpunkt aus - sondern vom revolutionären Standpunkt des Sturzes des Kapitalismus in ganz Europa, in der ganzen Welt. Das Auslandskapital ist nicht 'aus Prinzip' 'schlecht', weil es 'antisterreichisch' ist o.ä. Es gibt eine kapitalistische und eine sozialistische Lösung! Und die sozialistische Lösung gilt es vorzubereiten durch die Stärkung der Kampfkraft der internationalen Arbeiterklasse. Unser Standpunkt muss der des internationalen Klassenkampfes sein, nicht ein bornierter 'lsterreichischer' Standpunkt. Es stimmt einfach nicht, dass der internationale Klassenkampf (sogar bei Abstraktion von den

sozialistischen Ländern und der "3. Welt") die Summe der nationalen Kämpfe ist. Die 'sozialistische Lösung' ist international. Wieder gilt: der Kampf gegen das Auslandskapital ist notwendig, aber wird er falsch geführt, gleitet er in reaktionäre nationalistische Bahnen ab. Der Kampf gegen das Auslandskapital muss mit den Mitteln des internationalen Klassenkampfes geführt werden, er darf nicht zur "Verteidigung" des nationalen Kapitals führen. Bei der KPÖ ist zu befürchten, dass der Kampf, die Agitation, in diese Richtung geht. Dieser Fehler hat aber gerade in der Metaphysik des "Österreichertums" seine Wurzeln, das mit der Theorie von der "österreichischen Nation" (es handelt sich hier nicht umden Sachverhalt an sich, sondern um die spezifische Form der Theorie, um die politischen Konsequenzen etc. einsetzte. (Die Kpö der Zwischen - kriegszeit hatte ein viel unbefangeneres Verhältnis dazu!) Dennoch gehen dieGefährdung der unmittelbaren Interessen in die Argumentation der KPÖ ein - und die Stärkung der NATO und der EWG, die mit der stärker werdenden ökonomischen Verflechtung durch die immer bessere Einbeziehung Österreichs verbunden ist.

Dass die SP-Regierung auf das Auslandskapital als "Modernisierungsfaktor" in Österreich rechnet, wird durch einen einfachen Zahlenvergleich bestätigt (s.o.) Auch zum Auslandskapital hat die FÖJ daher nichts zu sagen, allein schon, weil dann vielleicht ihre SP-Fixierung in Frage gestellt würde. Weiters weil die Borniertheit der FÖJ ihren internationalistischen Blickwinkel von vornherein (abgesehen von abstrakten, konsequenzlosen Hinweisen) in eine Richtung - CSSR - verengt. Die Phrasen über alles mögliche, u. a. über das Auslandskapital dienen nur zur Abstützung der kleinlichen opportunistischen "Strategie", die sich auf zwei Nasenlängen beschränkt.

Das Fazit dieses Abschnittes ist daher kurz: Die FÖJ gibt weder eine Analyse, noch auch nur einige Notizen zu den Hauptfragen der österreichische n Ökonomie: der verstaatlichten Industrie, der spezifischen Wirtschaftsstruktur, des Auslandskapitals. Aus diesem Nichts können daher auch keine politischen Schlussfolgerungen für denKampf um den Sozialismus abgeleitet werden.

Zur klassenanalytischen ‹Grundlage› im FÖJ - ›Programm‹

Die Kapitalismusanalyse unternimmt es, die Wirkungsweise der allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitals in der bestimmten historischen Situation zu erfassen und darzustellen. Aus der Analyse der Bewegung des Kapitals ergibt sich die Grundlage für die Analyse der Bewegungen der durch das Kapitalverhältnis bestimmten Klassen. Aus der Bestimmung der Klassen nach ihrer objektiven Stellung im und zum Produktionsprozess als "Klassen an sich" lassen sich unmittelbar weder Aussagen über den historischen Stand des Klassenkampfes, des Verhältnisses der Klassenkräfte, noch "objektiv richtige" Strategien des Klassenkampfes ableiten. Was diese theoretische Vorstufe der Klassenanalyse leisten kann, ist die Abgrenzung der Klassen gegeneinander, ihrer objektiven Interessen und Interessensgegensätze, und die Bestimmung ihrer objektiven Rolle in der Entwicklung und Revolutionierung der Produktionsverhältnisse.

Vom Ziel der Klassenanalyse her, die Arbeiterklasse in ihrer Dynamik, sowie die Entwicklung und Stellung der Nebenklassen innerhalb des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse zu erfassen, ergibt sich schon, dass die Klassenanalyse nicht auf dieser rein theoretischen Vorstufe stehenbleiben kann, sondern sich erst im Klassenkampf selbst voll entfaltet.

Aus der Verknüpfung der Klassenanalyse mit der Kapitalismusanalyse geht zwingend hervor, dass erstere ein begriffliches Instrumentarium, nämlich die marxistischen Kategorien, insbesondere die Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie voraussetzt; ebenso die marxistische Methode. Es ist hier, wie auch bei der Kapitalismusanalyse natürlich nicht notwendig und möglich, die fundamentalen Kategorien zu entwickeln und sich schrittweise dem Konkreten zu nähern. Denn erstens würde dies den Rahmen sprengen, zweitens sind die für die Konkretisierung notwendigen klassenanalytischen Vorarbeiten von uns noch nicht geleistet.

(Neuinterpretation des "Proletariats")

Im "Programm" der FÖJ stellt das, was eine Klassenanalyse oder Ansätze dazu vorstellen soll, sich anders dar. Aus ihrer "Kapitalismusanalyse" ist nichts abzuleiten über die Bewegung der Klassen. Dazu diente jene gar nicht, sondern bloss zu eklektizistischen Illustrationen von a priori gegebenen, revisionistischen Schlussfolgerungen. Genauso verhält es sich auch hier. Die FÖJ setzt an bei dem "Begriff des Proletariats", der heute neu zu "interpretieren" sei (12/1). "Auf Grund der veränderten Produktivkräfte in den spätkapitalistischen, technisch-wissenschaftlichen Gesellschaften erscheint der Begriff des "Proletariats" als Träger der revolutionären Umwandlung einer Neuinterpretation bedürftig." Diese"Neuinterpretation" erfolgt dann allerdings nicht, wie genau das"Programm" man auch ansieht. Auch der "alte","konventionelle" Begriff des Proletariats wird an keiner Stelle dargestellt. Es bleibt daher nichts als die einfache Feststellung, dass 'das mit dem Proletariat halt nicht mehr so ist'. Der Trick, der vorliegt, ist klar. Klar ist auch, was suggeriert werden soll: nicht mehr das 'role-

tariat, sondern ein "historischer Block", ein Bündnis,oder wie immer man das nennt, von Arbeitern, Angestellten, Intellektuellen, ja sogar Bauern und Handwerkern sei das Subjekt der Revolution. Um sich damit nicht dem Vorwurf des offenkundigen Revisionismus aussetzen zu müssen, tarnt man dieses Manöver durch eine angebliche "Neubestimmung" des Begriffs des Proletariats und kann so seinen Revisionismus sogar in ein wissenschaftlich-analytisches Mäntelchen kleiden. Die Vorstellung vom Proletariat, die ihren Begriff nicht aus dem System der politischen Ökonomie ableitet, sondern an Phänomenen wie Armut, Elend usw. festmacht, kommt einer solchen "Neuinterpretation entgegen.

Die Methode, die von der FÖJ angewandt wird, muss schonungslos aufgedeckt werden. Anknüpfend an die oberflächlich-falschen Bestimmungen des "Proletariats" wird durch das Aufrollen der "Neuinterpretation" des Begriffs den Lesern die revisionistische Strategie der FÖJ suggeriert, die sich durch den völligen Verlust des proletarischen Klassenstandpunktes auszeichnet. Zwar legt man an einer Stelle (3/2) ein vages Bekenntnis zu den polit-ökonomischen Bestimmungen der Klassenzugehörigkeit ab, doch bewegt sich das "Programm" in seinen "Schlussfolgerungen" und "Analysen" auf der plattesten Oberfläche der Erscheinungen. Bei der Konstruktion von "Klassen" nach beliebigen positivistischen Schichtmerkmalen (Alter, Bildungsgrad, sozialer Status) fällt die FÖJ endgültig den Mystifikationen der Erscheinungswelt zum Opfer, ohne zu ihrem Wesen vorzudringen. Wie wenig sie die Bestimmungskriterien der Klassenzugehörigkeit, auf die sie sich in 3/2 beruft, selbst verstanden hat, zeigt sich z.B. in der später vorgeführten Konstruktion einer typischen FÖJ-"Klasse":

> "Auf einem relativ hohen Einkommensniveau werden Arbeiter und Angestellte, in den Dienstleistungssektoren Beschäftigte, die kleinen Handwerker, die Mehrzahl der kleinen und mittleren Bauern zu einer einzigen, mehr oder minder homogenen Klasse zusammengedrängt, deren Hauptmerkmal nach wie vor die Lohnabhängigkeit, die Trennung vom erarbeiteten Produktionsergebnis, kurz: die Subsumierung unter die Bedingungen entfremdeter Lohnarbeit ist."(12/9)

Dieser "revolutionären" Klasse der FÖJ werden nach Belieben weitere "progressive Kräfte" (fortschrittliche Strömungen der bürgerlichen(!) Intelligenz etc) zugesellt und dem ganzen Vehikel die "Jugend" als Avantgarde vorgespannt. Das ist der Grundzug der ganzen politischen Orientierung der FÖJ - und dieser Zug wird im "Programm" suggestiv und "argumentativ" abgestützt.

(Verlust des proletarischen Klassenstandpunkts)- Für die Strategie des "Programms" ist also weder der Begriff des Proletariats noch sonst ein marxistischer Begriff notwendig. In 13/1 wird das Fazit gezogen: "Die

> Kräfte, die den durch den Spätkapitalismus sich verschärfenden Widersprüchen radikal begegnen und sie beseitigen wollen, sind jene des Sozialismus, in einem täglich stärker werdenden Bündnis mit fortschrittlichen Strömungen, die weite Kreise der Religionsgemeinschaften, der bürgerlichen Intelligenz und der nationalen Bewegungen erfassen."

Von dieser Warte aus ist eine Klassenanalyse gar nicht mehr notwendig. Solche Auffassungen fallen hinter die elementarste Erkenntnis des Marxismus zurück, dass das Proletariat und nur das Proletariat die sozialistische Revolution bewältigen kann. Bei der Orientierung der FÖJ auf diese diffusen "Kräfte des Sozialismus" wird das "Volk" statt der Arbeiterklasse der Adressat der Politik und der Klassenstandpunktgeht verloren. Das Herumgerede um die "Neuinterpretation" hat dabei keinerlei Funktion, ausser der, zu verschleiern. Dies, den Klassenstandpunkt aufzugeben, die spezifisch proletarischen Forderungen aufzulösen in die Forderungen der "Kräfte des Sozialismus", aller "Demokraten" und "Friedenskräfte" etc, ist ein wesentlicher Grundzug jeder opportunistischen Strategie - und er findet sich daher nicht nur bei der FÖJ, sondern auch bei vielen kommunistischen Parteien, ganz krass etwa bei der DKP. Der Unterschied diesbezüglich ist nur, dass diese wenigstens verbalauf der führenden Rolle der Arbeiterklasse bestehen, während bei der FÖJ nicht einmal das zu finden

ist. Marxisten haben jedoch kompromisslos vom Standpunkt des Proletariats auszugehen und erst dann die Bündnismöglichkeiten zu prüfen. Die scharfe Herausarbeitung der Klasseninteressen des Proletariats auch in ihrem Widerspruch zu den Interessen der Mittelklassen ist Voraussetzung einer revolutionären Strategie und gerade in der gegenwärtigen Situation vorrangige Aufgabe der Marxisten.

Dass die FÖJ den proletarischen Klassenstandpunkt mit der Revision des Marxismus aufgegeben hat, ist kein leerer Vorwurf, sondern lässt sich an hand vieler Probleme verifizieren (und wird an anderer Stelle verifiziert) und ist von grundlegender Bedeutung für die Gesamteinschätzung der politischen Linie der FÖJ. Statt des proletarischen vertritt die FÖJ einen kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt. Es könnte in der Tat nur schlecht ausgehen, wenn die FÖJ daranginge, den Begriff des Proletariats (sei es "Alter" oder "neuer" Interpretation) zu explizieren. Denn bei der Lektüre des "Programms" zeigt sich, dass die FÖJ nicht einmal die einfachsten Bestimmungen der Lohnarbeit begreift (siehe Kapitalismusanalyse). Und ohne den Begriff der Lohnarbeit geht es nicht.

(Proletariat und Mittelklassen)- Im folgenden bleiben eine Reihe wichtiger Probleme ausser Betracht, weil sie für die Kritik des FÖJ-"Programms" nicht relevant sind, d.h. weil die FÖJ dazu nichts zu sagen hatte.(Vor allem die innere Struktur der Arbeiterklasse und Differenzierung des Proletariats - welcher Begriff hier mit Arbeiterklasse identisch gesetzt wird -, die Arbeiteraristokratie etc. werden nicht behandelt.)

Das grundlegende gesellschaftliche Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital, das Kapitalverhältnis. Mit der Entwicklung des Kapitalismus breitet es sich auf immer weitere Bereiche der Gesellschaft aus, verdrängt die Verhältnisse vorangegangener Produktionsweisen, und vernichtet die ihnen zugehörigen Klassen. In diesem grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnis stehen sich die Klassen der Arbeiter und der Kapitalisten unversöhnlich gegenüber. Aus dem Kapitalverhältnis lassen sich auch die Bestimmungen ableiten, die diese beiden Klassen charakterisieren. Dem Proletariat gehören jene Massen an, die selbst keine Produktionsmittel besitzen und deshalb zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen sind, dabei dem Kapital unmittelbar subsumiert sind, und keine Möglichkei haben, in die antagonistische Klasse, i.e. die Kapitalistenklasse überzugehen. Das Proletariat und nur das Proletariat kann Träger der sozialistischen Revolution sein. Durch seine Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess wird es notwendig dem Kapital gegenübergestellt. Durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und die Zuspitzung der ihr immanenten Widersprüche wächst es und entwickelt sich, konsolidiert sich als Klasse, wird zum Sturz des Kapitalismus getrieben. Durch die Grossproduktion wird es vereinigt und an Disziplin und Organisation gewöhnt.) Der konsequent revoultionäre Charakter des Proletariats ergibt sich aber nicht nur daraus (und schon gar nicht daraus, dass es die ärmste und am meisten unterdrückte Klasse sei - was häufig gar nicht zutrifft), sondern daraus, dass das Proletariat Träger einer neuen Porduktionsweise ist. Dadurch unterscheidet es sich von allen anderen werktätigen Klassen. Aus den obigen Bestimmungen geht hervor, dass die von der FÖJ genannten kleinen Handwerker, Bauern etc. eindeutig nicht dem Proletariat zuzurechnen sind. Ebenso wenig zur Arbeiterklasse gehören diejenigen Schichten, die zwar ebendalls keine Produktionsmittel besitzen, aber nicht unter das Kapital subsumiert sind. Es folgt dies aus der Marx'schen Differenzierung zwischen Lohnarbeit und Salariat. Sie empfangen einen Salär, der zwar formell dem Lohn gleicht, aber eben nicht eine Beziehung zum Kapital ausdrückt, sonzum - Staat. Es handelt sich um den ehemals homogenen "Beamtenstand". Inzwischen hat der Staat Funktionen im Reproduktionsprozess übernommen und fungiert in weiten Bereichen als materieller Gesamtkapitalist. Grosse Teile dieser "Beamten" sind daher Bestandteil der Arbeiterklasse, wie z.B. die Eisenbahnarbeiter. Daran ändert das gebliebene Privilegium des Nicht-entlassen-werden-könnens

nichts, welches übrigens durch die Tendenz, immer mehr nichtbeamtete Hilfsarbeiter einzustellen, allmählich an Bedeutung verliert. Die Kategorie "Beamte" umfasst daher Teile der Arbeiterklasse und der Mittelklassen; sie wird durch die kapitalistische Entwicklung zunehmend obsolet.

Die einfachen Warenproduzenten (Handwerker, Bauern im modernen Sinn) stellen ein Relikt einer historisch bereits überwundenen Produktionsweise dar. Zahlenmässig ständig abnehmend, sind sie zwar selbst Besitzer ihrer Produktionsmittel, stellen aber mit ihrer eigenen Arbeit Waren her, ohne fremde Arbeitskraft auszubeuten. Die kapitalistische Produktionsweise zwingt ihnen jedoch ihre eigenen Gesetze auf und macht dadurch ihre Stellung in besonderer Weise widersprüchlich: der einfache Warenproduzent vereinigt in seiner Person den Kapitalisten (als Besitzer der Produktionsmittel) und den Lohnarbeiter. Das Charakteristische dieser Produktionsweise der einfachen Warenproduktion ist es, dass sie ihre Mitglieder voneinander isoliert, statt sie (wie der Kapitalismus das Proletariat) zu vereinigen. Aus diesem Grunde stellen sie auch keine Klasse im eigentlichen Sinn dar: zurückgedrängt auf die Produktionsbereiche, die das Kapital noch nicht erfasst hat, sei es, weil sie für das Kapital unrentabel sind, sei es, weil sie sich für die kapitalistische Produktionsweise nicht eignen, sei es, weil die Kapitalistenklasse sie ihren zeitweiligen Bündnispartnern kurzfristig als Reservat erhält, sind sie ständig von ihrer Vernichtung durch das Kapital und dem Sturz ins Proletariat bedroht. Da sie sich als Klasse nicht vergegenwärtigen können, weil dies auch das Bewusstsein um ihr Schiksal einschlösse, neigen sie dazu, alle Klassengegensätze zu verwischen und führen verschleiert einen aussichtslosen Kampf gegen beide Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, in dem sie meist das Proletariat als ihren Hauptgegner ansehen und sich voll Illusionen mit dem Kapital gegen die Arbeiterklasse verbünden. Ihre Situation ähnelt der der Kleinbourgeoisie, der Mittelklasse der kleinen Industriellen, Kaufleute, die zwar Lohnarbeit ausbeuten, aber nicht im relevanten Ausmass Kapital akkumulieren und deshalb auch nicht der Kapitalistenklasse zuzurechnen sind.

Diese Bestimmung der Lage der Mittelklassen zeigt klar, dass sie historisch der Vernichtung preisgegeben sind, dass der Kampf um ihre "Klasseninteressen" den reaktionären Versuch darstellt, "das Rad der Geschichte zruückzudrehen", um ihre Existenz zu erhalten, und dass sie bestenfalls (unzuverlässiger) Bündnispartner des Proletariats, nie aber selbst revolutionäres Subjekt sein können. Wenn die FÖJ sie mit Arbeitern und Angestellten in eine "mehr oder minder homogene"'Klasse' zusammenzaubert, wirft sie damit alle Kategorien der marxistischen Klassenanalyse über Bord. Daher rührt auch die Ersetzung marxistischer Kategorien durch positivistische Schichtmerkmale, deren Resultat die Darstellung der Intelligenz, Jugend usw. ausserhalb des Klassenzusammenhangs ist. Dies alles läuft schliesslich darauf hinaus, durch die Verwischung der Klassengegensätze den proletarischen Klassenstandpunkt unter der Hand durch einen kleinbürgerlichen zu ersetzen, und damit die eigene revisionistische politische Praxis zur revolutionären hinaufzustilisieren.

Schon in der 'Kapitalismusanalyse' wurde gezeigt, dass an die Stelle der Analyse des wirklichen kapitalistischen Gesamtprozesses und seiner Widersprüche das Leugnen eben dieser Widersprüche tritt. Als Deus ex machina, als Ersatzwiderspruch tritt dann die wissenschaftlich-technische "Revolution" auf. Ähnlich ist es bei der "Klassenanalyse". Auch hier sind nur vage, zum Teil sogar einander widersprechende Aussagen zu finden, die allesamt auf die Eliminierung des Proletariats aus der FÖJ-Strategie hinauslaufen. Diese besonders im Fall der Studenten in 6/3 und 6/4, wo besonders lustig das Kunststück der Manipulation vorgeführt wird (die überhaupt so manche Kunststücke vollbringt), dass die Studenten - obwohl zukünftige Proletarier - "potentielle Träger der Ideologie der herrschenden Klasse" sind. Der ganze Abschnitt soll hier auch wegen seiner interessanten Logik zitiert werden:

"Da im Zuge der WTR die Masse der

Studenten zukünftige 'Proletarier', zum Teil sogar eine wissenschaftlich-technische Reservearmee darstellt, und sie potentieller Träger der Ideologie der herrschenden Klasse ist, ist ihre Gewinnung für eine revolutionäre Bewegung von grosser Bedeutung"(6/4).

Auch die Angestellten gleichen sich dem Proletariat an(1o/4). In 21/3 werden hingegen die Privilegien der Angestellten konstatiert, sie werden sogar zu "Mittelschichten" erklärt. Auch dazu stehen die politischen Schlüsse der "Klassenanalyse" in Widerspruch. Letztere liefert auch keinen analytischen Beleg für die mehrfach postulierten "radikalen Umwälzungen der Klassenstrukturen". Diese sollen dem "Programm" zufolge auf die wissenschaftlich-technische "Revolution", also auf Veränderungen des Arbeitsprozesses, nicht auf Veränderungen im Verwertungsprozess des Kapitals zurückgehen. Eine Analyse der Klassenstrukturen, die ausschliesslich auf der Analyse des Arbeitsprozesses und seiner Veränderungen('WTR') aufbaut, vernachlässigt den Doppelcharakter des kapitalistischen Produktionsprozesses in seiner Einheit von Arbeit- und Verwertungsprozess, damit aber auch die grundlegenden Bestimmungen der Klassenzugehörigkeit. Diese Spekulationen bildeten schon oft den Ausgangapunkt revisionistischer Theorien (Marcuse, Habermas etc.), die auf diesem Wege "wissenschaftlich" das Verschwinden des Proletariats konstatiern oder prophezeien wollten.

In diesem Zusammenhang wäre natürlich die Kategorie der produktiven Arbeit von Relevanz für die Kritik an der Klassenanalyse der FÖJ. Wir haben sie aber bewusst auch aus unserer kurzen Darstellung der Klassen und Klassengegensätze ausgeklammert, weil bei der richtigen Verwendung dieser Kategorie, wie auch der anderer Kategorien, viel genauere Differenzierungen notwendig wären, bzw. weil auf der Ebene, auf der hier im "Programm" argumentiert wird, diese Kategorien noch nichts zu suchen haben.

Was ist das Fazit aus dem Ganzen?

1-Das Föj-"Programm" bietet keine Klassenanalyse an, sondern fragwürdige und falsche Aussagen auf dem plattesten Niveau positivistischer Schichtanalysen, die von einer marxistischen Klassenanalyse weit entfernt sind.

2-Die Nicht-Erfassung der Klassen und Klassengegensätze führt zur Konstruktion ganz neuer "Klassen" (einem wüsten Konglomerat aller möglichen 'Schichten','Gruppen','Bewegungen','Teile der Bevölkerung'), und zur Verwischung des Klassenantagonismus.

3-Das Substrat dieser "Analyse" bildet die "Klasse" der"Progressiven", die das Proletariat als revolutionäres Subjekt ersetzen soll. Dies bildet die Grundlage dafür, kleinbürgerliche Interessen als revolutionäre Interessen anzubieten. Ist die Rede von Kämpfen, so handelt es sich immer um allgemeine Kämpfe; die Arbeiterklasse spielt keine Rolle. Extrem tritt dies in 13/7 hervor: "Von der wachsenden Stärke fortschrittlicher Bewegungen zeugt auch die Intensivierung der Klassenkämpfe in vielen Ländern Europas.": Damit wird also die Arbeiterklasse unter die liberalen "fortschrittlichen" Bewegungen subsumiert, ihr Klassenkampf erscheint - auf den Kopf gestellt - als Resultat "progressiver Bewegungen". Diese, wie auch die Klassenkämpfe werden aus dem Überbau hergeleitet.

4-Bündnispolitik (des Proletariats etwa mit Teilen der Mittelklassen) stellt daher für die FÖJ kein theoretisches und praktisches Problem mehr dar, weil von vornherein von klassenunspezifischen Interessen ausgegangen wird. Sie wird daher als Vereinskoalition verstanden.

5-Auch die Ableitung der Organisationsfrage ist eine Karikatur auf die richtige Vorgangsweise: Da aus der "Analyse" nichts über die Klassenbewegungen abzuleiten ist, folgen aus ihr auch keine Aussagen über die Klassenorganisation. Dies findet seinen praktischen Ausdruck in der völlig diffusen Mystifikation einer "Bewegung junger Menschen"(23/5).

6-Die Verwischung des Klassenstandpunktes und die Vernachlässigung der proletarischen Klasseninteressen bedeuten auf ideologischer Ebene und in der entsprechenden Politik den offenen Revisionismus.

Zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung

Will man den Versuch der Verfasser des FÖJ-"Programms", die "historischen Wurzeln der gegenwärtigen Situation aufzudecken, um die Erfordernisse des zukünftigen Kampfes realistisch einschätzen zu können" (2o/1), marxistisch einschätzen und seine revisionistischen Wurzeln aufdecken, so gilt es zunächst, ihre Fragestellung ins Marxistische zu übersetzen. Sie könnte etwa folgendermassen lauten: Um die gegenwärtigen Beziehungen der Klassen in einem Land zu analysieren und die Entwicklungstendenzen dieser Beziehungen vom Standpunkt der Arbeiterklasse richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, die Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise, der Produktionsverhältnisse und des Überbaus in diesem Land und im Zusammenhang damit die Besonderheiten der Geschichte der nationalen Arbeiterbewegung zu untersuchen.

Was eine solche Fragestellung von dem leeren Gerede der Verfasser über "Erfordernisse des zukünftigen Kampfes", "lange und wechselvolle Vergangenheit und Tradition" des Kampfes, "Bedingungen und Voraussetzungen" dieses Kampfes, und von den insgesamt tautologischen Beziehungen, die zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dann hergestellt werden, unterscheidet, ist nicht nur die Verwendung von Kategorien des historischen Materialismus anstelle solcher Phrasen wie "gegenwärtige Situation" und "historische Wurzeln". Vielmehr unterscheidet sich eben die marxistische von einer x-beliebigen Auffassung der Geschichte der Arbeiterbewegung dadurch, dass sie diese als Produkt des Kapitalverhältnisses und ihre "Traditionen" als Ausdruck von Klassenkämpfen begreift, und nicht den "Kampf für den Sozialismus" zum Subjekt und Traditionen zu Voraussetzungen der Geschichte macht. Das mag den Verfassern allzu "dogmatisch" erscheinen; es wird sich jedoch zeigen, dass gerade der von ihnen praktizierte Eklektizismus die abgegriffensten Schemata gedankenlos wiederholt.

Nun, nach all dem, was sie uns bisher geboten haben, erwarten wir von ihnen kein methodisches Vorgehen. Folgen wir ihnen daher bei ihrem Exkurs in die "wechselvolle" Geschichte lassen wir uns die "Wurzeln" zeigen, die sie dabei zutage fördern und machen wir uns gefasst auf - Schwammerln!

(Zum "Nationalbewusstsein" im "Programm")- Die erste Wurzel, die die Verfasser entdecken, zeichnet sich dadurch aus, dass nichts dran ist. Es ist die Wurzel eines Fehlens:

> "Auffallend in Österreich ist das Fehlen eines spontanen Nationalbewusstseins. ... Die Gründe dafür sind mannigfaltig, sie reichen bis in die Anfänge der Gründung der Habsburgschen Hausmacht zurück und hängen mit deren historischer Gesamtentwicklung ... zusammen"(2o/3)

Der Grund, weshalb uns diese gigantische Wurzel vorgelegt wird, ist folgender: die Verfasser haben die Meinung, dass das "Erwachen" des "spontanen Nationalbewusstseins" "in der Geschichte der Völker eine wichtige Etappe ihrer emanzipatorischen Bewusstwerdung darstellt"(2o/3). Also schauen wir uns Österreich drauf an. Fehlanzeige! Das österreichische Volk hat eine wichtige Etappe seiner emanzipatorischen Bewusstwerdung nicht erreicht, und so beginnt der "Kampf für den Sozialismus" hier unter ungünstigem Vorzeichen ... Es wird uns weder gesagt, von der Geschichte welcher Völker eigentlich jenes quasi normale Erwachen des Nationalbewusstseins abstrahiert ist, noch, was der Inhalt dieses Bewusstseins sein soll (es ist schwer, vorzustellen, dass die alten Österreicher emanzipierter gewesen wären, wenn sie gewusst hätten, dass sie welche sind), noch, was das mit dem Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu tun haben soll. Aber lassen wir diese Fragen! Es fehlt ja ohnehin, das spontane Nationalbewusstsein - und es kann uns gestohlen bleiben -, wenn nur nicht diese Fehlen das einzige wäre, was die "historische Gesamtentwicklung des Vielvölkerstaates" vor 1848 nach Ansicht der Verfasser an Bedeutungsvollem offenbar hervorgebracht hat. Und nach 1848 - fehlt es noch immer! Aber siehe da: es taucht eine neue Wurzel auf: die österreichische Bourgeoisie, - die natürlich nicht weiss, dass sie österreichisch ist! "Während in anderen Ländern, oft unter ungünstigeren Bedingungen, wenigstens eine starke nationale Komponente entwickelt werden konnte, blieb in Österreich in Ermangelung der wirtschaftlichen und bildungsmässigen Reife der Bourgeoisie diese Entwicklung aus. Eine besondere Tragödie stellte das Scheitern der bürgerlichen Revolution 1848 dar". (2o/3) Also: besagte Bourgeoisie, obgleich "wirtschaftlich und bildungsmässig" unreif, arm und dumm, hätte sich immerhin an anderen, noch miserableren Bourgeoisien ein Beispiel nehmen sollen, die "oft unter ungünstigeren Bedingungen" (wenn schon kein "spontanes Nationalbewusstsein" von früher da ist) "wenigstens eine starke nationale Komponente" entwickelten. Kurz: die österreichische Bourgeoisie hätte 1848 nichts weniger als die - Republik Österreich ausrufen sollen. Einen anderen Sinn kann jene Erwägung der Verfasser nicht haben, wobei wir und gar nicht ausdenken wollen, was dies "Komponente" denn der Arbeiterklasse hätte nützen können. Als ob die Revolution von 1848 am mangelnden Patriotismus des Bürgertums gescheitert wäre, und nicht vielmehr der Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat Kapitalisten und Kleinbürger auf die Seite der Reaktion getrieben hätte.

Als "bürgerliche" Revolution bezeichnet der Marxismus eine Revolution dann, wenn die durch sie bewirkte Umwälzung der Produktionsverhältnisse zur Etablierung und Verallgemeinerung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. und die ihr entsprechende Umwälzung des politischen, juristischen etc. Überbaus zur Errichtung der bürgerlichen Staatsgewalt, Einführung bürgerlicher Rechtsformen usw. führt. Dieser Inhalt der bürgerlichen Revolution ergibt sich notwendig aus dem Charakter und dem Entwicklungsstand derkapitalistischen Produktionsweise, also unabhängig vom Willen der Bourgeosie und erst recht dem der Massen, die letztliche jede Revolution "machen". Nur wenn man von der bürgerlichen Revolution idealistische Vorstellungen hat, wird man übersehen, dass die bürgerliche Revolution in Österreich-Ungarn ebenso wie in

Deutschland (und in Russland) gegen den Willen der Bourgeoisie (genauer: der liberalen Bourgeoisie) durchgeführt wurde (Revolution "von oben").

Die Bauernbefreiung (1848), die Einrichtung eines Handelministeriums (1848), die Aufhebung der Zollgrenze zwischen Österreich und Ungarn (51), u.a.,schliesslich der in den 5oer Jahren einsetzende industrielle Aufschwung waren für die Bourgeoisie gewiss keine "besondere Tragödie", eher schon das"Scheitern" der Anschlussversuche an den Deutschen Zollverein. Und wenn die Revolution 48 nicht gescheitert wäre? Man lese das Kommunistische Manifest, die Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland, die Artikel von Marx und Engels, man vergegenwärtige sich das wahrhaft internationalistische Verhalten der Wiener Arbeiter und Studenten - mit der nationalen Komponente, dem spontanen Nationalbewusstsein war es da auch nicht weit her. Also lassen wir es beim Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848 an der Vorstellungswelt der FÖJ bewenden - wieder eine Fehlanzeige! Und erinnern wir die Verfasser nicht noch an die unglückselige Rolle des Karl Marx, der es bei seinem Besuch in Wien damals versäumte, die hiesige Bourgeoisie zur Entwicklung der starken nationalen Komponente anzuhalten.

Die ganzen bisherigen Auslassungen der Verfasser seit den "Anfängen der Gründung der Habsburgschen Hausmacht" wurden von ihnen bestritten einzig durch das unselige Fehlen des Nationalbewusstseins. Die historischen Unklarheiten, die dabei zutage traten, mögen verzeihlich sein. Nicht verzeihlich ist die Ignoranz, die sie gegenüber der Geschichte der Arbeiterbewegung an den Tag legen, und die Art und Weise, wie sie hier verfälscht wird. Da produzieren sie foldendes:"Das Festhalten (wessen?) an einer Politik, die mitten im Zerfall der Monarchie (und das ist - wann?), ihren Blick rettungssuchend (wofür?) nach Deutschland richtete, erleichterte insbesondere(!) nach 1866 die Entwicklung des Deutschnationalismus(!!) in den Reihen der sich entwickelnden österreichischen Arbeiterbewegung". (2o/3) An diesem Satz ist so gut wie alles falsch. Wenn mit "einer Politik", die "ihren Blick" rettungssuchend nach Deutschland richtete, die der Arbeiterbewegung gemeint sein soll, so erblickte diese, wie 1848, die "Rettung" tatsächlich in einer Revolution, die die Hohenzollern und Habsburger stürzen und die Bildung einer deutschen, ungarischen, polnischen Republik herbeiführen würde. Diese demokratischen Ziele bildeten den Inhalt der "grossdeutschen"Orientierung der (deutsch-)österreichischen Arbeiterbewegung, die übrigens nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, Bebel und Liebknecht, sondern auch Marx und Engels teilten. Diese "nationalen", demokratischen Ziele der proletarischen Bewegung ("Recht auf Selbstbestimmung der Nationen") mögen nicht immer klar genug von den internationalen Klasseninteressen des Proletariats unterschieden und ihnen untergeordnet worden sein. Mit "Deutschnationalismus" hatte das aber nichts zu tun. Ist den Verfassern bewusst, dass man unter "Deutschnationalismus" eine kleinbürgerliche, antisemitische, antislawische, chauvinistische Richtung versteht, die in der Partei Schönerers organisiert war? Pernerstorfer und sein Anhang, die man allenfalls als Vertreter dieser Strömung - nicht in der "sich entwickelnden", sondern der entwickelten (seit Ende der 9oer Jahre) Arbeiterbewegung - ansehen kann, bildete stets eine Minderheit.

Über diese Zehntelswahrheiten, die durch ihre Aneinanderreihung in einem Satz einen kompletten Unsinn ergeben, lohnt es sich jedoch nicht mit Leuten zu diskutieren, die gleich drauf folgendes hinzuschreiben wagen: Der Deutschnationalismus habe in der österreichischen Arbeiterbewegung "lange hindurch (und wie lange, wenn man fragen darf) eine dominierende(!) Rolle gespielt und im Rahmen(!) der pragmatischen(??) Politik der ursprünglich (und wie lange?) revolutionären österreischen Sozialdemokratie nachhaltig gewirkt".(2o/3) Wir schenken den Verfassern die Darstellung der "sich entwickelnden"österreichischen Arbeiterbewegung, also das Kunststück, angesichts der "mangelnden wirtschaftlichen und bildungsmässigen Reife" der Kapitalistenklasse und des

angeblich notorischen "merkantilen Charakters"(21/3) des österreichischen Kapitalismus, sich die Entstehung einer Arbeiterklasse und -bewegung überhaupt zu erklären. Aber wenn sie solche Behauptungen aufstellen wie die, der Deutschnationalismus habe in der österreichischen Arbeiterbewegung eine dominierende Rolle gespielt, dann kann man schon verlangen, dass diese Behauptung irgendwie belegt wird. Sie läuft schliesslich auf die Behauptung hinaus, der kleinbürgerliche Chauvinismus habe praktisch denKlassencharakter der Arbeiterbewegung verdrängt. In der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema wird unseres Wissens eine solche These nicht vertreten. Es ist weiterhin absurd, aus jener Stellung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie zur sogenannten nationalen Frage (ohne das Nationalitätenprogramm der Linken auch nur zu erwähnen!) die "verhängnisvolle Haltung"(2o/3) der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie zur Nationalitätenfrage vor 1918 ableiten zu wollen, zudem, wenn einem ausser dem melodramaitschen Ausdruck "verhängnisvoll"(worin bestand das Verhängnis?) nichts zur Nationalitätenfrage eingefallen ist. Welche ökonomischen Ursachen hatte die unterschiedliche Entwicklung der Klassen bei verschiedenen Nationen bzw. Nationalitäten des Habsburgerstaates? Wie erklärt sich ihre Stellung zu diesem Staat? Hätten sich die Verfasser eine solche konkrete Frage gestellt, und versucht sie zu beantworten, so wäre nicht nur ihre A n Ahnungslosigkeit offenbar geworden, die sie durch die Phrasen zu verhüllen suchen, es würde auch klarwerden, dass ihr Herangehen an die "nationale Komponente" nichts weniger als "verhängnisvoll" ist, da ihre Vorstellungen und Kriterien völlig unmarxistisch sind.

Es ist nämlich nicht allein die Unkenntnis der wirklichen Geschichte, es ist die Unklarheit über die Grundfragen marxistischer Politik, die die Verfasser bisher und bei ihren weiteren Ausführungen dazu veranlasst, die Produkte ihrer Geschichtsklitterung jedesmals mit moralischen Tönen zu kommentieren. Anstatt also zu konstatieren, dass trotz der "grossdeutschen" Orientierung (bei der den Verfassern als "Wurzel" immerhin die revolutionären "Traditionen" von 48 hätten einfallen können!), dennoch eine "österreichische Internationale" existierte, welche sich gerade dadurch auszeichnete, dass sie die Lösung der nationalen Fragen dem gemeinsamen Kampf der Arbeiterklassen aller Nationen unterordnete; anstatt zu untersuchen, aus welchen Ursachen diese, wie die ganze II.Internationale schliesslich in die Brüche ging (den Imperialismus halten die Verfasser offenbar füreine Angelegenheit ihres "Dritte-Welt"-Experten); anstatt also die Haltung der Sozialdemokratie zur nationalen und Nationalitätenfrage materialistisch zu erklären und dann vom marxistischen, proletarisch-internationalistischen Standpunkt aus zu kritisieren, wird die historische Entwicklung am Leitfaden "Nationalbewusstsein"-"nationale Komponente"-"Deutschnationalismus" usw. falsch dargestellt, um dann den patriotisch-moralisch-vulgärsozialistischen Zeigefinger zu erheben.

(Nationale Frage und Marxismus)- Skizzieren wir dagegen den theoretischen Zusammenhang, in dem die sogenannte nationale Frage für den Marxismus steht.

Grosse Nationalstaaten sind "die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums und sind ebenso unerlässliche Vorbedingung des harmonischen internationalen Zusammenwirkens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehn kann."(Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, Berlin 197o, s.45) Was die Bourgeoisie dazu zwingt, die Einheit der Nation gegen die feudale Zersplitterung politisch durchzusetzen, ist nicht ihre besondere Freude an der "nationalen Komponente", sondern ihr Interesse an politischer Zentralisation, das sich aus der Agglomeration der Bevölkerung, der Zentralisation der Produktionsmittel und der Konzentration des Eigentums durch die kapitalistischen Produktionsweise ergibt, ihr Interesse an einer starken Staatsmacht, die ihre Unternehmungen auf dem Weltmarkt wirksam schützt. Die Ideologie der Bourgeoisie, die durch die "Exploitation des Weltmarkts die

"roduktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet" (Kommunistisches Manifest), ist keineswegs von Hause aus national(istisch), wie die Verfasser anscheinend meinen, so dass deren Fehlen auf Unreife der Kapitalistenklasse hindeuten würde. Im Gegenteil: "Wie sich das Geld zum Weltgeld, entwickelt sich der Warenbesitzer zum Kosmopoliten ... Die Ware ist an und für sich über jede religiöse, politische, nationale und sprachliche Schranke erhaben".Es entwickelt sich daher mit der Warenproduktion notwendig "der Kosmopolitismus des Warenbesitzers ... im Gegensatz zum angestammten religiösen, nationalen und andern Vorurteilen, die den Stoffwechsel der Menschheit hemmen ... Die erhabene Idee, worin ihm die ganze Welt aufgeht, ist die eines Marktes - des Weltmarktes."(Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1968,s.158f) Weltmarkt, das bedeutet aber Erschliessung nichtkapitalistischer Märkte, also Ausdehnung des Weltmarktes wie des inneren Marktes, Zerstörung vorkapitalistischer Produktionsweisen, Bildung einer internationalen Arbeiterklasse, Konkurrenz der Proletarier, Konkurrenz der Kapitale ... Alle diese Prozesse können Ursachen nationalistischer Bewusstseinsformen sein mit unterschiedlichem Klasseninhalt (z.B. antikapitalistische Feudale, unterprivilegierte Proletarier). Die Bourgeoisie ist also keinesfalls von Hause aus Träger nationaler Bewegungen. Ein Nationalbewusstsein jedenfalls, dessen Inhalt einzig sagen wir: das schöne Österreich wäre, ist ihr fremd, und nur Ignoranten wundern sich darüber. Es versteht sich ebenso, dass die Kapitalistenklasse jederzeit, falls es für sie opportun erscheint, bereit ist das"Vaterland" zu "verraten", sich mit dem "Ausland' zu verbünden, schliesslich überhaupt den nationalstaatlichen Rahmen zu sprengen. Das ist kein Zeichen ihrer Schwäche, sondern Teil ihrer internationalen Politik, und kein Grund für das Proletariat, sich zum Vertreter "wahrhaftW nationaler Politik zu machen und den Ausverkauf der Nation zum Anlass zu nehmen, sich mit kleinbürgerlichen Ladenhütern einzudecken.

Das Proletariat, das in der bürgerlichen Revolution den Kampf der Bourgeoisie gegen die feudale Zersplitterung, für eine demokratische Volksvertretung, für Gleichheit aller Bürger usw. unterstützt, mag von der Bourgeoisie im Namen der "Nation" mobilisiert werden und selbst Träger der nationalen Volksbewegung sein; die Ideologie der Volkseinheit verflüchtigt sich,notwendig, sobald der bürgerliche Klassenstaat sichtbar wird. Mit der weltweiten Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und des Weltmarktes wird der Klassenkampf des Proletariats zu einer internationalen Erscheinung und die Aufhebung der Konkurrenz unter den Proletariern, ihre internationale Verständigung zu einer Notwendigkeit und zur Bedingung ihrer Emanzipation. Ihre materiellen Interessen, und nicht etwa moralische Ideen, die Solidarität von Gleichgesinnten, die Verbrüderung der Völker oder gar irgendwelcher Büros, ist die Grundlage des proletarischen Internationalismus. Wirklich existierendes Interesse der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder an ihrer Verständigung und gemeinsamen Emanzipation ist Voraussetzung einer internationalen Politik im Interesse der Arbeiterklasse, wie sie beispielhaft die I. Internationale durchführte. Eine solche "Aussenpolitik des Proletariats" (Marx) kann den Kampf für nationale Unabhängigkeit beinhalten, sofern nämlich dieser Kampf eine Vorbedingung des internationalen proletarischen Klassenkampfes ist oder ihn beschleunigt. Die Kämpfe für die Unabhängigkeit Irlands und die Wiederherstellung Polens - für Marx und Engels die beiden einzigen echten "nationalen Fragen" (nach der Einigung Deutschlands und Italiens) in Europa, die vor dem Sieg des Proletariats zu lösen waren! - diese Kämpfe waren für die I. Internationale keine bloss nationalen: sie führte sie gegen Zarismus, in dem sie die Stütze der europäischen Reaktion sah, bzw. gegen den englischen Kapitalismus; in beiden Fällen betrachtete sie die Lösung nationaler Fragen als Vorbedingung einer internationalistischen Bewegung der polnischen bzw. englischen Arbeiterklasse. Vom gleichen Standpunkt aus traten Marx und Engels dem Panslawismus ebenso entgegen wie der "Nationalitätenpolitik" Napoleon

Bonapartes, also der Indienstnahme nationaler Bewegungen durch die Aussenpolitik Russlands und Frankreichs.

(Die Spaltung der Arbeiterbewegung)- Nur auf der Grundlage einer wirklich existierenden internationalen Bewegung der Arbeiterklasse selbst ist eine internationale Politik im Namen dieser Klasse möglich, die frei ist von offenen oder versteckten nationalen Inhalten. Ohne diese Basis wird "proletarischer Internationalismus" zur Utopie oder zu einer Methode der "Mobilisierung" der Arbeiterklasse im Interesse des einen oder anderen Staates oder im Interesse anderer Klassen. Dies geht nicht ohne Verwässerung des Internationalismus, ein Prozess, der sich an der Geschichte der II. und auch der III. Internationale zeigen lässt.

Die Internationalität der II.Internationale verlor ihren Klasseninhalt in dem Masse, in dem die gemeinsame Aktion der nationalen Organisationen der Arbeiterklasse und die internationale Strategie ersetzt wurde durch die diversen Beteuerungen, die Sozialisten seien die "wahren" Vertreter der Nation, die "echten" Patrioten, man wolle ja nicht"kosmopolitisch" sein, und die Internationale sei nichts als die Idee schliesslicher "Völkerverbrüderung". Diese Entwicklung lässt sich gerade an der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie studieren, wenn man diese nicht als blossen Kampfplatz von "österreichischem Nationalbewusstsein" und "Deutschnationalismus" begreift, sondern die Entwicklung der ganzen II. Internationale im Auge behält.

Die Grundlage dieser Entwicklung eines "proletarischen" Nationalismus, die Herausbildung des Monopolkapitalismus, die zunehmende Abhängigkeit bestimmter Schichten der Arbeiterklasse von den Bewegungen des Monopolkapitals, die Umfunktionierung ihrer Organisationen usw. wirkt nicht nur auf die Internationale sprengend, sondern bewirkt die schliessliche Spaltung der Arbeiterbewegung jedes Landes in Internationalisten und Sozialpatrioten. Schon aus diesem Grund wäre es unsinnig, der deutschösterreichischen Sozialdemokratie global "Deutschnationalismus" vorzuwerfen, als wäre der Nationalismus etwa in der tschechischen Organisation proletarischen Ursprungs gewesen. Allerdings war für Lenin der proletarische Internationalismus, im Gegensatz zum Sozialchauvinismus, verknüpft mit einer bestimmten Stellung zur nationalen und kolonialen Frage, nämlich der konsequenten Anerkennung des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung. Inwiefern aber proletarische Internationalisten nationale Unabhängigkeitsbewegungen zu unterstützen hätten, war auch für Lenin abhängig von deren Funktion innerhalb der Strategie der proletarischen Internationale (daher sein Kampf gegen Zionismus, Panslawismus u.ä.). Von diesem Standpunkt aus - aber auch nur von diesem, und nicht dem des "österreichischen Nationalbewusstseins"! - ist die Anschlusspolitik der deutschösterreichischen Sozialdemokratie 1918/19ff. zu kritisieren. Sie ging zu Recht davon aus, dass ein isoliertes sozialistisches Österreich eine Unmöglichkeit sei, zog daraus aber den Schluss, dass vor dem Anschluss an Deutschland ein Weitertreiben der sozialistischen Revolution zu verhindern sei, unterwarf sich der Entente, verhinderte gerade dadurch (wie auf deutscher Seite Ebert und Konsorten) einen Anschluss an die deutsche Revolution, und wurde schliesslich zum Handlanger der Niederwerfung der ungarischen Räterepublik.

Damit nehmen wir den Faden, oder besser: das Garn der Verfasser wieder auf. Wir befinden uns im Jahre 1918 und in Österreich liegt die Macht "auf der Gasse"(2o/4), freilich gerade nicht "ähnlich wie in Russland" (2o/4). Abgesehen davon, dass diese Vorstellung von der "Macht" einigermassen kindisch ist, weil sie sowohl von deren Klasseninhalt abstrahiert (die Diktatur des Proletariats liegt nie "auf der Gasse", auch nicht in Russland!), als auch von den Bedingungen ihrer Ergreifung (wenn die Macht"einfach hätte aufgehoben werden müssen"-20/4-, dann kann man den"objektiven Verrat" der Sozialdemokratie nur durch subjektives"Versagen" u.ä. erklären), abgesehen also davon stimmt die Analogie zu Russland nicht, und zwar weder, was die ökonomischen Bedingungen (Bauernbewegung!), noch was die poli-

tischen Voraussetzungen der Machtergreifung der Bolschewiki betrifft (für die Bolschewiki lag die Macht eben nicht, sagen wir: im Juli 1917 "auf der Gasse"!). Aber man braucht nur den Galimathias zu lesen, der in 17/1 über die Oktoberrevolution verbreitet wird ("...die"Diktatur des Proletariats" unter Einbeziehung(!) möglichst(!) sämtlicher(!) proletarischen und bäuerlichen Parteien..!"), und man versteht, wie derartige Analogien zustande kommen! Weiterhin: wenn man schon von den "bedeutendsten theoretischen Leistungen (otto Bauer)"(2o/4) des Austromarxismus spricht, dann sollte man sich doch wenigstens die Gründe für seinen "Verrat" vergegenwärtigen, also die Analyse der Verhältnisse bei Kriegsende, wie sie Bauer in seinem Buch über "Die österreichische Revolution" geliefert hat. Die dort angeführten Gründe für die "stets zögernde, unentschlossene, vor der letzten Konsequenz zurückschreckenden Praxis" (2o/4) der Führung der österreichischen Sozialdemokratie erweisen sich freilich nur dann als ideologisch, wenn man sie nicht vom blossen Standpunkt der fälligen Machtergreifung in Österreich, sondern vom Lenin'schen Standpunkt, also ausgehend von der allgemeinen Krise des Kapitalismus, kritisiert. Man wird dann nicht über den "objektiven Verrat" der Sozialdemokratie jammern, sondern gerade die (wie auch immer "subjktiv" begründete) Stabilisierung des Kapitalismus als deren Funktion begreifen. Die von Bauer angeführten Gründe, die gegen die Errichtung der Diktatur des Proletariats sprachen, sind nämlich unangreifbar, solange man die Situation in Österreich isoliert betrachtet. Geht man von der allgemeinen Krise des Imperialismus, der objektiven Spaltung der Arbeiterbewegung, also vom Lenin'schen Standpunkt aus, dann werden alle diese Gründe hinfällig, ja selbst eine zeitweilige Niederlage des Proletariats in einem Lande spricht dann nicht gegen das Vorantreiben der proletarischen Revolution. Der isolierenden Betrachtungsweise Bauers, dem nichtmarxistischen Charakter seiner Methode entsprach seine Praxis. Sie war nicht inkonsequent (ein ohnehin moralistischer Vorwurf), sondern führte konsequent zur faktischen Unterstützung des Sozialpatriotismus. Aber wie sollen so etwas Leute begreifen, für die es schlichtweg heisst:

> "Durch das Versagen(!) der(!) westeuropäischen Arbeiterbewegung blieb die Sowjetunion in der Isolation".

Wieder eine "Tragödie", diesmal eine allgemeine.(17/2)

Geht man, wie die Verfasser, nur von dem Verhalten der Austromarxisten in der "revolutionären Situation" aus, und charakterisiert man diese lediglich durch das Auf-der-Gasse-Liegen der Macht, so kommt man notwendig zu der paradoxen Gegenüberstellung von "bedeutenden theoretischen Leistungen","hervorragenden Positionen" des Austromarxismus einerseits, und dessen "stets zögernder,unentschlossener vor der letzten Konsequenz zurückschreckender Praxis"(2o/4) andererseits, wie sie in der Austromarxismus-Literatur (vgl. etwa N. Leser) gang und gäbe ist. Damit wird nicht nur nichts erklärt, es wird vielmehr einmal die austromarxistische Theorie schlichtweg freigesprochen (als hätte Bauer nicht gerade "entschlossen" und in vollem Einklang mit seiner bedeutenden Theorie die proletarischen Interessen der "Demokratie", wie er sie verstand, untergeordnet), zum andern wird die austromarxistische Praxis auf irgenwelche unerklärliche Willensschwächen zurückgeführt.

Nicht besser wird die Sache, wenn dieem ein weiteres Klischee hinzufügen:

> "Die österreichische Sozialdemokratie war ungewöhnlich stark von der Parole der Einheit (Einheit um jeden Preis) besessen"(2o/5).

Da fehlt nur noch die Ableitung dieser "Besessenheit" aus der "überragenden Persönlichkeit" Victor Adlers, wie sie durch die ganze einschlägige Literatur geistert! Die Einheit der Arbeiterbewegung um jeden Preis aufrechtzuerhalten, entspricht durchaus den Bedürfnissen der Arbeiterklasse, solange der "Preis" nicht im Aufgeben der eigenen Klasseninteressen besteht. Die blosse Existenz reformistischer oder revisionistischer Strömungen in der Arbeiterbewegung war niemals ein Grund, ihre Organisationen zu spalten, vorausgesetzt, es handelt sich um Organisationen der Klasse. Die Parole der Einheit um jeden Preis wird erst dann falsch, wenn sie dazu dienen soll, die Arbeiterklasse im Interesse etwa der Ar-

beiteraristokratie zu einigen, die Bekämpfung revisionistischer Positionen durch die Marxisten zu unterdrücken, somit die Klasseninteressen des Proletariats praktisch und theoretisch mit denen des Kapitals zu versöhnen. Die Spaltung solcher Organisationen ist dann gerade notwendig um die Einheit der internationalen proletarischen Bewegung nicht der nationalen Aufsplitterung zu opfern und um die Einheit der Arbeiterklasse jeden Landes gegenüber der zünftlerischen Trennung und Verselbständigung der einzelnen Arbeiterkategorien sicherzustellen, ihre Atomisierung zu verhindern. Wie auch immer die Taktik der Spaltung sein mag, für Marxisten hat sie stets nur den Zweck, die Arbeiterklasse zu stärken un die Klarheit ihres Klassenbewusstseins zu gewährleisten; daher muss sich die Parole der Spaltung an die Klasse selbst wenden, die Taktik materialistisch begründet sein, d.h. von der Erkenntnis der objektiven Grundlagen der Divergenzen ausgehen und diese Erkenntnis propagieren.

Für einen historischen Materialisten gibt es keine Einheit einer Klassenbewegung, die auf der blossen Besessenheit von Parolen u. dgl. beruhte, so wenig es für ihn Spaltungen gibt, die ihre Ursachen lediglich in persönlichen Differenzen, Missverständnissen usw. hätten. Solche (sozial-) psychologische Kategorien überlässt er Sektenforschern und Geistesgeschichtlern.

Solange die revolutionäre Linke in der österreichischen Arbeiterbewegung vom marxistischen Standpunkt ausgehend an der Einheit der Bewegung festhielt, war sie im Recht. Dass die Sozialdemokratie "versagte", war in der Tat kein Grund, sie zu spalten (sonst müsste man Marx und Engels z.B. vorwerfen, sie hätten die Spaltung der Sozialdemokratie in Deutschland zeit ihres Lebens unterlassen). Es war eben der Fehler der Linken in der österreichischen Sozialdemokratie, dass sie das Verhalten der Partei und der II.Internationale zu Beginn, während, und nach Beendigung des I.Weltkrieges für ein "Versagen" hielten! Eine Kritik an dieser Linken jedoch, die deren Irrtümer teilt, disqualifiziert sich von vornherein selbst. Der Hauptirrtum der linken Austromarxisten bestand aber darin, dass sie im Opportunismus der sozialdemokratischen Führer wie der der II.Internationale überhaupt, eben eine blosse "vor der letzten Konsequenz zurückschreckende Praxis" und ähnliches erblickten, kurz, dass sie ihn für einen mehr oder weniger paradoxen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis (s.o.) hielten, über den man sich entsetzen, den man aber auch, sobald sich bei den Opportunisten Reue zeigt oder in Anbetracht einer "bedeutenden theoretischen Leistung" verzeihen kann. Da sie das Wesen und den Klasseninhalt des Opportunismus nicht erkannten, konnten sie ihn weder konsequent kritisieren, noch (und das ist die praktische Konsequenz) die Spaltung der sozialistischen Bewegung und dieGründung einer neuen Internationale als eine revolutionäre Notwendigkeit begreifen und mitvollziehen, Sie standen daher der Gründung der Kommunistischen Parteien ähnlich ratlos gegenüber, wie die Verfasser des FÖJ-"Programms" heute:

> (Diese)"übereilte Gründung der Kommunistischen Partei und ihre Politik machten schliesslich die Spaltung der Sozialdemokratie unmöglich"(2o/5).Was soll das heissen? Wenn die Politik der Kommunister darin bestanden hätte, die Notwendigkeit der Spaltung richtig zu begründen, aus der Analyse des Imperialismus die richtigen Schlüsse zu ziehen, wäre ihre Politik trotz aller Fehler und Rückschläge erfolgreich gewesen, denn die Möglichkeit und Notwendigkeit der Spaltung hatte objektive Grundlagen, die durch keine "übereilte Gründung" oder eine falsche Taktik aus der Welt geschafft werden. Will man also die Politik der KPÖ in den Anfängen der 1.Republik richtig kritisieren, so gilt es zu erkennen, dass für eine Organisation, die für ein abstraktes Räteprinzip, für die Diktatur überhaupt, und für ähnliche Phrasen auftritt, also für eine Kommunistische Partei, die aus nichts ausser Kinderkrankheiten besteht, es unmöglich sein und bleiben muss, eine Klassenpolitik und eben nicht bloss eine"Spaltungspolitik" zu betreiben, die dann stets, und dann zurecht, im Namen der Einheit

der Arbeiterklasse kritisiert werden wird. "Aber wir meinen das ja auch", hört man da die Verfasser einwenden, "wir schreiben ja ausdrücklich, dass die Politik der KPÖ die Spaltung der Sozialdemokratie unmöglich gemacht hat." Was es damit auf sich hat wird einem klar, wenn man weiterliest

> "Die KPÖ konnte daher(!)seit ihrer Gründung nie in einem grösseren Mass in der Arbeiterbewegung, vor allem in den Gewerkschaften, verankert werden(!) und sie wurde so in die Rolle eines Aussenseiters gedrängt, was für die organisatorische Schaffung einer echten revolutionären Linken in Österreich bis zum heutigen Tag im negativen Sinn nachwirkt."(2o/5)

Was die Spaltung der Sozialdemokratie möglich machte, war die objektive, tatsächliche Entwicklung des Imperialismus, der Arbeiterbewegung, deren Wiederspiegelung durch die marxistische Theorie. Objektive Ursachen hatte es ebenso, wenn sich die Spaltung nicht in dem Masse und in den Formen durchsetzte, wie Lenin das erwartete, oder gar "unmöglich gemacht" werden konnte wie etwa in Österreich. Die sektiererische Politik der KPÖ in ihren Anfängen lässt sich nicht aus der Bile ihrer Gründer erklären (so wenig sich der Revisionismus der FÖJ daraus erklärt, dass sie eine relativ junge Organisation ist), sie erklärt sich nicht aus der sozialdemokratischen Einheitsbesessenheit, sie erklärt sich auch nicht selbst, und sie erklärt nicht die relative Isolierung der KPÖ in den 2oer Jahren,- kurz: da haben wir sie wieder, die "Tragik", und zwar "bis auf den heutigen Tag": ob eine sozialistische Organisation in der Arbeiterklasse"verankert"ist - oder besser: ob sie eine Organisation der Arbeiterklasse werden kann, hängt nicht von ihrer Geschicklichkeit und dem Versagen anderer ab (das eben ist die typische Meinung von Sekten), sondern von der objektiven Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen und davon, ob die Organisation diese Enterkennt und darin die Klasseninteressen des Proletariats vertritt. Ferner: Ob eine Organisation zu einer materialistischen Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse in der lage ist, erweist sich nicht zuletzt daran, ob sie fähig ist, die Vergangenheit materialistisch zu analysieren und zu kritisieren. Wer aus der Geschichte eine zusammenhangslose Reihe von Tragödien, Verhängnissen, Versagen usw. macht und daran herumkrittelt, kann daraus nichts lernen und zeigt heute schon, wie seine zukünftige Selbstkritik aussehen wird: Wir waren verfrüht (oder verspätet), wir haben versagt, diese Haltung war verhängnisvoll ... obwohl - was können wir schon dafür! in Österreich fehlt dies und das, die Gründe sind mannigfaltig, vieles wirkt in negativem Sinne nach,...

> "In Österreich für den Sozialismus kämpfen heisst ... die Bedingungen und Voraussetzungen dieses Kampfes genau kennen, sie taktisch nützen und in eine verbindliche Strategie einbeziehen ... ist es notwendig, die historischen Wurzeln der gegenwärtigen Situation aufzudecken, um die Erfordernisse des zukünftigen Kampfes realistisch einschätzen zu können"(2o/1). Wie weit es mit der genauen Kenntnis und den Wurzeln her ist, haben wir gesehen. Nun versuche einer, aus den Ausführungen der FÖJ über die Geschichte der Arbeiterbewegung irgend einen Nutzen zu ziehen! Was sollte er tun? Soll er "spontanes Nationalbewusstsein" an den Tag legen? Das kann es nicht sein! Kann er die "Erfordernisse des zukünftigen Kampfes realistisch einschätzen", wenn er sich klar macht, dass man die Macht "einfach aufheben" muss, wenn man sie "auf der Gasse" liegen sieht? Kaum! Soll er vielleicht das Versagen der SPÖ taktisch nützen, oder das der KPÖ, oder nachsehen, ob irgend etwas aus der Geschichte vielleicht im "positiven Sinn" nachwirkt? Das wird ihm nicht viel weiterhelfen. Vielleicht gelingt ihm eine Parole,die "ungewöhnlich stark" wirkt?

Er liest weiter im"Programm": "Die Politik der österreichischen Sozialdemokratie führte zum Desaster unter dem Austrofaschismus, zum Februarputsch 1934." Wie es den Verfassern hier gelingt, in einem Satz 15 Jahre sozialdemokratischer Politik auf ein Minimum zu konzentrieren, alles Unwesentliche, z.B. die Weltwirtschaftskrise, wgzulassen! Welch eine glückliche Bezeichnung für den Kampf des republikanischen Schutzbundes im Februar 1934! Weiter:

"Man muss sich das ganze Ausmass der Desillusionierung weitester Kreise der Arbeiter vor Augen halten, um zu verstehn, dass der Hitlerfaschismus eine derart breite Unterstützung in der gesamtösterreichischen Bevölkerung gefunden hat."(Alles:2o/6) Man lese den Satz noch einmal, und man wird seine analytische Tragweite begreifen. Eben so folgenden: "Dass die Kpö, die im Widerstand ihre besten Kader opferte, auf so wenig Verbündete selbst (!) unter den Splittergruppen revolutionärer Arbeiter stiess(!), hängt nicht zuletzt(!) mit der Innen- und Aussenpolitik der SU unter Stalin zusammen." Schliesslich: "Einen nicht geringen Einfluss auf das Kommen und Gehen der Ereignisse hatte das Verstreichen der Zeit." Dieser letzte Satz steht nicht da, aber er hat gerade noch gefehlt.

Mit diesem Abschnitt sind die Verfasser beim Jahr 1945 angekommen. loo Jahre Kampf für den Sozialismus in Österreich - "eine lange und wechselvolle Vergangenheit und Tradition (2o/1)"! Haben die Darbietungen der FÖJ etwas damit zu tun? Wir geben zu: mit der Aufarbeitung der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ist es schlecht bestellt. Der Austromarxismus ist für die SPÖ, und nicht nur für sie, zum Fabelwesen geworden: halb toter Hund, halb heilige Kuh. Die Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung liegen, wo nicht im Dunkeln, so in den Händen von Dissertanten. Der Europa-Verlag druckt, was er bekommt, und man liest halt, was er druckt. Viele Bücher stehen in der Arbeiterkammerbibliothek. Der historische Materialismus ist durchaus nicht Allgemeingut usw. usw. Alle Gründe lassen sich jedoch darin zusammen fassen:

Die Sozialdemokratie kann aus der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht lernen, wie sie den nächsten Wahlkampf führen soll und Revisionisten nur, was sie früher einmal gesagt haben. Bürgerliche Historiker sehen darin einen Stoff zur Illustration von Banalitäten, Sozialdemokraten den Beweis, dass es sie schon immer gegeben hat, und Revisionisten einen Grund mehr, Revisionisten zu bleiben. Marxisten-Leninisten brauchen diese Geschichte weder zur Legitimation, noch als Sammelsurium, sondern als Geschichte der <u>kämpfenden</u> Klasse.

Sozialdemokratie

Voraussetzung revolutionärer Politik ist eine richtige Einschätzung der politischen und ökonomischen Funktion der Sozialdemokratie, ihrer klassenmässigen Zusammensetzung und ihrer Traditionen (die allerdings nur noch rudimentär im Bewusstsein der "Mitglieder" vorhanden sind).

Der entscheidende Fehler, der von einem Teil der studentischen Linken wie auch von der aus der KPÖ ausgeschlossenen rechten Fraktion (WTB, FÖJ) und zum Teil noch von Rechten in der KPÖ gemacht wird, besteht darin, dass sie die S ozialdemokratie immer noch als die klassisch-reformistische Arbeiterpartei, die sie in der Zwischenkriegszeit war, ansehen. Dies heisst aber nicht nur, die Entwicklung, die diese Partei seit dem II.WK vollzogen hat, ignorieren, sondern heisst ebenso, die Entwicklung des Kapitalismus überhaupt übersehen. Denn wenn es selbstverständlich ist, dass nur im Kapitalismus eine Arbeiterbewegung entstehen kann und muss, dass deren Entfaltung und Entwicklung von Bedingungen abhängig ist, die aus der kapitalistischen Produktionsweise resultieren, so sollte ebenso klar sein, dass unter geänderten ökonomischen und politischen Verhältnissen der Inhalt und die Form des Klassenkampfes wechseln muss. Eine der wesentlichen Fragen, die sich aus einem solchen Herangehen an die Probleme des Klassenkampfes ergeben, ist die: gibt es einen Zusammenhang zwischen der Entfaltung des Imperialismus im allgemeinen und der Entfaltung des Kapitalismus unter den Bedingungen der Nachkriegsphase im besonderen, und der völligen Integration der Sozialdemokratie und der teilweisen Integration der Kommunistischen Parteien in den Kapitalismus? Wir geben nicht vor, über eine materialistische Analyse dieser Erscheinungen zu verfügen, noch in absehbarer Zeit die Entwicklung der Sozialdemokratie von der reformistischen Arbeiterpartei zur bürgerlichen Reformpartei historisch-materialistisch erklären zu können - was bedeuten würde, die Geschichte des Kapitalismus in dieser Periode zu schreiben. Trotzdem ist es möglich und vor allem notwendig, und zwar aus politischen Gründen notwendig, jene Merkmale klar hervorzuheben, die den veränderten Charakter dieser Partei und ihrer Politik klar erkennen lassen. War der Charakter der sozialdemokratischen Politik bereits in der Phase der Koalitionsregierungen erkennbar im Eingreifen der SP in die Arbeitskämpfe, um sie abzuwiegeln etc.,so liess die Minderheitsregierung den Klassencharakter ihrer Politik offen zu Tage treten.

(Klassencharakter der SP-Regierung)- Er zeigte sich am klarsten dort, wo es um die Interessen der Arbeiterklasse ging. In den Fragen der Lohnsteuerreform, der Novellierung des Betriebsrätegesetzes, in der Preis- und Lohnpolitik (Stillhalteabkommen bei Löhnen und gleichzeitiges Zustimmen zu Preissteigerungen), in der zaghaften Inangriffnahme von "Reformen" zeigte sich klar, auf wessen Seite die SP-Regierung stand: auf der Seite des Kapitals.(siehe: Rote Wandzeitung 2/71) Indessen hatten sich Kreisky und sein Team auch nicht zum Ziel gesetzt, die unmittelbaren Interessen der Arbeiter durchzusetzen, sondern die "Modernisierung Österreichs",d.h. die Rationalisierung des österreichischen Kapitalismus im Bündnis mit den fortschrittlichsten Kapitalfraktionen. Eine reformistische Arbeiterpartei kämpft um die Durchsetzung unmittelbarer Arbeiterinteressen, greift deren Forderungen auf und versucht sie zu verwirklichen. Nicht so die SP: sie setzt solche Forderungen nur dann in bescheidenem Masse durch, wenn dies unter dem Druck der Arbeiter (vermittelt über den ÖGB) unabdingbar notwendig ist: wenn ansonsten die Unruhe in den Betrieben sich verstärkte und ein Ausmass annähme, das eine Kontrolle dieser Bewegungen verunmöglichte - und gerade hierin, in der Kontrolle der Arbeiter, gründet die Machtposition der SP. Sie sorgt dafür, dass der Produktionsprozess durch keine Arbeitskämpfe gestört wird, und erhält dafür Zugang zur politischen Macht. In dem Masse aber, wie die SP ökonomisch politisch, ideologisch und organisatorisch völlig mit demKapitalismus verflochten ist, unterscheiden sich die Interessen ihrer Führer nicht mehr prinzipiell von den Interssen des Kapitals. Die Zugeständnisse, die die SP unter bestimmten Bedingungenfür die Arbeiterklasse durchsetzt, stellen diese Partei nicht in Gegensatz zum Kapital, im Gegenteil: sie handelt im Interesse des Gesamtkapitals, wenn sie, ohne die Profite entscheidend zu beschneiden, den "Arbeitsfrieden" sichert, gewerkschaftliche Forderungen abblockt und verhindert, dass sich aus Forderungen Kämpfe um deren Durchsetzung entwickeln.

Wenn reformistische Parteien ihre Hauptaufgabe im Kampf um die Tagesinteressen der Arbeiterklasse sehen, und sich den Weg zum Sozialsimus als einen linearen Prozess, als einen Weg der schrittweisen Erkämpfung des Sozialismus vorstellen, so trifft weder das eine noch das andere für die SP zu. Ihr Ziel ist nicht der Sozialismus, sondern ein rationalisierter Kapitalismus, das "moderne Österreich".

Wie wird im "Programm" der FÖJ die Rolle der SP eingeschätzt, der Klassencharakter der SP-Regierung, die Politik der Sozialpartnerschaft?

Hier, in dieser entscheidenden Frage für das Vorantreiben von Klassenkämpfen, drückt und windet sich die FÖJ. Das einzige, was herauszukriegen ist, besteht in der Meinung, dass die SP unter den gegenwärtigen Bedingungen aus objektiven Gründen ("unausweichlich":22/4) keine Reformen durchsetzen könne, wobei suggeriert wird, diese bestünden darin, dass die SP noch nicht über die Mehrheit im Parlament verfügt. Viel lieber als die SP-Führung klassenmässig einzuschätzen, ergeht sich die FÖJ in historischen Reminiszenzen.

(Sozialpartnerschaft)- Stellen wir also die zweite Frage, die nach der Politik der Sozialpartnerschaft. Hier erfahren wir allerdings nicht viel mehr, als auch von bürgerlicher Seite betont wird - mit Ausnahme dessen, dass die Bürgerlichen sich nicht in solche Falschdarstellungen versteigen. So habe die SP schon immer seit Ende des II.WK eine Politik der Sozialpartnerschaft betrieben. Die Gründe hierfür, warum es möglich war, dass eine solche Politik in der SP und der Arbeiterklasse nur wenig Widerstand gefunden hat, bzw. warum die SP-Führung sich gegen die Massen durchsetzen konnten, liegen laut FÖJ darin, dass die politischen Vorstellungen der Bevölkerung der "Grundorientierung der SPÖ"(?!) entsprachen.(2o/8-9) Denn "die Mehrzahl der Bevölkerung stand noch vor kurzen unter dem starken Einfluss der Propaganda des Dritten Reiches ... war von der Verheissung des Marshall-Planes beeindruckt und von den oft unnötigen negativen Begleitumständen der Errichtung der "Volksdemokratien" abge-

schreckt"(2o/8).Dem brauchte die SP nur noch den "historischen Hinweis: auf die bürgerkriegsähnlichen Krisen, auf das Chaos (!) und den politischen Terror der Zwischenkriegszeit"(2o/9) hinzuzufügen. Da es auch wirtschaftlich bergauf ging, war es nicht schwer für SP und ÖGB, "das wachsende Vertrauen der Mehrzahl der Lohnabhängigen zu erringen und den Glauben an die segensreiche Politik der Sozialpartnerschaft auch in den politisch bewussteren Teilen der Arbeiterschaft, der Funktionärsschichten etc. theoretisch(?!) zu begründen" (2o/9). Hier fehlt nur noch, dass die FÖJ beweist, dass die Politik der Sozialpartnerschaft der "Mentalität der Österreicher" entspricht, sieht sie doch die Wurzeln dieser Politik im Bewusstsein: "Der Antikommunismus ... hat im Stillen(?) eine Einheitsfront(?!) zwischen 'Arbeitsgebern' und 'Arbeitsnehmern' geschaffen"(22/1). Zunächst zur "Einheitsfront". Diese Passage zeigt eindringlich, dass die FÖJ mit diesem Begriff, obwohl sie ihn ständig verwendet, überhaupt nichts anzufangen weiss. Es geht ihr hier wie bei der Losung der "Selbstverwaltung" oder "Arbeiterkontrolle". Bei der Frage der "Einheitfront" handelt es sich um die Aufrichtung einer einheitlichen proletarischen Kampffront gegen das Kapital, nicht um irgenwelche Übereinkommen zwischen verschiedensten Gruppen und Parteien, seien dies nun Vereins- oder Regierungskoalitionen. Vielmehr scheint die FÖJ selbst der Ideologie der Sozialpartnerschaft aufgesessen zu sein, wenn sie ausgerechnet die Zusammenarbeit mit dem Kapital als "Einheitsfront" bezeichnet.

Den Antikommunismus als Ursache der Sozialpartnerschaft zu betrachten, dazu gehört schon eine gewaltige Portion Ignoranz und Metaphysik. Aber bei der FÖJ, wo alle Grundwidersprüche des Kapitalismus im Überbau angesiedelt werden, soll uns dies nicht mehr wundern. So hat sie ja auch schon den US-Imperialismus aus der Entstehung des Kalten Krieges abgeleitet, warum sollte da nicht auch die Sozialpartnerschaft aus dem Antikommunismus entspringen?

Im ganzen "Programm" der FÖJ ist kein einziger Hinweis auf die Integration der SP in den kapitalistischen Staatsapparat zu finden, auf ihre Rolle beim "Wiederaufbau" unter kapitalistischen Vorzeichen, ihre Einflussnahme bei der Errichtung und beim Ausbau der Verstaatlichten Industrie (als auch bei deren Reprivatisierung), dem Aufbau eines SP-Wirtschaftsimperiums, auf ihre vollständige ökonomische, politische, ideologische und organisatorische Verflechtung mit dem Kapitalismus. Aus diesen Tatsachen ist die Sozialpartnerschaftspolitik der SP abzuleiten. Die SP-Spitze, die der Arbeiterklasse direkt gegenübersteht, kann keine keine andere Politik als eine kapitalistische machen.

Wir geben nicht vor - wie die FÖJ -, diesen Prozess materialistisch erklären zu können, dazu sind noch zu wenig Vorarbeiten geleistet worden. Wir werden aber diese Arbeit, die wir bereits in Angriff genommen haben (vgl. Stu dent im Klassenkampf 3/4), entschieden fortsetzen.

(SP: Arbeiterpartei?)- Es wird oft vorgebracht, die SP sei eine Arbeiterpartei, weil der Grossteil der Mitglieder Arbeiter sind, und die SP-Wähler die SP als "ihre" Partei betrachten. Demgegenüber hat schon Lenin klar hervorgehoben:

> "Natürlich setzt sich die Arbeiterpartei grösstenteils aus Arbeitern zusammen. Ob jedoch eine Partei wirklich eine politische Arbeiterpartei ist oder nicht, hängt nicht nur davon ab, ob sie sich aus Arbeitern zusammensetzt, sondern auch davon, wer sie führt und was der Inhalt ihrer Aktionen und ihrer politischen Taktik ist. Nur das letztere ist massgebend dafür, ob wir wirklich eine politische Partei des Proletariats vor uns haben" (Lenin, Werke Bd. 31,s.246f)

Die politische Funktion der SP besteht einerseits darin, die Arbeiterklasse zu kontrollieren und andererseits als Regierungspartei die für den Kapitalismus notwendigen Reformen auf dem Rücken der Arbeiterklasse durchzuführen. Die SP-Spitze gehört zum Klassenfeind.

Trotzdem sind fast alle Arbeiter in der SP organisiert. Dies ist zum Teil auf die Schwäche der KPÖ zurückzuführen, die unter der rechten Führung keine proletarische Politik

betrieb und daher in den Augen der Arbeiter keine Alternative zur SPÖ darstellte. Zum anderen hat die SP in dem Prozess ihrer Entwicklung zur bürgerlichen Reformpartei manchmal - wenn auch geringfügige - Verbesserungen im Interesse der Arbeiterklasse durchgeführt; dies trug dazu bei, dass eine Reihe von Mitgliedern in der SPÖ eine Fortsetzung der SDAPÖ sahen.

All dies heisst aber, dass der Klassengegensatz quer durch die SPÖ verläuft.

(Bruch mit der Sp oder "linker Flügel" in der Spö?)- Bei dem derzeitigen Stand der Klassenauseinandersetzung ist es illusorisch, sie SP quasi von innen, durch den Aufbau eines linken Flügels, nach "links" zu bringen. Die Hauptaufgabe besteht heute darin, die Klassenpolitik der SP-Führung aufzuzeigen, die Illusionen zu zerstören, dass die Sp immer noch eine Arbeiterpartei sei.

Wenn man bedenkt, dass eine der Hauptschwierigkeiten beim Vorantreiben von Klassenkämpfen darin besteht, dass die Arbeiter sich oft von SP-Abwieglern beeinflussen lassen, weil sie in ihnen Vertreter der Partei sehen, die angeblich ihre Interessen vertritt, wird klar, welch immense Bedeutung ein Bruch der Arbeiter mit der SP hat. Die Arbeiter an einen solchen Bruch heranzuführen, darin besteht zur Zeit eine der Hauptaufgaben. Insofern ist die Politik der KPÖ (scharfe Frontstellung gegen die SP) trotz ihrer Schwäche in der Argumentation richtig und zu unterstützen. Die FÖJ kommt jedoch zu anderen Schlussfolgerungen: es komme jetzt nicht darauf an, die SP-Spitze schonungslos zu entlarven als das, was sie ist: als arbeiterfeindlich; und so einen Teil der Arbeiter zum Bruch mit dieser Partei zu bringen. Nein, die Aufgaben sind ganz anderer Art!

Die "Strategie", die die FÖJ verfolgt, verdient wegen ihrer opportunistischen Grundahltung skizziert zu werden: "Die politische Polarisierung der österreichischen Gesellschaft muss sich als Polarisierung der zwei grossen Lager, die von der Spö einerseits und der ÖVP andererseits repräsentiert (?) werden, vollziehen"(22/3). Der Grundwiderspruch existiert für die FÖJ nicht im Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern im Widerspruch zwischen SPÖ und ÖVP; wobei die eine Partei, die SP, stillschweigend als die Partei hingestellt wird, die die Interessen der "Mehrheit der Bevölkerung" vertritt. Die SP-Regierung ist für die FÖJ nicht etwa zu bekämpfen, sondern "im Sinne eine linken(?!) Strategie insofern zu begrüssen, als damit zum ersten Mal seit zwanzig Jahren innerhalb des riesigen (?), systembejahenden (?!) Koalitionsmonoliths(?!) die ersten ernsthaften Risse und Polarisierungstendenzen auftreten" (22/3). Eine SP-Regierung würde nicht nur "von einer tiefgreifenden Krise des gesamten bürgerlichen Lagers begleitet sein"(22/3), sondern auch zu einer Differenzierung der Sozialdemokratie führen."Je stärker die Sp-Regierung, unso grösser werden die Forderungen und Erwartungen der Massen der Lohnabhängigen nach durchgreifenden Reformen im Interesse der Arbeiter und Angestelltenschaft". Da die Sp diese aber nicht durchführen werde, würde dies "zu einer Desillusionierung starker(?) Schichten der Arbeiterschaft" führen und die "Herausbildung und Stärkung eines linken Flügels (ermöglichen). Hier beginnt die historische Rolle einer KP"(22/4). Dieser Rolle sind zwar Marek und Fischer gerecht geworden, was zur Folge hatte, dass die Kpö auf nicht-sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik verzichtete und ihre Aktivitäten auf das Anschieben an den "grossen Bruder" konzentrierte. Damit wurde aber spätestens am XXI. Parteitag aufgeräumt und die Proponenten dieses Kurses ausgeschlossen. Letztere waren in ihrer Politik des Hineinwirkens in die SP so erfolgreich, dass sie sich in nichts mehr von ihr unterscheiden (Kodicek etc.).

Was aber dieser Kurs in Wirklichkeit bedeutet, wird klar, wenn man sich die Geschichte der KPÖ vor Augen hält: er hiess damals vollständiger Verzicht auf eine selbständige Klassenpolitik, Vertrauen darauf, dass in Zukunft alles anders werde (und zwar von selbst bzw. durch die Sp). Heute läuft er darauf hinaus, sich vor den aktuellen Aufgaben zu drük-

ken, dem Kampf auszuweichen und die Arbeiter von der Hauptaufgabe abzulenken: der Herausbildung einer Kampffront gegen die mit dem Kapital verbündete SP-Spitze.

Ein Bruch der Arbeiter mit der SP ist jedenfalls nicht dadurch hervorzurufen, dass man darauf wartet, bis sich diese Partei genügend kompromittiert hat, indem man in die SP hinein"wirkt", sondern indem man die Politik der Spitze und ihrer Agenten schonungslos entlarvt. Jeder Arbeitskampf wird gegen den Willen der SP-Bürokratie ausgetragen und richtet sich auch gegen ihre Spitze. In Arbeitskämpfen, und nur in ihnen, wird den Arbeitern der Klassencharakter der SP-Politik klar, und aus den Erfahrungen, die sie dabei gewinnen, werden sie auch die Konsequenzen ziehen.

KPÖ

Die Kritik der FÖJ an der KPÖ sollte - so könnte man meinen - ein zentraler Teil dieses "Programms" sein, denn "so war es auch jedem von uns bewußt, daß der Neubeginn ohne eine tiefgehende Analyse und Verarbeitung der eigenen und der KPÖ-Vergangenheit völlig unglaubwürdig gewesen wäre." (S.2) Schließlich war die "bewußte" Verarbeitung dieser "schweren politischen Hypothek" ("noch recht linkisch ausgefallen" zwar, aber immerhin !) "der Grundstein, der zur Erarbeitung des Grundsatzprogramms gelegt wurde." (S.2) Da die FÖJ "mit der Trennung von der KPÖ...das ursprüngliche politische Selbstverständnis, gleichsam ihre politische Verankerung, verloren hatte" (S.2), und da die FÖJ immer den Anspruch erhebt, die stalinistischen und dogmatischen Positionen der KPÖ von links zu kritisieren, wäre eine Kritik am offenbar revisionistischen Grundkurs der KPÖ, von Formen ihrer Betriebsarbeit bis zu ihrer Stellung zum Parlamentarismus etc. zu erwarten gewesen.
Doch die "tiefgehende(!) Analyse(!) der KPÖ-Vergangenheit" ist weder eine "Summe der Antworten auf vorausgesetzte Fragen" (S.3), noch die "Zusammenfassung" einer "wissenschaftlichen Abhandlung", geschweige denn eine tatsächliche, mit irgendeiner Systematik behaftete Analyse, sondern ein Sammelsurium von obskuren Vorwürfen.
Nicht daß etwa die revolutionäre FÖJ der KPÖ je den Vorwurf machte, oder gegenwärtig macht, revisionistisch zu sein. Nein, die FÖJ engagierte sich just in dem Augenblick (zwar "etwas verspätet", aber "dafür umso stärker" (2/3)), als in der KPÖ begonnen wurde, einige besonders revisionistische Positionen des 19. Parteitags (für die FÖJ allerdings "eine für Österreich entsprechende revolutionäre Politik" (2/3)) langsam fallen zu lassen. Und obwohl die FÖJ getan hat, was sie konnte, und die KPÖ gezwickt und gezwackt hat, wo sie konnte, sie konnte nicht verhindern, daß "alle Versuche einer radikalen politischen Neubesinnung" (ein präziser und wichtiger marxistischer Begriff) "innerhalb der KPÖ" scheiterten. Und als "die KPÖ sich anschickte, auf alte dogmatisch erstarrte Positionen zurückzufallen" (2/4), da wars mit der Freundschaft vorbei, die FÖJ besann sich neu und trennte sich von der KPÖ. Und indem sich die FÖJ nun neu besinnt, ist ihr der Begriff des Revisionismus offenbar schon so fremd daß sie nicht e i n Wort über ihn verliert.
Ähnlich wie die KPÖ noch an ihrem 19.

Parteitag der Überzeugung war, "daß "die sozialistische Revolution" schlicht und einfach "zu den bestehenden demokratischen Freiheiten und Errungenschaften neue...hinzufügt" (Parteitagsprotokoll S.347), so hat die Neubesinnung der FÖJ dem damals bestehenden Revisionismus der KPÖ jetzt bloß neuen hinzugefügt. Von dem "gewissen politischen Aufschwung", den "die FÖJ nach dem XX. Parteitag der KPdSU (erlebte), welcher im Zeichen der Entstalinisierung gestanden hatte und die FÖJ in bescheidenem Maße mit ideologischen Fragen konfrontierte" (1/4), zehrt sie offenbar noch heute. Daß aber dieser Parteitag nicht die Entstalinisierung schlechthin einleitete, sondern diese Entstalinisierung unter bestimmten Vorzeichen, nämlich wesentlicher Stärkung revisionistischer Positionen und restaurativer Tendenzen vollzogen wurde, wird der FÖJ wahrscheinlich nie klar werden. (Es wurden offenbar nicht einmal die damaligen und späteren Stellungnahmen der KPCh - auf welche sich die FÖJ in ihrer Einschätzung der "Dritten Welt" mehrmals völlig falsch bezieht - in Betracht gezogen.) Genau diese Positionen aber, deren extrem revisionistische Auswüchse der "friedliche Weg zum Sozialismus", die Einschätzung der SPÖ als großer Bruderpartei, an die man bloß "anzuschieben" brauchte, u.ä. sind, wurden von der FÖJ übernommen, um dann "konstruktiv" weiterentwickelt zu werden. Warum etwa

> "in vielen Ländern des Spätkapitalismus die prinzipielle Möglichkeit (besteht), das System ohne die extremsten Formen einer gewaltsamen Revolution, ohne Bürgerkrieg zu stürzen" (10/1),

hält die FÖJ zwar streng geheim, auch wann diese "prinzipielle Möglichkeit" wohl zutreffen könnte; aber es soll wohl beruhigen, daß diese Einschätzung "auch von

> vielen kommunistischen Parteien Westeuropas vertreten wird." (10/2)

Auch das "Anschieben an die SPÖ", die völlig illusionäre Hoffnung auf

> "Herausbildung und Stärkung eines linken Flügels" "innerhalb (!) der organisierten (!) Reihen dieser Sozialdemokratie" (22/4)

ist eine Neuauflage der revisionistischen Positionen des 19. Parteitags der KPÖ.

(Die "tiefgehende Analyse der KPÖ")

Aber worin besteht nun eigentlich die "tiefgehende Analyse...der KPÖ-Vergangenheit" (S.2), was sind die Vorwürfe (22/5), die der KPÖ gemacht werden ?
Offenbar, daß die KPÖ

- "sich gerne als die einzige gesellschaftliche Kraft in Österreich begreift, die die Interessen der Arbeiterschaft konsequent vertritt" und daß sie dabei ihre "historische Rolle" nicht erfüllt. Namlich an die SP anzuschieben, auf die "Polarisierung innerhalb der organisierten Reihen der Sozialdemokratie" (22/4) zu warten, und ja nicht zu versuchen, die klassenbewußtesten Arbeiter innerhalb der SP aus dieser herauszuziehen und zu Kommunisten zu machen.
- "ohne Glaubwürdigkeit in ihrer politischen Praxis ist"
- "so sehr ihren Auslandsverpflichtungen gewidmet (ist), daß dabei die konkreten Forderungen der Führung und Forcierung des Klassenkampfes weit zurücktreten müssen"
- sich selbst isoliert und "ihren eigenen vergreisten Kaderstrukturen zum Opfer (fällt)" (alles: 22/5)
- sich außerdem schon 1969 "anschickte, auf alte, dogmatisch erstarrte Positionen zurückzufallen" (2/4)

und überdies auch das Prinzip des demokratischen Zentralismus äußerst suspekt ist, sich zwar "als organisatorische Substanz der bolschewistischen Partei bewährte..., als der unmittelbare revolutionäre Kampf unter extrem schwierigen Bedingungen etc. andauerte", aber "nach Konsolidierung einer (?) siegreichen Revolution" offenbar zwangsläufig bürokratisch deformiert wird und sich "gegen die Massen der arbeitenden Bevölkerung" (25/1) kehrt.
Das sind also die Resultate der "tiefgehenden Analyse und Verarbeitung der KPÖ-Vergangenheit, ohne die "der Neubeginn (der FÖJ) völlig unglaubwürdig (!) gewesen wäre." (S.2)

Was ist nun zu diesen Vorwürfen zu sagen (von "Analyse" kann bei diesem seichigen Kohl wohl keine Rede sein)? Zu glauben, daß "die historische Rolle einer (!) KP" (in 22/4 offenbar ganz allgemein gemeint) darin bestehe, die "Polarisierung innerhalb (!)

der organisierten (!) Reihen (der) Sozialdemokratie" zu fördern, zeigt von offenkundigem Unverständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung und wurde in diesem Abschnitt behandelt. Offenbar glaubt die FÖJ, daß auch heute das "große Lager" (der Arbeiterklasse offensichtlich) "von der SPÖ.. repräsentiert" (22/3) werde. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit ist aber die SPÖ heute n i c h t eine Arbeiterpartei, die zwar reformistisch und gegen die sozialistische Revolution ist, aber doch die unmittelbaren Interessen der Arbeiter vertritt. Die SP ist heute in ihrer Spitze direkt mit dem Kapital verbunden, die SP-Regierung ist Träger größter Teile des kapitalistischen Staatsapparates, sie hat sich vom "Steigbügelhalter" zum direkten "Geschäftsführer" der Bourgeoisie gemausert. (s.a. Student im Klassenkampf 3/4). Angesichts dieser Funktion der SP-Führung die "Stärkung eines linken Flügels...innerhalb der Sozialdemokratie" als die "historische Rolle" der KPÖ anzusehen, ist offener Hohn, aber "schöpferische Weiterentwicklung" der von der KPÖ am 19. Parteitag vertretenen Theorien. Angesichts des Revisionismus der FÖJ ist es nicht verwunderlich, daß sie gerade wegen ihres Verhältnisses zur SPÖ die KPÖ einer "Kritik" unterzieht. Waren das Anschieben an die SPÖ und die Vernachlässigung oder Liquidierung der Betriebsarbeit kennzeichnend für die Politik der KPÖ vor ihrem 21. Parteitag, so sind es gerade diese Fragen, in denen sich der Kampf wenigstens gegen revisionistische Extreme dargestellt hat.
Eine revolutionäre Kritik an der KPÖ muß im Gegenteil gerade daran ansetzen, daß dieser Kampf gegen revisionistische Extreme innerhalb der KPÖ wenig inhaltliche Folgen hat. Der Kampf gegen die SP-Regierung hat zwar zur abstrakten Abgrenzung geführt, aber die Argumentation: "die SP-Regierung müßte jetzt eigentlich..."existiert nach wie vor, die inhaltliche Behandlung der Sozialpartnerschaft hat sich kaum geändert. Die "revolutionäre Linie" ist bloß aufgepfropft auf eine - allerdings nicht mehr so extreme, wie beim 19. Parteitag - revisionistische Grundhaltung. Eine Grundhaltung, die sich in allen Bereichen der politischen Tätigkeit der Partei in Form "revisionistischer Erscheinungen" äußert.

(Parlamentarischer und betrieblicher Kampf)

Erscheinungen wie z.B. dem parlamentarischen Kretinismus, der in der KPÖ herrscht, durch den Wahlen zur wichtigsten politischen Aktivität werden. Daß in letzter Zeit auf die Notwendigkeit von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf gleichermaßen (!) verwiesen wurde, macht die Sache nicht besser. Für eine kommunistische Partei muß unbedingt der Kampf im Betrieb (und auf der Straße) wichtiger sein als jeder parlamentarische Kampf. Es muß bei jedem Kampf in erster Linie darum gehen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter und ihren Organisationsgrad zu stärken. Nur daran kann eine richtige Politik der KP orientiert sein. Gerade das wird ausser acht gelassen, wenn man parlamentarische und außerparlamentarische Kämpfe gleichsetzt. Bei Kämpfen in den Betrieben geht es im allgemeinen um spezifisch proletarische Interessen und Forderungen, sodaß sich die Arbeiter mit ihren Forderungen d i r e k t gegen das Kapital stellen (ausgenommen natürlich direkt politische Kämpfe, wie z.B. der gegen die Einreise Otto Habsburgs war), d.h. also, es wird der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital unmittelbar spürbar. So ein Kampf kann daher sowohl zu einer Stärkung des Klassenbewußtseins der einzelnen Arbeiter, als auch zu einer organisatorischen Stärkung der Arbeiterklasse führen. Parlamentarische Kämpfe dagegen sind von vornherein nicht auf spezifisch proletarische Interessen gerichtet, wenden sich von vornherein an "das ganze Volk", können die unversöhnlichen Klassenwidersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie nicht deutlich sichtbar machen und daher auch weder organisierend für die Arbeiterklasse als Ganzes sein, noch zur Mobilisierung und Bewußtseinsänderung der Arbeiter führen.

(Friedlicher Weg zum Sozialismus)

Mit dem parlamentarischen Kretinismus eng verbunden ist die Vorstellung eines friedlichen Wegs zum Sozialismus, die nach wie vor existiert (obwohl heute zum Unterschied vom 19. Parteitag betont wird, daß man sich nicht ausschließlich auf einen friedlichen Weg orientieren dürfe, daß beide Wege möglich wären). Der Hinweis, daß beide Wege möglich wären, soll aber nur die revisionistische

Haltung verschleiern und macht keinen qualitativen Unterschied zum 19. Parteitag. Es gab historisch keine große Revolution ohne Bürgerkrieg. Die Vorstellungen über einen friedlichen Weg zum Sozialismus sind nur die krasseste Ausdrucksform von revisionistischen Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus. Auch wenn daher das Wort "friedlich" verschwindet, hat sich an der grundsätzlich reformistischen Strategie der KPÖ nichts geändert. Die Verselbständigung von Reformen, das Einfließen anderer Kriterien zur Beurteilung einer Reform als das der Stärkung der Kampfkraft des Proletariats, äußert sich in krasser Weise in den "konstruktiven Reformvorschlägen", die die KPÖ zu allen möglichen Problemen macht. Diese Vorschläge, engstens mit der Orientierung auf Parlament und auf Reformen von Oben verbunden, sind häufig gar nichts anderes mehr als technokratische Reformkonzepte, die außer einer Rationalisierung des Kapitalismus nichts, aber auch gar nichts, bringen.

(Der 19. Parteitag und die FÖJ)

Wie nun einerseits die FÖJ von ihrem revisionistischen Standpunkt aus nicht imstande ist, den Revisionismus der KPÖ zu kritisieren, so ist sie daher andererseits auch nicht in der Lage, die Veränderungen innerhalb der KPÖ seit dem 19. Parteitag zu sehen, bzw. sie richtig einzuschätzen. Das ist allerdings für die FÖJ auch gar nicht notwendig. Tatsächlich ist diese "Einschätzung" der KPÖ ja auch nur ein Vorwand, um im nächsten Punkt (23/1) es "daher" (!) als "die nächste Aufgabe der marxistischen Linken in Österreich" zu betrachten, den "Aufbau einer revolutionären Organisation der Arbeiterklasse, der Intelligenz, aller Lohnabhängigen" in Angriff zu nehmen. D.h. also, eine neue Partei mit der FÖJ als "hartem Kern" zu gründen.

Worin bestehen nun die weiteren "Kritiken" an der KPÖ im Detail ?
Die These von der "Unglaubwürdigkeit" der Partei spielte schon am 19. Parteitag der KPÖ eine wesentliche Rolle bei der Einpeitschung der extrem revisionistischen Positionen des "friedlichen Wegs zum Sozialismus", der Unterstützung der SPÖ, der Verbreitung von Illusionen über Möglichkeiten der "Mitbestimmung" usw. Die Partei wäre unglaubwürdig, wenn sie nicht diese Positionen vertreten würde, wie könnte man von Demokratie reden, wenn man nicht auch im Sozialismus ein Mehrparteiensystem haben wollte usw. Eine völlige Revision der marxistischen Theorie vom Staat als Herrschaftsinstrument der herrschenden Klassen ! "Die ideologische Hauptaufgabe (der) Partei" sollte darin bestehen, "die Mitglieder und Aktivisten...von der Notwendigkeit dieser Politik auf allen Gebieten zu überzeugen." (Protokoll des 19. Parteitags, S.354) Es konnte damals einem Großteil der Mitglieder eingeredet werden, daß nur durch diese "glaubwürdige" Politik die "sozialistische Perspektive" real sei. Es wurde damit die Vertretung der proletarischen Interessen zurückgestellt zugunsten einer "Glaubwürdigkeit" und eines möglichen "Bündnisses" mit Kleinindustriellen, Handwerkern, Gewerbetreibenden. Daß dazu die sozialistische Revolution zum "friedlichen Weg" verniedlicht werden muß, die Übernahme der Betriebe zur bloßen "Mitbestimmung" werden muß, ist klar. Aber ebenso klar ist, daß das nichts mit der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse, nichts mit dem Kampf um die sozialistische Revolution zu tun hat. Daß es heute in Österreich nicht darum geht, "glaubwürdig" für alle möglichen Schichten und Gruppen ("Teile" lautet der neueste FÖJ-Spezialbegriff) "des Volkes" zu werden, sondern darum, endlich die Organisierung von Betriebsgruppen in Angriff zu nehmen, zu versuchen, in diesen Gruppen bzw. durch diese Gruppen in den Betrieben revolutionäre Propaganda zu machen und sich so auf die sich ankündigenden schärferen Klassenauseinandersetzungen vorzubereiten - das allerdings wäre für die FÖJ ein Zurückfallen "auf alte, dogmatisch erstarrte Positionen" (2/4), ein Zurückfallen hinter die Errungenschaften des 19. Parteitags.
Aber auch die meisten anderen Punkte der "Kritik" sind am 19. Parteitag der KPÖ übernommen und "weiterentwickelt" worden.
Auch gegen den Vorwurf "außengesteuert" zu sein, glaubte sich die KPÖ damals mit "aber wir sind eine autonome Partei" verwahren zu müssen. Üblicherweise werden die "Auslandsverpflichtungen" nur vom bürgerlichen Staatsapparat und der bürgerlichen Presse dazu verwendet, um jede Art

von fortschrittlichen Gruppen und Parteien oder gar revolutionären Bewegungen zu diffamieren. "Ausländer warens, Juden meist", die schon zu Heines Zeiten die Revolution in Deutschland vorbereiten sollten. Das hat sich bis heute nicht geändert. Der einzige Unterschied: die verschiedenen Regierungen beanspruchen für sich verschiedene ausländische Mächte, die in "ihren Ländern" "Unruhe stiften". Russen, Kubaner, Chinesen, wie es gerade kommt. Die FÖJ versucht es umgekehrt, versucht zu suggerieren, daß die "Auslandsverpflichtungen" der "Führung und Forcierung des Klassenkampfes" widersprechen. Warum das so ist, bleibt wieder Geheimnis der FÖJ. Entweder ist die FÖJ gegen jeden "Internationalismus". Einem internationalistischen Marxisten käme das Wort "Auslandsverpflichtungen" nicht in den Sinn. Dann aber müßte sie erklären, wie sie sich den Kampf gegen die **international** verflochtenen Konzerne vorstellt. Dann wäre auch ihr Kampf gegen die US-Aggression in Vietnam nicht mehr verständlich. Oder es soll damit zweierlei gesagt werden. Erstens, daß die KPÖ sich in ihrer politischen Linie stark an die KPs der europäischen sozialistischen Länder, vor allem an die der SU anlehnt. Und zweitens, daß diese Linie falsch ist. Dann aber müßte diese Linie inhaltlich kritisiert werden; müßte gezeigt werden, warum diese Linie etwa die Führung von Klassenkämpfen verhindert. Daß die FÖJ aber auch unfähig ist, die Erscheinungen in den sozialistischen Ländern zu analysieren und daher auch nicht die Politik der dortigen KPs inhaltlich kritisieren kann, wird im nächsten Abschnitt gezeigt.
Die restlichen Kritiken sind "Eigenbau" der FÖJ. Die "Isolierung" einer Partei abstrakt genommen, d.h. ohne Rücksicht auf die historische Situation, das Niveau der Klassenkämpfe, sagt überhaupt nichts über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der von ihr vertretenen Linie aus. Aber von der zunehmenden Isolierung der KPÖ zu sprechen, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo sie versucht, die Arbeit in Betrieben zu reaktivieren, wo sie auch gewisse Erfolge verzeichnen kann, die auch für Unbeteiligte in Form von Gewinnen bei Betriebsratswahlen sichtbar werden müßte, mutet etwas eigenartig an. Warum sie aber wegen ihrer Isolierung "ihren eigenen vergreisten Kaderstrukturen zum Opfer (fällt)" (22/5), ist einigermaßen unklar. Die FÖJ meint dabei offenbar die vergreisten Kader, die an alten "Strukturen" festhalten, neuen "Modellen" nicht zugänglich sind usw. Und da die FÖJ den demokratischen Zentralismus nur als formale "Struktur", nicht als inhaltlich bestimmtes Organisationsprinzip begreift, auch nicht über genügend Phantasie verfügt, sich ohne "Modelle" irgend etwas vorstellen zu können,

> "kommt der Entwicklung organisatorischer Modelle selbst innerhalb quantitativ unbedeutender revolutionärer Gruppierungen beispielgebende Bedeutung zu" (25/2);

womit gleich auch die Existenzberechtigung der FOJ "bewiesen" wird.
Der demokratische Zentralismus ist nur vom Klassenstandpunkt des Proletariats aus zu verstehen und kann auch nur Organisationsform einer revolutionären proletarischen Partei sein. Da die FÖJ den Klassenstandpunkt des Proletariats ersetzt hat durch eine vage "Einheitsfront der Linken" (25/3), kann sie auch zu dieser Frage keine inhaltliche Kritik, sondern bloß gefühlsmäßige Ablehnung der KPÖ gegenüber vorbringen.
Was bleibt von der groß angekündigter "tiefgehenden Analyse und Verarbeitung der...KPÖ-Vergangenheit" ?
Die "Analyse" erschöpft sich in ein paar hohlen Phrasen, die nur zeigen, daß die FÖJ die am 19. Parteitag der KPÖ und in der Folge vom rechten Flügel der KPÖ vertretenen Positionen zur Grundlage genommen und "schöpferisch weiterentwickelt" hat, daß sie die KPÖ v o n r e c h t s "kritisiert" und von dieser Position aus völlig unfähig ist, eine inhaltliche Kritik an der KPÖ zu formulieren.

Sozialistische Länder

Die richtige Einschätzung der sozialistischen Länder, das heißt die marxistische Analyse der Übergangsgesellschaften und der dort stattfindenden Entwicklungen, ist einer der Eckpfeiler einer revolutionären internationalistischen Strategie. Diese marxistische Analyse liegt sehr im Argen, es gibt nicht viel mehr als einige empirische Studien und erste theoretische Ansätze, die selbst große Fehler beinhalten. Die FÖJ aber fällt nicht nur hinter den bisherigen Stand der Analyse weit zurück, ihre Einschätzung zeichnet sich aus durch Fehlen der marxistischen Methode, völlige Unkenntnis der spezifischen Merkmale und Probleme der Übergangsgesellschaften, einen kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt, Fixierung auf den Überbau; die Kritik ist nur Kritik von rechts. Trotz der scheinbar kritischen Einstellung entspricht die theoretische Position der FÖJ strukturell der "kritischen" Apologie auf die sozialistischen Länder, wie sie uns etwa von der KPI bekannt ist; die restaurativen Tendenzen werden unterschätzt, daher sind die aktuellen politischen Einschätzungen Unsinn oder Parteinahme für diese restaurativen Tendenzen. Bei der FÖJ werden offenkundig "antikapitalistische Übergangsgesellschaft", "Sozialismus" und "Kommunismus" unterschieden (das geht aus 15/1 und 16/1 hervor). Andererseits haben die Übergangsgesellschaften zum Sozialismus bereits sozialistische Produktionsverhältnisse, nur mehr der Überbau bleibt zu vollenden. Seltsam? Nein, denn: "Sozialismus....bedenkt"(16/1). Keine politisch ökonomische Bestimmung dieser Etappen; kein richtiger Unterschied zwischen ihnen, weil jede Voraussetzung für die andere ist; typisch FÖJ!

Einer anderen Terminologie nach, die sich bei Lenin schon findet, und in der kommunistischen Weltbewegung üblich ist (auch bei der KPCh)und hier auch von uns verwendet wird, wird die Übergangsphase einfach als "Sozialismus" bezeichnet, der denn die Übergangsgesellschaft zum Kommunismus darstellt. Diese begriffliche Klärung ist an sich zweitrangig, aber sie muß der Darstellung vorausgehen,um die verwendeten Begriffe zu klären. In Anlehnung an diesen Sprachgebrauch sprechen wir daher meist von den "sozialistischen Landern".

A u f g a b e n d e r Ü b e r g a n g s g e s e l l s c h a f t

Aufgabe der Übergangsgesellschaft ist es, die kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische(kommunistische) Produktionsweise, die durch freie Verteilung und das Fehlen jeglicher Warenproduktion gekennzeichnet ist(siehe"Kritik des Gothaer Programms"), zu ersetzen. Weil diese Umwandlung ein längerer historischer Prozeß und nicht ein einmaliger Akt ist, ist eine "Übergangsgesellschaft"(Diktatur des Proletariats) notwendig.

Kapitalistische und sozialistische Produktionsweise

In dieser Periode müssen inddem Maß, in dem das surch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte möglich ist, die Elemente der alten kapitalistischen Produktionsweise durch die Elemente der neuen Produktionsweise ersetzt werden. Die hauptsächlichen kapitalistischen Elemente sind dabei die Trennungder betrieblichen Produktionsprozesse und damit der Betriebe voneinander, das heißt die Existenz der Warenproduktion und des Marktes und die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, wenn eine unkontrollierbare Managerschicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hat, auch wenn diese nicht vollständig die Form des Kapitals annehmen. Diesen kapitalistischen Elementen stehen das Staatseigentum(wenn es mehr als nur eine juristische Hülle, das heißt wenn es reale Verfügungsmacht ist) und die zentrale Planung beherrschend gegenüber. Es existieren also sozialistische Produktionsverhältnisse, aber sie haben sich noch nicht vollständig durchgesetzt. Die Arbeiterklasse muß permanent den Kampf gegen die kapitalistischen Elemente führen. Sie muß die Herrschaft der Wertform, der Warenverhältnisse, des Marktes bekämpfen und ebenso die Verselbständigung von Bürokraten und Managern.

Durch die permanente Intervention seitens der proletarischen politischen Macht, deren ökonomische Mittel das Staatseigentum (von gesellschaftlichem Eigentum kann dagegen erst im Sozialismus die Rede sein!) und die zentrale Planung sind, kann die Arbeiterklasse gegen diese kapitalistischen Elemente ankämpfen, sie Schritt für Schritt beseitigen. Sie kann sie nicht per Dekret "abschaffen"; das hieße notwendig politisch -ökonomische Prozesse durch juristische Fiktionen ersetzen.

Das Primat der Politik

In dem Maß aber, in dem die Intervention der Politik in die Ökonomie erlahmt, reproduzieren sich die kapitalistischen Elemente erweitert, greifen um sich, höhlen das Staatseigentum und den zentralen Plan aus, verwandeln sie in bloße Phrasen. Daher Lenins Forderung:"Die Politik hat das Primat vor der Ökonomie". Solange die eben genannte Gefahr besteht, ist eine Restauration des Kapitalismus möglich. Diese Elemnte verkörpern daher die jeder Übergangsgesellschaft immanenten restaurativen Tendenzen.

D i e s o z i a l i s t i s c h e n L ä n d e r

In den osteuropäischen sozialistischen Ländern haben die restaurativen Tendenzen die Oberhand bekommen. Die Diktatur des Proletariats ist zur Diktatur einer herrschenden Schicht geworden (noch keine Klasse, die ja durch die vererbbare Stellung zu den

Produktionsmittelndurch Eigentum an ihnen, gekennzeichnet ist), die einmal aus der "konservativen" Partei- und Staatsbürokratie, zweitens aus der immer stärker werdenden "modernen" Technokraten- und Managerschicht besteht. Das Proletariat wird entpolitisiert, individualisiert, entmachtet. Die Warenverhältnisse greifen um sich, das Wertgesetz setzt sich durch, der Markt wird "rehabilitiert". Die kapitalistischen Elemente sind im Vormarsch. Seit der Installierung der NÖS (DDR:1963, SU:1965.....) haben die KPen die beschleunigte Entwicklung in dieser Richtung sanktioniert. Worin bestehen die restaurativen Tendenzen im einzelnen?

1. Durch die Dezentralisierung der Betriebe wird der zentrale Plan ausgehöhlt und die Betriebe werden den Marktgesetzen ausgeliefert. Die Manager verhalten sich immer mehr wie Kapitalisten. Die Möglichkeit, seitens des zentralen Plans in die "naturwüchsige" Produktion einzugreifen, sinkt und verschwindet schließlich.
2. Der Markt wird "rehabilitiert", die Preise teilweise freigegeben, das Profitmotiv wird eingeführt. Die Produktionsmittel haben noch nicht die Form des Kapitals angenommen, aber ein großer Schritt in diese Richtung ist getan.
3. Machtzuwachs des Managements ist unter solchen Umständen nur eine notwendige Ergänzungsmaßnahme. Eine Schicht bildet sich und wird immer stärker, die immer deutlicher den kapitalistischen Weg geht. Noch gibt es keine neue Klasse.
4. Die Arbeiterklasse hat ihre Macht verloren, sie wird zudem zersplittert und entpolitisiert. Die Reste sozialistischen Bewußtseins werden beseitigt, individuelle materielle Anreize nehmen überhand.
5. Letzter Schritt ist die Abschaffung des Außenhandelsmonopols und(dazu ist ersteres zu Beginn nicht unbedingt notwendig) Integration in den kapitalistischen Weltmarkt.

Diese Tendenzen sind in allen sozialistischen Ländern mehr oder weniger schnell im Vormarsch begriffen. Die meisten Widerstände gibt es seit der Installierung des ÖSS, das 1971 in Kraft trat, in der DDR(Beschränkung der Dezentralisierungstendenzn, straffe Preiskontrolle, Außenhandelsmonopol, relativ straffe Planung und Kontrolle der "strukturbestimmenden" Branchen und Industriezweige), die geringsten in Ungarn. Die Restauration kapitalistischer Verhältnisse geht mehr oder weniger schnell vor sich. Eine Fraktion der herrschenden Schicht ist direkt an der Restauration des Kapitalismus interessiert: die Technokraten, deren politischer Vertreter und ideologischer Wortführer etwa Ota Sik ist. Die Partei- und Staatsbürokratie einerseits ist gezwungen, auf im Kapitalismus bewährte Maßnahmen zur Produktionssteigerung etc. zurückzugreifen: denn die auf Grund des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte noch getrennten Produktionsprozesse können nicht durch detaillierteste Weisungen im zentralen Plan koordiniert werden(was ja das alte Plansystem versuchte), sondern entweder durch das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter - oder durch den Markt. Es liegt auf der Hand, daß sich nur der zweite Weg als für die herrschende Bürokratie gangbar erwies, denn sozialistisches Bewußtsein ist mit den Bedingungen bürokratischer Herrschaft unvereinbar. Dennoch steht die Partei- und Staatsbürokratie im partiellen im Widerspruch zu den Technokraten - und genau das kann Licht auf die Vorgänge in der CSSR werfen, die ja primär Fraktionskäpfe innerhalb der herrschenden Schicht waren. Ob die herrschenden autoritär oder liberal ihre Macht ausüben(wie z.B. Novotny oder Dubcek), ist sekundär. Primär ist, daß in beiden Fällen der Aufbau des Sozialis-

mus stagniert oder restaurative Tendenzen die Oberhand gewonnen haben. Der weitere Aufbau des Sozialismus in diesen Ländern ist nur möglich durch die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats, durch den Sturz der herrschenden Schicht. Das Proletariat und nicht ein paar kleinbürgerliche Schriftsteller sind das Subjekt der Revolution in den sozialistischen Ländern. Und diese seine Aufgabe kann ihm nicht durch einen TechnokratenPutsch á'la Dubcek abgenommen werden.

C S S R

Eines der zentralen Probleme für die Linke ist die marxistische Einschätzung der Ereignisse in der CSSR 1968. Der "Prager Frühling" war der Putsch der einen Fraktion der herrschenden Schicht, der Technokraten um Sik, Dubcek et al, gegen die andere, "konservative" Fraktion, die das Land in die Krise manövriert hatte. Um sich durchsetzen zu können, waren Dubcek & Ce gezwungen, das tschechische Volk gegen Novotny zu mobilisieren. Bei diesem Prozeß, bei der Liberalisierung, ergab sich sowohl die Möglichkeit der politischen Artikulation für die Masse der Bevölkerung als auch des politischen Auftretens für revolutionäre Gruppen. Aber erstes Kennzeichen des "Frühlings" waren die von Sik geplanten und in Angriff genommennen Wirtschaftsreformen, die zu einer kapitalistischen Restauration im Eilzugstempo führen mußten. Die Diskussionsgrundlagen und Konzeptentwürfe der Reformökonomen sprechen eine sehr deutliche Sprache, die Arbeiterklasse wird zynisch- freilich nicht in den offiziellen Programmen - als "Gefahr für die Akkumulation" eingeschätzt. Nicht die Maßstäbe formaler Demokratie, sondern der reale Einfluß der Arbeiterklasse ist bei einer marxistischen Analyse entscheidend. Und dieser reale Einfluß wird bei der Verwandlung der Manager in Kapitalisten nicht größer. Im Gegenteil. Die vollständige Auslieferung der betrieblichen Produktion an die Marktgesetze, d.h. die Abschaffung des zentralen Planes(der "Plan" 1966 - 1970 war bereits kein Plan mehr, sondern ein unverbindliches Zielprogramm, an dem die Manager ihre "unternehmerischen Dispositionen" orientieren sollten) und die vollständige Aushöhlung des Staatseigentums(auch seine juristische Abschaffung wurde von den führenden Ökonomen diskutiert): die tendenzielle Verwandlung der Technokraten-Manager in Kapitalisten(vgl. die Errichtung der "Managementschule" nach westlichem Vorbild in Prag); die völlige Auslieferung der CSSR an den kapitalistischen Weltmarkt(freier Außenhandel und Kapitalverkehr); die Forcierung der materiellen Anreize, die Koppelung der Löhne mit den "Gewinnen" (was das Prinzip: "Jedem nach seiner Leistung" verletzt!); der allgemeine Druck auf die Löhne(nur mehr 92% der früheren Mindestlöhne waren garantiert, als oberste Grenze der Löhne wurde 120% der früheren Mindestlöhne festgesetzt!); die noch stärkere Unterordnung der Arbeiter unter die betrieblichen Akkumulationserfordernisse; die Freigabe von 40% der Preise(und die daraus resultierende Inflation):alle diese Maßnahmen oder geplanten Maßnahmen sind Indikatoren für die verstärkte kapitalistische Restauration, die unter Novotny eingesetzt und mit Dubcek voll zum Durchbruch gekommen war.

Das Gerede von der geplanten "Selbstverwaltung" änder t daran nicht: Betriebliche Selbstverwaltung zersplittert das Proletariat und ist daher reaktionär. Gesellschaftliche Selbstverwaltung ist gerade nur durch die Diktatur des Proletariats und eben den Sturz der Technokraten möglich. Was in der CSSR unter diesem Deckmantel stattfand war eine ungeheure Denivellierung der Einkommen(sodaß sogar Levcik

und andere "Reformer" wannten) und ein gigantischer Zuwachs der Machtbefugnisse der Manager. Das Marktmodell erfordere, daß die Manager "über die eigenen(!) Mittel frei(!) entscheiden können". Man habe sich nicht entschließen können, " diese Entscheidungen gewählten Vertretern der Belegschaft zu überlassen."(Zitiert bei Hansel p36).

Angesichts dieser Tatsachen drückt die Haltung der FÖJ Ignoranz aus, objektiv stellt sie klar Handlangerdienste für die kapitalistischen Kräfte dar.

Ebenso klar ist natürlich, daß die Intervention der SU, die selbst von diesen Tendenzen alles andere als frei ist, nicht aus solchen Gründen, nicht zur "Rettung des Sozialismus" in diesem Sinn erfolgte.

J U G O S L A W I E N

In Jugoslawien ist der Prozeß der kapitalistischen Restauration am weitesten fortgeschritten. Jugoslawien ist noch nicht kapitalistisch, aber es bewegt sich mit ungeheurer Geschwindigkeit auf den Kapitalismus zu. Was die Haltung der FÖJ dazu betrifft, gilt das über die CSSR gesagte in verstärktem Maß. Grotesk ist hier(18/3), daß die beiden Momente, die das Wesen des jugoslawischen Systems ausmachen: ökonomisch "die Wiedereinführung einiger(!!!) Marktgesetze in die Produktion"(?!)und politisch die "politischen Folgen des Bruchs mit der Stalin'schen Bürokratie" - daß diese beiden Momente, die do ch dasWesen des "jugoslawischen Modells der Selbstverwaltung" ausmachen und seinen Ursprung bezeichnen, als "Faktoren" betrachtet werden, die "der...Ausweitung dieses Modells" entgegenstehen. Hier wie in 14/6 ff über China wird deutlich, daß die Erfahrungen der sozialistischen Länder für die FÖJ nur einen Sinn haben: ein Häuflein "guter Seiten" herauszulösen und vor sich ansusammeln.

Wir stehen dagegen nicht an, das Titoregime als reaktionär, als eine nach außen und innen konterrevolutionäre Clique zu bezeichnen.

W a s h a t d i e FÖJ d a z u z u s a g e n ?
(Der "Sozialismus" der FÖJ)

Das FÖJ-"Programm" geht von der unsinnigen Vorstellung aus, die Produktionsverhältnisse in den sozialistischen Ländern seien vollständig sozialistisch(zumindest erfolgt nirgends eine Einschränkung), nur der Überbau - wie schade! - sei halt noch nicht "vollendet", (17/6). Erstens ist die Vorstellung bemerkenswert, daß der Überbau losgelöst von der Basis sei, denn sonst könnten nicht nach Jahrzehnten "terroristischen", nicht sozialistischen Überbaus die Produktionsverhältnisse noch immer sozialistisch sein. Aber die Loslösung, Verselbständigung des Überbaus ist nichts Neues, sie ist uns auch in der Kapitalismusanalyse der FÖJ schon begegnet. Zweitens spielt die Auffassung, die sozialistischen Produktionsverhältnisse hätten sich bereits voll durchgesetzt, die restaurativen Gefahren herunter. Es folgt daher konsequent, daß auch die Herrschaft des Wertgesetzes, des Marktes usw. nichts an den Produktionsverhältnissen ändert! Was aber ist in Jugoslawien etwa

"sozialistisch"? Vielleicht das "Staatseigentum", das es als realen Faktor überhaupt nicht gibt? Der Grundgedanke der FÖJ ist also, daß mit der Institutionalisierung des Staatseigentums sozialistische Produktionsverhältnisse bestünden und es bliebe dann nur die Aufgabe, den Überbau nachzuziehen,um so "den Aufbau des Sozialismus" zu vollenden.

Damit sind restaurative Tendenzen und die Entwicklungsrichtung der Übergangsgesellschaft nicht mehr erkennbar. Als Maßstab für die Einschätzung bleibt da wirklich nur mehr die Zahl der eingesperrten liberalen Schriftsteller. (Die Masse dieser Leute übt Kritik von rechts, wobei reaktionär-kleinbürgerliche und technokratische Schattierungen vorhanden sind. Sie sind daher von den Marxisten nicht nur nicht zu unterstützen, sondern ideologisch zu bekämpfen. Aber es zeigt die Unsicherheit der herrschenden Bürokraten, wenn sie diese Leute als "Gefahr für den Sozialismus" betrachten. Und selbst wenn einer der rechten Oppositionellen zur "Gefahr" würde, läge das an den herrschenden politischen und ideologischen Verhältnissen. Für diese sind aber die herrschenden Bürokraten verantwortlich - sie sind daher für den Sozialismus ebenso gefährlich.) Und es zeigt die ideologische Unfähigkeit, die Ausdruck der eigenen Klassenlage ist, wenn sie mit den "Verleumdungen der SU" nicht anders fertig werden als durch Gefängnis. Jugoslawien ist dann sehr"sozialistisch", denn dort werden keine liberalen Schriftsteller eingesperrt, sondern nur revolutionäre Marxisten(an den Universitäten Belgrad und Zagreb). Als "Kritik" kann nur mehr das Lamentieren über den autoritären Überbau bleiben.

Die FÖJ-Kritik geht von einem kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt aus(genau wie die der meisten sowjetischen oppositionellen Schriftsteller, wie auch die des Produzenten des angeblichen "Varga"-Testaments etc.). Das Proletariat wird nicht als Subjekt der Revolution in den sozialistischen Lämdern erkannt, es spielt keine Rolle. Subjekt sind vielmehr die Liberalen. Dies folgt notwendig aus der FÖJ- Einschätzung über das Verhältnis von Basis und Überbau in der Übergangsgesellschaft. Denn wäre diese absurde Einschätzung richtig, handelte es sich wirklich um die Oppesition "aller" gegen den terroristischen Überbau.

Die Existenz einer herrschenden Schicht wird nicht hervorgestrichen, auch nicht, daß deren Herrschaft nicht nur im Überbau, sondern in den Produktionsverhältnissen selbst verankert ist und ständig wächst. Ebenso wird verschleiert, daß die revolutionäre Perspektive nur im Sturz dieser Schicht bestehen kann und in der Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Mit der Ansiedelung der "Verzerrung" des Sozialismus im Überbau werden auch die Gefahren, die dem Sozialismus durch die restaurativen Tendenzen drohen, verschleiert und heruntergespielt.

Schließlich zeigt sich der kleinbürgerliche Klassenstandpunkt dder Föj-Kritik am krassesten in der Lobhudelei auf Sik etc. und auf Jugoslawien. Hier zeigt sich, daß die Kritik, wie die FÖJ sie übt, Kritik von rechts ist, die - in den sozialistischen Ländern selbst - Liberalisierung propagiert, welche Hand in Hand mit der Vorherrschaft der Technokraten geht. Eine solche Kritik dient - hier bei uns - der Desorientierung der Linken.

Durch das gänzliche Unverständnis für die Aufgaben der Übergangsgesellschaften ergeben sich nicht nur ganz oberflächliche Einschätzungen z.B. der "Kulturrevolution" in China (als "Überbauphänomen" etc),sondern insgesamt falsche Vorstellungen über das

Wesen der sozialistischen Gesellschaft und daher auch über den Weg zu ihrer Verwirklichung.

Literaturhinweise: Erste äußerst interessante, wenn auch mit kapitalen Fehlern behaftete Ansätze zur theoretischen Analyse der Übergangsgesellschaften liefert Bettelheim: Ökonomisches Kalkül und Eigentumsformen, Rotbuch 12.

Wer an der oben gegebenen Einschätzung des Dubcek-Sik-Regimes zweifelt, dem sei die Apologie R. Selucky's "Reformmodell CSSR", Rowolt 1969 empfohlen oder P. Hensel's "Die sozialistische Marktwirtschaft in der CSSR", Stuttgart 1968, wo auch die ganzen Dokumente (= Belege für unsere obigen Behauptungen) drin sind.

Eine allgemeine Darstellung der Wirtschaftsreformen in der DDR und der CSSR ist die Arbeit des Genossen Lindner: "Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration?", Erlangen 1971.

Zu Jugoslawien vgl. den zwar deskriptiven, aber methodisch-analytisch sehr schlechten Artikel in der SOPO 9.

Internationalismus

Sollte man von der Annahme ausgehen, daß die "weiteren Schritte, die bereits auf dem steinigen Boden der Verarbeitung internationaler Ereignisse und Entwicklungstendenzen der Gegenwart...erfolgt sind", (S.2 f) die FÖJ wenigstens in die lichten Höhen der Erkenntnis, wenn schon nicht zu einem internationalistischen Standpunkt, geführt hätten, so ist man auf dem Holzweg. Allerdings zeugen diese "weiteren Schritte" tatsächlich "von größerer Sicherheit und Standfestigkeit". Ohne diese bornierte Sicherheit von Ignoranten läßt sich nämlich der Eklektizismus, mit dem verschiedene Fragmente falscher Theorien zu diesem Programm zusammengefügt wurden, überhaupt nicht erklären.

(FÖJ: friedlich bei uns, gewaltsam in der Ferne)

Einerseits besteht nach Meinung der FÖJ "in vielen Ländern des Spätkapitalismus die prinzipielle Möglichkeit, das System ohne die extremen (!) Formen einer gewaltsamen Revolution, ohne Bürgerkrieg zu stürzen" (10/1). Woher diese These kommt, ist klar. Wenn die Notwendigkeit der Änderung des Gesellschaftssystems nicht mehr aus dessen Grundwiderspruch, aus dem Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, von Lohnarbeit und Kapital und den daraus entstehenden Klassenbewegungen erklärt wird, sondern zu einer bloßen ethischen Aufgabe für die FÖJ wird, wenn der Kampf um den Sozialismus nicht mehr vom Proletariat als führender Kraft vorwärtsgetrieben, sondern bloß von allen Menschen guten Willens herbeigesehnt wird, dann darf man sich natürlich nicht auf eine Revolution orientieren, dann muß man die prinzipielle Möglichkeit des "friedlichen Wegs zum Sozialismus" propagieren.
Das ist die Basis, auf der aufgebaut wird. Daß diese Basis aber nichts anderes ist, als die konsequente, "schöpferische" Weiterentwicklung der revisionistischen Positionen des 19. Parteitags der KPÖ, daß diese Basis keine Spur einer materialistischen Analyse des Kapitalismus mehr enthält, wird vor allem in den Abschnitten über Klassenanalyse und über politische Strategie schon deutlich gezeigt.

Diesem revisionistischen Inhalt versucht die FÖJ einige revolutionär klingende Phrasen aufzupfropfen. Damit die FÖJ zeigen kann, wie revolutionär sie ist, tritt sie nicht gegen Revolutionen auf, sondern verlegt sie bloß anderswohin, weit weg womöglich, (sonst müßte sie etwa gar dafür kämpfen), am besten dorthin, wo der Pfeffer wächst, in die Länder der "Dritten Welt". "Die Verlagerung der entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Imperialismus und den sozialistischen Kräften in die 'Dritte Welt' hat erneut die Frage nach dem Subjekt der Revolution in der Geschichte gestellt." (9/1) Die Frage nach dem "Subjekt der Revolution" wird zwar gestellt, aber nirgends explizit beantwortet. Sweezy z.B. wird mit seiner Antwort allen FÖJ-Postulaten gerecht (in: "Marx und das Proletariat"): das Proletariat sei heute die "Dritte Welt". Dies leitet er durch vulgäre Auslegung eines Marxzitats aus der Heiligen Familie ab: "Weil die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst von dem S c h e i n der Menschlichkeit, im ausgebildeten Proletariat praktisch vollendet ist, weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichen Spitze zusammengefaßt sind, weil der Mensch in ihm sich selbst verloren, aber zugleich nicht nur das theoretische Bewußtsein dieses Verlustes gewonnen hat, sondern auch unmittelbar durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende, absolut gebieterische N o t - den praktischen Ausdruck der N o t w e n d i g k e i t - zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen ist, darum kann und muß sich das Proletariat befreien." MEW, 2, S.38

Außer daß hier (1845) Marx und Engels die Bedeutung der Kritik der Politischen Ökonomie in ihrer ganzen Tragweite noch verkannten, außer daß sie hier die Bewegungsgesetze des Kapitalismus noch nicht analysiert hatten, außer daß zu dieser Zeit eine Reihe von theoretischen und politischen Aussagen von Marx und Engels falsch waren; darüber hinaus liegt ja der Auffassung von Sweezy zugrunde die These von der Krisenstabilität des Kapitalismus, d.h. die These, daß der Kapitalismus das Proletariat auf die Dauer integrieren und korrumpieren kann.

("Dritte Welt": "Vorhut" der Revolution ?)

Während einerseits bei uns der "friedliche Weg" propagiert wird,

"müssen also (?) in den Ländern der 'Dritten Welt' die Völker in vielen Fällen zu den Waffen greifen, um Ausbeutung, Analphabetentum und Unterdrückung abzuschütteln und den Weg zum Sozialismus zu beschreiten" (10/1). Wenn nun endlich das "Subjekt der Revolution" in die "Dritte Welt" verlegt ist, ist klar, daß die nationalen Befreiungsbewegungen "zur Zeit die Vorhut der weltweiten revolutionären Auseinandersetzungen" (8/7) sind. Daß dabei alle nationalen Befreiungsbewegungen einander gleichgesetzt werden, daß überhaupt nicht untersucht wird, auf welche Klassen sie sich stützen, nimmt bei der analytischen Schärfe des FÖJ-"Programms" nicht wunder.

Die Aufgabe einer "Vorhut" im Kampf für die sozialistische Revolution ist nicht bloß das Auslösen der Revolution, sondern auch der Sieg und der anschließende Aufbau des Sozialismus. Daß die Bedingungen für antiimperialistische Kämpfe in verschiedenen Teilen der Welt verschieden sind, ist klar. Daß in vielen unterdrückten Ländern gegenwärtig die Voraussetzungen für die Führung revolutionärer Kämpfe günstiger sind, als in Europa und Nordamerika, auch. Auch, daß ein Sieg der revolutionären Bewegungen etwa in Jemen oder Guinea-Bissao keineswegs sofort zum Aufbau des Sozialismus führen kann. Es ist daher falsch, wenn man die revolutionären Bewegungen in den unterdrückten Ländern und die Kämpfe des Proletariats in den imperialistischen Ländern voneinander trennt, davon spricht, daß die einen die Vorhut bilden, und diese Kämpfe nicht als Einheit sieht.

Lenin sagt: "Es gibt nur e i n e n Internationalismus der Tat: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im e i g e n e n Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eines e b e n s o l c h e n K a m p f e s, einer ebensolchen Linie und nur e i n e r s o l c h e n a l l e i n in ausnahmslos a l l e n Ländern." (Lenin 24,60)

(FÖJ: Kampf um neue Dimensionen)

Aber der Begriff des Internationalismus scheint für die FÖJ eher mit moderner Physik als mit proletarischem Klassenkampf verbunden zu sein. Immerhin hat nämlich "die weltweite Welle der Solidarität mit Vietnam.. dem Begriff des Internationalismus eine neue Dimension hinzugefügt." (8/8) So schnell erhält ein Begriff eine zusätzliche Dimension. Daß es auch früher internationalistische Aktionen größten Ausmaßes gegeben hat (z.B. die Solidarität der europäischen Arbeiterklasse im Kampf gegen den spanischen Faschismus), zählt für die FÖJ nicht. Das ist lang her und interessiert sie nicht, entsprechend der kleinkarierten Geschichtsauffassung der FÖJ, die in ihren politischen Ansichten so sehr von einem Tagesereignis zum anderen balancieren muß, daß sie bei der "Arbeit am Entwurf...des öfteren (!) mit Tatsachen konfrontiert"wurde, "die bestimmte Einschätzungen von gestern auf heute, gleichsam über Nacht, völlig (!) über den Haufen warfen" (S.3). So wie es damals nicht genügte, solidarisch mit den Republikanern in Spanien zu sein, so wie es damals notwendig gewesen wäre, die Entwicklung der revolutionären Bewegung im eigenen Land zu forcieren(wäre z.B. in Frankreich besonders notwendig und wahrscheinlich auch möglich gewesen), so ist es auch heute notwendig, den Kampf im eigenen Land vorwärtszutreiben. Wenn einem das aber erst einmal klar geworden ist, ist es natürlich mit der so bequemen "Arbeitsteilung" zu Ende: nämlich dort die "Strategie des bewaffneten Volkskriegs", die sich "selbst gegenüber dem größten Militärpotential der Erde, dem US-Militär, als unbesiegbar erwiesen" (8/7) hat (wobei die Unterstützung durch die sozialistischen Länder einfach ignoriert wird), hier die "Solidarität" mit Vietnam, die dem Begriff des Internationalismus eine neue Dimension hinzufügt. Aber wo bliebe dann der Heroismus der FÖJ in ihrem Kampf um zusätzliche Dimensionen ?

(Koexistenz und Volkskrieg)

Wie sehr die Haltung der FÖJ zu den Kämpfen der nationalen Befreiungsbewegungen bloß aus revolutionär klingenden Phrasen, aufgepfropft auf ein durch und durch revisionistisches "Programm", besteht, läßt sich an vielen Stellen zeigen. Das Wichtigste in diesem Zusammenhang dürfte sein, daß die FÖJ offensichtlich nach wie vor der Meinung ist, daß die "Bemühungen der Politik der 'friedlichen Koexistenz' " (1/5) nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine positive Entwicklung darstellen. Die KPdSU hat unter der Führung Chruschtschows den Kampf um die friedliche Koexistenz zum Hauptprinzip ihrer Politik erhoben. Friedliche Koexistenz war nicht mehr die Politik der sozialistischen Länder für die Regelung ihrer Beziehungen mit kapitalistischen Staaten. Friedliche Koexistenz war die Aufgabe der sozialistischen Revolution in allen Ländern zugunsten eines Siegs der sozialistischen Länder (vor allem der SU) im wirtschaftlichen Wettbewerb. Friedliche Koexistenz setzte an Stelle der Unterstützung des Kampfes der unterdrückten Nationen und der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern die Politik der allseitigen Zusammenarbeit mit den imperialistischen Staaten, vor allem mit den USA. Und obwohl die KP Chinas schon 1963 in ihrer Polemik über die Generallinie der kommunistischen Bewegung scharf gegen diese Politik der friedlichen Koexistenz aufgetreten ist (es empfiehlt sich, deren Standpunkt dort nachzulesen), entblödet sich die FÖJ nicht, einerseits die Politik der friedlichen Koexistenz positiv einzuschätzen und andererseits die Weiterentwicklung der chinesischen Position zur Theorie des Volkskriegs als selbstverständlich zu akzeptieren. "In diesen Ländern", sagt die FÖJ, "deren Gegenwartsgeschichte politisch von Feudalismus und Halbfeudalismus...bestimmt wird", ist "der Träger revolutionärer Umwälzungen in erster Linie die Landbevölkerung, das Dorf, welches in weltweitem Maßstab die Inseln der Metropolen umgibt." (14/4) Daß die Gegenwartsgeschichte der unterdrückten Länder nicht durch den Feudalismus bestimmt wird, sondern durch den Imperialismus, wurde schon früher behandelt. Die FÖJ nimmt solche kleinen gesellschaftlichen Formunterschiede nicht so ernst.

Revolutionäre Bewegungen in den unterdrückten Ländern haben nur dann zu einer sozialistischen Entwicklung geführt, wenn sie sich nicht nur auf die große Masse der Bauern gestützt haben,

sondern wenn sie unter Führung der Arbeiterklasse standen. Bei Lin Piao heißt es über die chinesische Revolution ausdrücklich, daß sie "von der Arbeiterklasse mit einer marxistisch-leninistischen Partei als ihrem Kern angeführt" wurde (Lin Piao: Es lebe der Sieg im Volkskrieg S.47). Aber für die FÖJ ist "der Träger revolutionärer Umwälzungen in erster Linie die Landbevölkerung". Solch minimale Differenzen sind für die FÖJ irrelevant.
Bei Lin Piao ist nicht vom "Dorf, welches im weltweiten Maßstab die Inseln der Metropolen umgibt", die Rede, sondern es werden bloß in A n a l o g i e zum revolutionären Volkskrieg Nordamerika und Westeuropa als "Städte der Welt", Asien, Afrika und Lateinamerika als die "ländlichen Gebiete der Welt" bezeichnet, um daraus zu folgern, daß die revolutionären Kämpfe der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker heute die entscheidenden sind und daher von den sozialistischen Ländern unterstützt werden müßten. Diese Analogie wird dann falsch, wenn sie dazu verwendet wird, das "Subjekt der Revolution" "in die 'Dritte Welt' " (9/17) zu verlegen, wenn sie dazu verwendet wird, um in Nordamerika und Westeuropa Illusionen über den "friedlichen Weg" zu verbreiten und die sozialistische Revolution zu verhindern. Aber sich auf Mao zu berufen ist modern und so ein paar revolutionäre Phrasen im revisionistischen "Programm" schafft die FÖJ mit der linken Hand. Überhaupt hat's die FÖJ mit China. Zum Leninismus "gesellt" (!) sich die "Theorie Mao Tse Tungs" (14/5a), die man zwar nicht "auf die Verhältnisse der hochentwickelten kapitalistischen Länder" übertragen kann, aber immerhin, die Kulturrevolution ist klaß. Daß die Kulturrevolution als bloße

> "Umwälzung der aufs immer Neue erstarrenden Verhältnisse des Überbaus" (!) (14/6)

angesehen wird, kann man der FÖJ schon fast nicht mehr vorwerfen. Daß die Kulturrevolution zu einem wesentlichen Teil aus Veränderungen der Produktionsformen besteht; daß eine der entscheidendsten äußeren Formen der Kulturrevolution darin bestand, die Arbeiter politisch zu schulen - während der "Arbeitszeit", daß also nicht mehr die in einem bestimmten Zeitabschnitt hergestellte Menge, die "Effektivität" der Produktion oder gar der damit verbundene Profit entscheidend waren, sondern die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter; daß damit gleichzeitig ein weiterer Schritt zum Abbau der Warenproduktion gegangen wurde; all das ist weitgehend unbekannt und interessiert die FÖJ wohl auch nicht. Nur eins ist der FÖJ noch wichtig. Ihren "Vorbehalt" den "Formen der Verherrlichung der Person Mao Tse Tungs" (14/8) gegenüber zu konstatieren. Es könnte sie sonst wer des Personenkults, vielleicht gar des Stalinismus bezichtigen. Naja, lassen wir China. Die "Freundschaft" der FÖJ für China resultiert ja doch nur daraus, daß China weit weg ist, die FÖJ offensichtlich überhaupt nicht versteht, was dort vor sich geht, und es außerdem "revolutionär" ist, "dafür" zu sein.

(<u>FÖJ und Kriegskatastrophen</u>)

Daß die FÖJ von den chinesischen Positionen nichts, aber auch gar nichts verstanden hat, zeigt sich auch in ihrer Einschätzung von lokalen Kriegen und Unruhen. In 13/5 heißt es: "Da

> die Großmächte ängstlich darauf bedacht sind,...miteinander nicht in unmittelbare Berührung zu kommen, sind es die kleinen Völker, die in lokalen Kriegen..., weitgehend auf sich selbst gestellt, den Preis...für den 'status quo', zu bezahlen haben."

Obwohl die FÖJ auch von "der Unvereinbarkeit ihrer gesellschaftlichen Systeme" spricht, werden die USA und die UdSSR hier als "Großmächte", die ihre "Konflikte" auf den Rücken der "kleinen Völker" austragen, einander offenbar gleichgesetzt. Daß die USA eine imperialistische Macht sind, wird zwar an anderer Stelle im "Programm" versichert, spielt aber an dieser Stelle überhaupt keine Rolle, und die armen kleinen Völker bleiben "weitgehend auf sich selbst gestellt", weil die USA so gemein sind, und sie im Kampf gegen den Weltkommunismus nicht genügend unterstützen.

(<u>Die Wirklichkeit ist anders</u>)

Lokale Kriege sind der Preis, den der Imperialismus für die Unterdrückung der "kleinen Völker" zu zahlen hat. Revolutionäre Erhebungen gegen diese Unterdrückung stellen sich nun einmal in Form bewaffneter Befreiungskriege

dar. Lokale Kriege sind gerade nicht der Preis für den "status quo", sondern ein Mittel, um diesen zu ändern. Der Revisionismus der Führung der KPdSU besteht ja gerade darin, zu glauben, daß durch "lokale Kriege" ein neuer Weltkrieg ausgelöst werden könnte und nicht zu sehen, daß diese "lokalen Kriege" das einzige Mittel der unterdrückten Nationen ist, sich zu befreien, und eine wesentliche Schwächung der imperialistischen Staaten mit sich bringen. Er besteht darin, "lokale", nämlich revolutionäre Befreiungskriege verhindern zu wollen, u m den "status quo" aufrecht zu erhalten. Zu vergessen, daß wir uns sowohl national, wie international im Klassenkampf befinden, daß es keine andere Lösung der "Konflikte" (8/1) gibt, als die gewaltsame Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse, ist Teil jeder revisionistischen "Strategie". Aber die FÖJ bezeichnet sich als revolutionär.

In der Einschätzung von Kriegen als "großen und kleinen Katastrophen" (8/1) zeigt sich der kleinbürgerliche Charakter der FÖJ auch in dieser Frage. "Der Kapitalismus", konstatiert die FÖJ, hat "heute seine volle (!) Spätreife (!) erlangt." Statt aber die reifen schweren Ähren mit Hammer und Sichel zu ernten, stellt die FÖJ nur jammernd fest, daß der Kapitalismus die Ursache ist für "Konflikte", die wiederum ihrerseits "neue und noch schwerere Konflikte erzeugen" (8/1). Diese neuen Konflikte "offenbaren" sich dan in "Katastrophen: Kriege,...Unruhen, Gewaltakte aller (!) Art" (8/1). Es ist fast erstaunlich, daß die FÖJ-Schreiberlinge nicht in der "Kronen-Zeitung" eine Rubrik "Moralisch gesehen" eröffnen. Dort könnten sie sich als "weinerliche Kleinbürger" (Lenin) sicher gegen Unruhen und Gewaltakte aller Art entrüsten.

FÖJ und Jugend

Mag es auch nicht lohnend erscheinen, auf den Abschnitt einzugehen, der sich mit der Problematik einer jugendbewegung "befaßt", weil ihm im Rahmen der Kritik des "Programms" sicherlich keine so große Aufmerksamkeit zu schenken ist, wie etwa der Kapitalismuskritik, der Klassenanalyse etc., so zeigt sich nichts desto trotz, wie überall, auch hier die rechte Position der FÖJ. Es zeigt sich, wohin es führt, wenn fast alle Menschen, besonders alls Jugendlichen, zum Proletariat gehören, der Kapitalismus sich durch "Eigenrationalisierung" krisenfrei über Wasser hält; wenn der Überbau zum Operationsfeld wird, weil die ökonomische Basis reibungslos funktioniert, keine Angriffsflächen mehr bietet; wenn das Klassenmerkmal zum Gattungsmerkmal der biologisch bestimmten Menschlichkeit wird.

Ist es verwunderlich, daß unter solchen Vorzeichen die FÖJ die Jugend unbeschwert als solche zu organisieren gewillt ist, obwohl "die Jugend" als Abstraktum für Marxisten ebenso ein Unding ist wie "die Bevölkerung"? So an die Sache heranzugehen heißt nichts anderes, als einige klassenunspezifische Gemeinsamkeiten über das klassenbedingte Trennende zu stellen, Proletarierkinder und Bourgeoissöhnchen auf eine Stufe zu stellen, notwendigerweise durch nichts verbunden als durch ihre Jugend. Um einen solchen Eindruck flugs nicht zu stark werden zu lassen - sollte er stimmen, wie könnte die FÖJ weiterhin glauben machen, sie setze sich aus Marxisten zusammen? - fügt man geschwind hinzu, "die Klassenzugehörigkeit junger Menschen wird nach wie vor (?) (wie bei allen gesellschaftlichen Schichten) durch ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln bestimmt (3/2)" Die Absicht ist klar. So soll vorgetäuscht werden, man betrachte die Jugend eben nicht als Ganzes, sondern nach jeweiliger Klassenzugehörigkeit differenziert.Das ist wieder einmal der Versuch, die revisionistische Grundhaltung in allen Einzelfragen durch ein paar marxistische Brocken zuzudecken. Es bleibt schleierhaft, welchen Sinn der oben zitierte Satz haben soll, (außer dem, als linker Aufputz zu fungieren) wenn den ganzen Abschnitt hindurch munter mit den äußerst marxistischen Begriffen "junge Menschen", "alte Menschen" operiert wird und die Jugend eindeutig als homogene Schicht, losgelöst von der Klassenspaltung der Gesellschaft aufgefaßt wird. Das dies wirklich so ist und keine böswillige Erfindung darstellt, ergibt sich schlüssig aus Punkt 12/9, wo alles zu einer Klasse wird. Wird der alte Bauer zum Proletarier, so auch der junge.

"JUNGE MENSCHEN"

Der gleichen ökonomischen Situation ausgeliefert, die wegen ihrer Krisenstabilität sowie der gemilderten Ausbeutung (z.B. 12/7) keine rechte Organisierungsmöglichkeit mehr bietet, müssen andere Faktoren herhalten, die die Progressivität der Jugend zu beweisen haben. Der Idealismus feiert dabei Orgien. Daß dies kein Zufall, sondern die "Methode" der FÖJ ist, beweist das

Zitat: "der immer raschere Wandel der Kultur- und Zivilisationsbedingungen und die dadurch (!!!...) hervorgerufenen Veränderungen in den Sektoren der Ausbildung, der Produktion und Reproduktion innerhalb einer Generation (?) ..." (5/1). (Wären die Leute, die so etwas geschrieben haben, erklärte bürgerliche Ideologen, wäre die Sache nicht so schlimm, man kann ja in dieser Hinsicht wirklich nichts anderes erwarten. Hier handelt es sich aber um die FÖJ - "Bewegung für Sozialismus", was die Frechheit miteinschließt, einen solchen Käs auch noch als historisch-materialistische Methode verkaufen zu wollen!) (Um 10 Schilling)

Die Fähigkeit, "leichter (!?) neue (!?) Fragestellungen formulieren" zu können (3/2), sowie der Besitz einer anderen (!?) Bewußtseinsstruktur als die der Erwachsenen (!?), die da auf dem "status quo" beharren (!?, 5/3) weisen - der FÖJ folgend - der Jugend eine Avantgardefunktion zu. Patka in: "Sommerakademie 1970", p.3: Die Jugend ist "eine noch amorphe Masse, die aber heute schon ganz gewiß das eigentlich revolutionäre Potential darstellt". Dabei kommt die Jugend auch noch mit der "älteren Generation" in Widerspruch, die zur Erwachsenenwelt vereinheitlicht wird. Beide ("Jung und Alt", 3/1) haben zwar auch gemeinsame Probleme - immerhin - aber: "sie (die jungen Menschen) geraten hierdurch zwangsläufig (!) in Widerspruch zur älteren Generation, die einerseits Anspruch auf Autorität erhebt (!?) und dies mit allen Mitteln (?) durchzusetzen versucht (warum wohl?), andererseits aber vielfach nicht mehr (?) in der lage ist, mit den wissenschaftlich-technischen Veränderungen Schritt zu halten." (5/2)

DAS JUNGPROLETARIAT

Man sieht, statt an die Probleme heranzugehen, wie sie sich für junge Proletarier aus ihrer sozio-ökonomischen Siutation her ergeben, (daß es sie gibt, stellt die FÖJ in Punkt 3/2 einleitend fest, zu mehr als zur Konstatierung hat sie es aber nocht gebracht) nichts als blabla. An die Stelle der Analyse treten fromme Versicherungen. Die leichtere Radikalisierbarkeit junger Proletarier wird nicht aus ihrer zusätzlichen Unterdrückung und Ausbeutung in den Betrieben hergeleitet, sondern aus Bewußtseinsfaktoren, die vom Himmel zu fallen scheinen. Nicht, weil sie nicht einmal den Wert der Arbeitskraft ersetzt erhalten, nicht, weil sie vom Aufräumen bis zu den Botengängen hin alles zu erledigen haben, nicht daraus wird die größere Mobilisierbarkeit abgeleitet, sondern der Grund ist "eine größere Bereitschaft und Fähigkeit zur Verarbeitung neuer Gegebenheiten, da sie eine neuartige (!?) Betrachtung des Gegenstandes in sich trägt (!?) ..." (3/2) und ähnliches mehr. Die wirkliche Lage junger Proletarier wird ignoriert. Daß es falsch ist, Lehrlinge nicht von ihren Interessen als Angehörige der Arbeiterklasse, die sie zwangsläufig in Gegensatz zum Kapital bringen, sondern von ihren Interessen als Jugendliche, die sich mit ihren Eltern herumärgern müssen, her zu politisieren, ergibt sich wohl von selbst.

Die FÖJ scheint aber den zweiten Weg als den besseren vorzuziehen, da "die Jugend" summarisch als "zwangsläufig in Widerspruch zur älteren Generation (!?) ..." (5/2) gesehen wird. Nicht Gegensatz zum Kapital, personifiziert in der Gestalt des Kapitalisten (auch ein Erwachsener!) zeichnet junge Arbeiter aus, sondern Gegensatz zur "älteren Generation". Kapitalist und Arbeiter werden zum aurotitären Erwachsenen. Nicht die Spur eines Versuchs, das Verhältnis junger Arbeiter - als Bestandteil der Arbeiterklasse - zu den älteren Arbeitskollegen zu skizzieren, das wegen der besonderen Lage der Lehrlinge zeitweilige Widersprüche einschließen kann. Das in vielen Ländern geltende Streikverbot für Lehrlinge, das Ausspielen unger Arbeiter gegen ältere, betreffend die naturgemäß unterschiedliche Arbeitsleistung etc. führen zwar zu einem gewissen Konkurrenzverhältnis innerhalb der Arbeiterklasse: diesen temporären Interessenkonflikt aber mit dem Gegensatz zum Kapital auf eine Stufe zu stellen, zeugt von beträchtlicher Ignoranz. Bei der FÖJ ist aber allen eins, alles Konflikt mit den Erwachsenen.

Zur politischen Strategie

KLASSENBEWUSSTSEIN & MYSTIFIKATIONEN (für die FÖJ: MÜNDIGKEIT & MANIPULATION)

Die für die FÖJ wesentlichen Elemente einer linken Strategie haben - so Margulies - Marek und Patka auf der "Sommerakademie der FÖJ" 1970 dargelegt. Das "Grundsatzprogramm" und die Durchsicht der "Aspekte" des letzten Jahres bestätigen diese Aussage.
Wie bereits im Punkt "Kapitalismuskritik der FÖJ" nachgewiesen, geht die FÖJ - auf Marek aufbauend - davon aus, daß sich der Kapitalismus in den letzten 50 Jahren grundlegend geändert habe, was undogmatische und nichtorthodoxe Marxisten zu berücksichtigen hätten. Diese Veränderungen bestünden in der tendenziellen Aufhebung der Konkurrenz der Einzelkapitalien und in der relativen Krisenfreiheit des Kapitalismus. Da dieKapitalisten nicht mehr Maximalprofite anstreben, sondern Durchschnittsprofite, entwickeln sie auch eine andere Strategie gegenüber der Arbeiterklasse: Die Kapitalisten verzichten auf einen Teil der Profite, um damit die gesamte (!) Arbeiterklasse zu bestechen (Man erinnert sich vielleicht an Lenin, der nachwies, daß die Bourgeoisie in entwickelten kapitalistischen Ländern Teile der "Arbeiteraristokratie"(!) mit imperialistischen Extraprofiten bestechen konnte). Laut Marek geben nämlich heute die Kapitalisten "den Arbeitern von vornherein so viel, daß die Arbeiter die Gewerkschaften nicht mehr brauchen"(Marek, Sommerakademie S.5); ökonomische Kämpfe seien für den revolutionären Kampf bedeutungslos, wie auch die meisten Streiks, "wo die Arbeiter überhaupt nichts riskieren, sondern für die verlorenen Arbeitsstunden schön Geld bekommen und alles ersetzt bekommen"(Marek,9). Gerade in Österreich ist das infam, wo Verweigerung und Entzug von Streikgeldern eher der Normalfall ist. Solche Tatsachen - angesichts der immer stärker aufbrechenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus (vgl. Pkt.1) und der sich verschärfenden und sich zuspitzenden Lohnkämpfe in ganz Europa ein Hohn sondergleichen - müßte die Arbeiterbewegung berücksichtigen. Sei es doch kennzeichnend für "die geistige Krise der Arbeiterbewegung", daß sie die grundlegenden Änderungen in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft nicht wahrnehmen will und glaubt, mit längst überholten Methoden revolutionäre Politik machen zu können.
Geht man allerdings davon aus, daß die ökonomische Stabilität des Kapitalismus ein Ausmaß erreicht habe wie nie zuvor, daß der Kapitalismus auf keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten stoße, bzw. sie leicht durch "Eigenrationalisierungen" beseitigen könne; daß Kapital und Lohnarbeit harmonisch zusammenarbeiten, wobei der Kapitalist mit seinen Durchschnittsprofiten und der Arbeiter mit seinen hohen Löhnen völlig zufrieden sind: dann kann man in den neu aufflammenden Arbeitskämpfen nur eine "Krise der Arbeiterbewegung" sehen und nicht etwa einen Neubeginn. Dann sind die Erfahrungen der Arbeiterbewegung wirklich nur alter Plunder.

"Werte des Sozialismus"

Wenn die ökonomische Basis des Kapitalismus nicht mehr zu erschüttern ist, dann bleibt nur mehr der Überbau übrig. Und richtig, Marek hat dies auch gleich erkannt. Unsere Periode stehe "im Zeichen einer gewaltigen Krise der bürgerlichen Ideologie", des Zusammenbruchs der Autorität der Familie, des Staates, der Schule, der Tabus verschiedenster Art. Führen die "Kräfte des Sozialismus" hier den entscheidenden Schlag, so ist die Bourgeoisie – infolge des hoffnungslosen Bankrotts ihrer Ideologie - völlig verloren. Dies setze aber die Arbeiterbewegung vor hohe Anforderungen: der bürgerlichen Ideologie die sozialistische Ideologie und Lebensweise entgegenzusetzen, "Werte des Sozialismus zu schaffen", in Ansätzen bereits im Kapitalismus das vorwegzunehmen, "was wir uns unter Sozialismus vorstellen"(Marek,9). Die "Bewußtseinsformung der großen Massen, die ... der Manipulierung durch die herrschenden Klassen ausgeliefert sind"(ib.) muß entschieden in Angriff genommen werden, damit der Kampf "um die geistige Führung großer Teile der Gesellschaft" gewonnen werden kann. Marek faßt seine Strategie zusammen: "In Wirklichkeit ist ein Teil (wie es sich herausstellt, der einzige) der revolutionären Praxis schon vor der Machteroberung die Widerlegung der Urteile und Vorurteile dieser Welt(!) und die Produktion von Werten und Wertungen, die eben das Ideale(!), den Sozialismus, attraktiv(!) machen sollen. Ich glaube, daß fur unsere Zeit(?) und für die revolutionäre Praxis unserer Zeit das das entscheidende ist"(ib.) Oder in Kurzfassung: im Kampf gegen die Manipulation wird es gelingen, den Massen den humanen Sozialismus attraktiv zu machen. Daß dabei den Intellektuellen, Literaten und Schöngeistern die führende Rolle zukommt, dürfte daraus leicht ableitbar sein. Das Proletariat hat man dabei glücklich seiner historischen Rolle enthoben, den Klassenkampf auf Gegenmanipulation reduziert.

Dem ist entgegenzuhalten, daß die Entwicklung von Klassenbewußtsein nicht durch abstrakte Propagandaarbeit und Aufklärung vorangetrieben wird, sondern vor allem durch die Erfahrung des Klassenkampfes selbst.

Mystifikation

Das 'falsche Bewußtsein' der Arbeiter hat seine tiefen Ursachen nicht in dem Überbau, der Manipulation. Es ist nicht nur die Bosheit der Kapitalisten, die den Arbeitern die Wahrheit vorenthält. Das 'falsche Bewußtsein' der Arbeiter liegt in der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise selbst begründet. Ohne diese fundamentale Einsicht, der die FÖJ und Marek nicht einmal nahe kommen, kann statt einer revolutionären Strategie nur der bekannte idealistisch-opportunistische Sumpf herauskommen.

Durch die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise selbst wird das Wesen des Kapitalverhältnisses und der Bewegungsgesetze des Kapitals verschleiert, es stellt sich im Bewußtsein der Produktionsagenten zunächst notwendig verkehrt dar. Denn die Beziehungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten sind nicht unmittelbare Herrschafts- und Knechtschaftsbeziehungen, die Ausbeutung ist nicht unmittelbar sichtbar. Diese ökonomischen Beziehungen erscheinen zunächst vielmehr als die Beziehungen von freien Waren-Käufern und -Verkäufern, die sich auf dem Markt treffen. Erste Ursache des 'falschen Bewußtseins' ist die Warenproduktion:

"Da die Wertform die in der Ware enthaltene gesellschaftliche Arbeit nicht direkt, sondern in dem Gebrauchswert einer anderen Ware (in dem Äquivalent) ausdrückt, so scheint der Wert - das gesellschaftliche Verhältnis - eine Eigenschaft des Warenkörpers selbst zu sein. Diese falsche Vorstellung beruht nicht auf dem ungenügenden Denkvermögen des Warenproduzenten. Sie ist ein notwendiges Ergebnis der Warenproduktion überhaupt und in der kapitalistischen Warenproduktion nicht nur Ergebnis, sondern gewissermaßen auch Voraussetzung des Kapitalismus. Diese Vorstellungsweise beruht auf der Tatsache, daß in der Warenproduktion die gesellschaftlichen Verhältnisse durch den Austausch von Waren, als von Sachen, von Dingen, vermittelt werden. Der tatsächliche Inhalt der Produktionsverhältnisse erscheint in einer verkehrten Form.
Das, was wir auf der Oberfläche des ökonomischen Lebens sehen, hat ein ganz anderes Aussehen als das, was

den wirklichen Inhalt, den wirklichen inneren Zusammenhang der Gesellschaft ausmacht. Die tatsächlichen Produktionsverhältnisse sind durch ihre verkehrten äußeren Erscheinungsformen verhüllt. Die Tatsache, daß die menschlichen Verhältnisse versachlicht und daher verhüllt sind, und die daraus entspringenden falschen Vorstellungen, als besäßen die Sachen selbst gesellschaftliche Eigenschaften, werden von Marx als Warenfetischismus gekennzeichnet".(MASch p. 26 f.)

"Der Warenfetischismus spielt eine wichtige Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft, weil er die Verschleierung der Produktionsverhältnisse ist. Der Warenwert erscheint nicht als gesellschaftliches Verhältnis, sondern als Eigenschaft eines Dinges. Das Kapital erscheint ebenso nicht als Ausbeutungsverhältnis, sondern als Sache (Maschinen, Geld), die die Eigenschaft besitzt, Profit abzuwerfen. Daher erscheint der Profit nicht als angeeignetes Produkt fremder Arbeit, sondern als natürliches Produkt des Kapitals. Der Arbeitslohn scheint die volle Entlohnung des Arbeiters zu sein usw. usw. Alles steht auf dem Kopf, es gibt keine Ausbeutung: der Arbeiter hat sein Einkommen seinem Eigentum - der Arbeitskraft -, verdanken." (MASch p. 28)

Angesichts dessen, daß die FÖJ in ihrem 'Programm' nicht ein Wort darüber verliert, warum denn die Manipulation überhaupt möglich ist, sondern das ganze Problem darin zu bestehen scheint, daß die Manipulateure den Leuten falsches Zeug erzählen und das von den Leuten geglaubt wird, solange es halt geglaubt wird; angesichts dessen, daß das ganze Problem nur im Überbau angelegt ist, ja sogar ein psychologisches Problem in erster Linie, - angesichts dessen ist es hier nicht notwendig, die Mystifikationen, durch die Klassenbewußtsein vernebelt wird, aufzuschlüsseln, ihren Ursachen nachzugehen, zumal es den Nachvollzug ziemlich umfangreicher und komplizierter Entwicklungen aus dem 'Kapital' bedeuten würde. Es muß genügen, die allgemeinen Bestimmungen des Warenfetischismus anzugeben und dadurch schon aufzuzeigen, daß die Ursachen für das 'falsche Bewußtsein' nicht im Überbau liegen, sondern in der Struktur der Produktionsweise: in der Warenproduktion, im Kapital, in der Form des Lohnes. Zum allgemeinen müssen die beiden Passagen aus der MASch genügen, den 'Lohnfetisch' entwickeln wir zur Illustration, um ein Beispiel davon zu geben, wie an das Problem: Klassenbewußtsein - Mystifikationen (denn so heißt auf marxistisch das, was sich bei der FÖJ als Widerspruch zwischen Manipulation und 'Mündigkeit' darstellt) heranzugehen ist.

Lohnfetisch

Auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint der Wert der Arbeitskraft (wie jeder Wert) in Preisform: als Lohn. Der Lohn scheint aber nicht die Erscheinungsform des Werts der Arbeitskraft, ihr Preis, zu sein, sondern der Preis der Arbeit, ein bestimmtes Quantum Geld, das für ein bestimmtes Quantum Arbeit bezahlt wird, also die Preisform des Werts der Arbeit.
"Arbeitslohn" besagt ja: Lohn für die Arbeit. In den Ausdrücken Wert und Preis der Arbeit ist der Wertbegriff völlig ausgelöscht, denn "die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert" (Kapital, I, 559). Tatsächlich verkauft der Arbeiter dem Kapitalisten nicht seine Arbeit, sondern seine Arbeitskraft. "Sobald seine Arbeit wirklich beginnt, hat sie bereits aufgehört, ihm zu gehören, kann also nicht mehr von ihm verkauft werden"(ebda.). Der Ausdruck "Wert der Arbeit" ist also ein Angriff gegen das Fundament der ganzen "Kritik der Politischen Ökonomie", das beinhaltet, daß der Wert einer Ware durch die für ihre Produktion verausgabte, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt wird. Der Ausdruck verschleiert die kapitalistische Ausbeutung, denn wenn der Lohn dem "Wert der Arbeit" entspricht, kann der Mehrwert oder der Profit nur aus dem "Produktionsfaktor Kapital" entspringen. "Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit". "Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung des Werts und Preises der Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohns oder in Wert und Preis der

Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbarmacht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen" (Kapital, I, 562).
Wir sehen also: genau wie der Mehrwert das wesentliche Verhältnis ist, das aber nicht unmittelbar als Mehrwert, sondern als Profit erscheint, genauso kann der Wert der Arbeitskraft, das Wesen des Arbeitslohns, nicht unmittelbar, sondern eben nur in der Form des Lohns erscheinen. Profit und Lohn sind "Kategorien für Erscheinungsformen wesentlicher Verhältnisse. Daß in der Erscheinung die Dinge sich oft verkehrt darstellen, ist ziemlich allen Wissenschaften bekannt" (Kapital, I, 559). Diese Verkehrungen wurzeln in der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise selbst, die Mystifikation des Lohnes wurzelt im Lohnsystem selbst - und resultiert keineswegs nur aus der "Irreführung"des Arbeiters, aus der "Manipulation"!
Wie kommt diese Mystifikation aber zustande? "Die eigentümliche Natur dieser Ware, der Arbeitskraft, bringt es mit sich, daß mit der Abschließung des Kontrakts zwischen Käufer und Verkäufer ihr Gebrauchswert noch nicht wirklich in die Hand des Käufers übergegangen ist. Ihr Weg,gleich dem jeder anren Ware, war bestimmt, bevor sie in die Zirkulation trat, denn ein bestimmtes Quantum gesellschaftlicher Arbeit ward zur Produktion der Arbeitskraft verausgabt, aber ihr Gebrauchswert besteht erst in der nachträglichen Kraftäußerung. Die Veräußerung der Kraft und ihre wirkliche Äußerung, d.h. ihr Dasein als Gebrauchswert, fallen daher der Zeit nach auseinander" (Kapital I, 188). Die Arbeitskraft wird bezahlt, nachdem sie im Produktionsprozess fungiert hat, nachdem der Kapitalist ihren Gebrauchswert, die Arbeit, realisiert hat. Den Kapitalisten interessiert nur der Gebrauchswert der Arbeitskraft, "eine bestimmte nützliche Arbeit, Schneiderarbeit, Schusterarbeit, Spinnarbeit usw. Daß dieselbe Arbeit nach einer anderen Seite hin allgemein wertbildendes Element ist, eine Eigenschaft, wodurch sie sich von allen anderen Waren unterscheidet, fällt außerhalb des Bereiches des gewöhnlichen Bewußtseins." (Kapital, I, 563) Wie kann die Ware Arbeitskraft gemessen werden? Doch nur unmittelbar, durch die Dauer ihres Fungierens, durch die Dauer der Arbeit selbst. "Stellen wir uns auf den Standpunkt des Arbeiters, der für 12stündige Arbeit z.B. das Wertprodukt sechsstündiger Arbeit erhält, sage 3 sh., so ist für ihn in der Tat seine zwölfstündige Arbeit das Kaufmittel der 3 sh." (Kapital I, 563)
Die Mystifikation wird befestigt durch besondere Formen des Arbeitslohns: den Zeitlohn, den Stücklohn und differenzierterer, noch schwerer durchschaubarer Formen. "Die Masseinheit des Zeitlohns, der Preis der Arbeitsstunde, ist der Quotient des Tageswerts der Arbeitskraft, dividiert durch die Stundenanzahl des gewohnheitsmässigen Arbeitstages" (Kapital, I, 567) - und alle weiteren Lohnformen sind vom Zeitlohn abgeleitet.
Es ist einsichtig, daß der Stundenlohn die falsche Vorstellung noch verstärkt, der Lohn sei nicht die Erscheinungsform des Werts der Arbeitskraft, sondern Preis der Arbeit. In der Form des Stücklohns wird die Verschleierung noch perfekter, der Lohn erscheint hier direkt als Äquivalent für die "Leistung" des Arbeiters, jede Spur seines wirklichen Wesens ist ausgelöscht.
Worin beruht also der "Lohnfetisch"?

1. erscheint der Lohn als Preis der Arbeit, alle Arbeit daher als bezahlt;
2. wird diese Mystifikation durch die Lohnformen (Zeitlohn, Stücklohn, usw.) befestigt.
3. erweckt die individuelle Form des Lohn den Schein, als ob der Lohn Entgelt für die individuelle "Leistung" wäre, obwohl das Produkt die "Leistung" der gesellschaftlichen Arbeit des Kollektivs ist - und der Lohn nicht diese "Leistung" sondern den Wert der Arbeitskraft ausdrückt. Die Lohnform zersplittert daher die Arbeiterklasse, setzt sie in Konkurrenz und ist dasher ein Moment, das sich negativ auf ihre Kampfkraft auswirkt.

Ist die Struktur und sind die Ursachen dieser Mystifikationen erst aufgedeckt, so ist es auch die Struktur des "falschen Bewußtseins".
Der Weg zur Bildung von Klassenbewußtsein ist damit klar vorgezeich-

net. Mit den Ursachen der Mystifikationen sind auch die Bedingungen ihrer Aufhebung bekannt.

Nur im Klassenkampf selbst können die Fetische durchbrochen werden, die die Einsicht in die Zusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise verschleiern; dazu brauchen die Arbeiter keine 'beispielhaften Modelle', 'Werte des Sozialismus', die ihnen "Alternativen' zum Kapitalismus aufzeigen sollen. Die FÖJ braucht nicht darüber zu lamentieren daß die Arbeiter durch die Manipulateure irregeführt werden. Die Meinungsmanipulation ist eben nicht die Ursache dafür, daß das Ausbeutungsverhältnis vernebelt wird, sondern nur ein Mittel, wodurch diese Tatsache verstärkt wird.

"MANIPULATION"

Im Abschnitt 11 (der der 'Manipulation' gewidmet ist) kommt es so heraus, als ob der Grundwiderspruch unserer Gesellschaft der zwischen Manipulierten und Manipulateuren wäre. Der FÖJ kann die wirkliche Bedeutung der Manipulation nicht klar sein, denn dazu wäre die Klassenanalyse, die Analyse des Kapitalverhältnisses und der in ihm angelegten Mystifikationen notwendig. Die FÖJ produziert daher - das ist das erste, was auffällt - Tautologien en masse. Zwar ist die Manipulation "zur höchsten Perfektion entwickelt" (11/2) und sehr gefährlich, aber nicht total.
Sollte diese Problemstellung überhaupt sinnvoll sein, müßte sie lauten: Wenn unsere Gesellschaft in Klassen gespalten und widersprüchlich ist, die Widersprüche ihr dabei immanent sind, dann müssen diese Widersprüche sich auch im Bewußtsein niederschlagen und sich immer wieder in Konflikten, im Klassenkampf äußern Bei der FÖJ, die ja Widersprüche nur im Überbau annimmt (nirgends findet man eine Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise), stellt sich dieses Faktum als Phänomen des Bewußtseins dar, und sie kommt in kompliziertes Psychologisieren, das sie aber auch nicht bewältigt, weil sie sich in Tautologien verfängt.

> "Die Voraussetzung dazu, daß dieser Widerspruch latent bleibt, ist die Existenz eines Konformismus, der alle gesellschaftlichen Bereiche umfaßt." (11/4)

Oder: Solange die Leute konformistisch bleiben, bleiben sie es !
Diese entscheidende Einsicht scheint der FÖJ so bedeutsam, daß sie ihr noch einen zweiten Punkt widmet:

> "Solange der Mechanismus reibungslos funktioniert (aber wie lange funktioniert er, das ist gerade das Interessante, worauf wir schon die ganze Zeit die Antwort haben wollen), daß die Anpassung an die öffentliche Meinung' Voraussetzung dafür ist, von der Gesellschaft vollwertig integriert und akzeptiert zu werden, solange bleibt die Gefahr für das bestehende Herrschaftssystem, daß dieser Widerspruch massenhaft wirksam wird, relativ gering. Auch das umfassendste (?) Informationssystem produziert nur Konformismus, wenn für den Einzelnen (!) der unmittelbare Ansatz fehlt, die Zusammenhänge zu erkennen." (11/5)

Im nächsten Punkt endlich erfahren wir, wann die Manipulation nicht mehr funktioniert.

> "Erst wenn die Urteilsfähigkeit nicht darauf reduziert bleibt, sich vorgegebenen Entscheidungen zu unterordnen, sondern als Mittel zur Veränderung der eigenen Situation - zum Beispiel am Arbeitsplatz - erkannt und ausgenützt wird, wird das System des Konformismus brüchig und verliert seine Funktion als solide Basis der Meinungsmanipulation." (11/6)

Wenn sie nicht mehr funktioniert, weil die "Urteilsfähigkeit nicht darauf beschränkt bleibt, sich vorgegebenen Entscheidungen zu unterordnen", dann funktioniert sie also nicht mehr. Aber wenn das ist, wann der "Einzelne" nicht mehr will und gegen das System oder die Manipulation anzurennen beginnt, das ist nach wie vor unklar. Es muß unklar bleiben, denn es hängt nur von der Aufklärung ab. Daß und wie die Mystifikationen, die gerade nicht einfach falsche, aufmanipulierte Vorstellungen sind, sondern "reell", d.h. der wirklichen Struktur der kapitalistischen Produktionsweise entsprechen, durch den Klassenkampf durchbrochen werden können, darüber können wir von der FÖJ keine Auskunft verlangen. Allerdings scheint man dort schon einmal so

etwas ähnliches gehört zu haben und sich noch dunkel zu erinnern.
Bloß ist aus dem Klassenkampf die "Veränderung der eigenen (!) Situation - zum Beispiel (!) am Arbeitsplatz" (11/6) geworden, und "Urteilsfähigkeit" braucht der "Einzelne", wenn er sich oder "seine Situation" verändern will.
Von welchem "Einzelnen" ist hier eigentlich die Rede? Von jedem "Einzelnen", von allen "Einzelnen". Denn manipuliert werden die "kulturellen, politischen und wirtschaftlichen (!) Meinungen aller (!) Teile(!) der Bevölkerung" (11/1).
Genau wie die Bevölkerung aus "Teilen" besteht, besteht jeder "Teil" wieder aus "Einzelnen". Und alle werden manipuliert.
Vom Kampf der Klassen vom Klassencharakter der Manipulation kein Wort. Die Manipulation ist klassenlos. Schließlich hören alle "Teile" der Bevölkerung Radio, lesen Zeitungen (allerdings lesen manche "Teile" Kronenzeitung, manche die "Presse"!), gehen ins Kino - das ist nämlich der unbestreitbare Tatbestand, von dem die FÖJ bei ihren Überlegungen ausgegangen sein muß.

ZIELE DES KLASSENKAMPFES

Der ökonomische und politische Kampf hat zum Ziel die Erleichterung des Arbeiterdaseins, die Durchbrechung der Mystifikationen des Kapitalverhältnisses und Entwicklung von Klassenbewußtsein, die Organisierung der Arbeiterklasse, die Stärkung ihrer Kampfkraft und Machtposition. Ausgehend von diesen Zielen bzw. im Hinblick auf diese, müssen Strategie und Taktik des Kampfes wie auch die Organisationsformen abgeleitet werden. In den Klassenauseinandersetzungen mit dem Kapital müssen die Kampflosungen dergestalt gestellt werden, daß diese Ziele optimal erreicht werden, und daß über diese unmittelbaren Ziele hinaus das vorläufige Endziel - Sturz der herrschenden Klasse, Zerschlagung ihres Staates und Errichtung der proletarischen Diktatur - sichtbar wird bzw. bleibt. Die Tageskämpfe haben als unmittelbares Ziel nicht den Sozialismus, sondern vor allem die Vergrößerung der Macht der Arbeiterklasse, damit sie in Stand gesetzt wird, die Bourgeoisie schließlich zu stürzen.

Marek hingegen meint z.B., man müsse vor allem kämpfen "gegen die Aufsplitterung und Zersplitterung der menschlichen Fähigkeiten durch Arbeitsteilung, Technologie, usw., Kastenbildung (!) ... eingreifen in den Arbeitsprozeß, Arbeitern gewisse Kontrollfunktionen übermitteln im Arbeitsprozeß, also irgendwie (?) nagen (!) an diesen hierarchischen (!) Strukturen (!?), die es in dieser Gesellschaft gibt" (S. 10), und "Werte des Sozialismus" entwickeln.

Marek scheint nicht zu wissen, daß es gerade die kapitalistische Form des Produktionsprozesses ist, die den Menschen zu einem Anhängsel der Maschine macht, daß es die kapitalistische Form der Anwendung der Maschinerie ist, die zur Verstümmelung der menschlichen Fähigkeiten führt, und daß eine Änderung dieser Tatsache nur unter anderen, unter sozialistischen Produktionsverhältnissen möglich ist. Wenn man allerdings den Produktionsprozeß nur unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsprozesses und nicht in seinem Doppelcharakter als Arbeits- und Verwertungsprozeß betrachtet, den Arbeitsprozeß daher unabhängig davon, daß er dem Verwertungsprozeß unterworfen und durch dessen Erfordernisse geprägt ist, dann kann man glauben, daß Eingriffe in den Arbeitsprozeß unbeschränkt möglich sind. Für Marxisten hingegen ist klar, daß Zweck der Produktion im Kapitalismus nicht die Schaffung von Gebrauchswerten ist, denn der Kapitalismus "will nicht nur einen Gebrauchswert produzieren, sondern eine Ware, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur Wert, sondern Mehrwert " (K I, 201). Ziel ist die "rastlose Bewegung des Gewinnens", und nur innerhalb dieser Bedingung können Änderungen im Arbeitsprozeß durchgeführt werden. Das Ausmaß der möglichen Umgestaltungen des Arbeitsprozesses ist begrenzt durch die Verwertungsbedingungen des Kapitals.

Natürlich können die Arbeiter durch Störung des Produktionsprozesses oder durch die (gewaltsame) Durchführung solcher Veränderungen, die die Kapitalverwertung massiv beein-

trächtigen, diese Grenzen sprengen - aber das ist keine "Strukturreform", kein "Schritt" zur Aufhebung der von Marek oben zitierten kapitalistischen Übel, sondern die offene Kriegserklärung an das Kapital, eine Krise, die in einer Richtung gelöst werden muß, aber kein dauerhafter Zustand sein kann. Entweder der durchgeführte Eingriff in den Produktionsprozeß muß zurückgenommen werden oder der Konflikt entwickelt sich zur revolutionären Krise weiter. Diese selbstverständliche Einsicht ist nichts Neues, nichts, was nicht auch frühere Klassenkämpfe auszeichnete.

Marek reproduziert hier nur die schädliche Trennung von Lohnkampf, der als "ökonomistisch" abgetan wird, und dem Kampf um "neue Strukturen" des Produktionsprozesses. Er tritt damit als Theoretiker der Spaltung der Arbeiterklasse auf - denn genauso haben solche Theorien sich im Mai 1968 in Frankreich ausgewirkt. Er versteht nicht daß der Lohnkampf Momente enthält, die über ihn selbst hinaustreiben und ihn gegen das Lohnsystem überhaupt richten, daß es also darauf ankommt, wie er geführt wird. Zugleich versucht er der Arbeiterklasse einen Kampf um seine "neuen Werte" und Ideale aufzuhalsen, die gerade nicht aus den Kämpfen heraus entwickelt, sondern von ein paar Intellektuellen konstruiert wurden. Er verbreitet schließlich falsche Vorstellungen über die Ziele des Kampfes. Denn diese bestehen in erster Linie in der Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse, d.h. in Klassenbewußtsein und Organisation.

Aus diesen Überlegungen folgt, daß der "Mitbestimmung" der Arbeiter an der Gestaltung des Produktionsprozesses enge Grenzen gesteckt sind: "mitbestimmen" dürfen sie bestenfalls, wenn die Verwertung dadurch nicht mittelbar und unmittelbar gefährdet wird. Die Forderung nach Mitbestimmung beinhaltet die Mitverantwortung der Arbeiter für den kapitalistischen Produktionsprozeß. Mitbestimmen heißt, konstruktive Vorschläge einbringen, den Produktionsprozeß verbessern wollen, mitarbeiten an der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. (Es geht nicht darum, wie irgendwer die "Mitbestimmung" interpretiert, sondern was sie tatsächlich ist. Die Voraussetzung von Adjektiven wie "echt", "qualifiziert" und die Interpretation als antikapitalistisch verschleiert er daher nur. Wer Arbeiterkontrolle meint, soll auch Arbeiterkontrolle sagen. Und wer Mitbestimmung meint, ist und bleibt ein Revisionist.)

Der Kampf der Arbeiterklasse geht von den realen Widersprüchen und Konflikten, die im Kapitalverhältnis angelegt sind, aus und hat - wenn er revolutionär ist - die oben genannten Ziele. Um diese Ziele wird gekämpft: die Kampfkraft muß gesteigert werden - "Kräfte sammeln für die Revolution" heißt das bei den chinesischen Genossen; die Übergriffe des Kapitals müssen abgewehrt werden - das ist der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Lohne etc. Auch um Veränderungen des Arbeitsprozesses wird daher gekämpft. Es muß der Arbeiterklasse dabei völlig gleichgültig sein, ob die Kapitalverwertung dadurch gestört wird. Es gibt kein gesamtwirtschaftliches Interesse der Arbeiter, die Arbeiter dürfen keine Rücksicht darauf nehmen. Jede Kampfaktion im Betrieb beeinträchtigt zwangsläufig die Kapitalverwertung, aber dies stellt meistens nicht das Ziel, sondern bloß ein Druckmittel dar. Der Kampf geht aber keinesfalls darum, "humanere Beziehungen" zu schaffen und so den Sozialismus zu "antizipieren". Solche Flausen pflegen gesöhnlich den Köpfen jener Denker zu entspringen, die es sich leisten können, sich entfremdeter Arbeit zu entziehen. Vorwegnahme "dessen, was wir uns unter Sozialismus vorstellen", mag einer kleinen Gruppe von Privilegierten praktikabel erscheinen, ist aber keine für die Massen realisierbare Forderung, sondern lenkt sie von den wirklichen Zielen des Klassenkampfes ab.

Ziele der FÖJ

Marek steht nicht allein, bei der FÖJ ist es ähnlich: Auf die Initiative von unten, auf die Spontaneität der Massen - und zwar beides abstrakt genommen und daher falsch und folgenlos - auf ihre Einbeziehung in die "Entscheidungssphären" (!?) (18/1 und 2) komme es v.a. an. Nie wird klar, wozu das Ganze dienen soll, was die Ziele des Klassenkampfes sind.

"Das politische Konzept unserer Praxis in gewerkschaftlichen Bereichen beruht auf dem Vorantreiben der Forderung nach Mitbestimmung auf der Grundlage der Kontrolle der Beschäftigten gegenüber der Geschäftsleitung, dem Unternehmer. Es muß dabei klar zum Ausdruck kommen, daß in der gegenwärtigen Situation nur die Verwirklichung der radikalen Forderung nach Einblicknahme in die Bilanzen, Bücher etc. des Unternehmens den Arbeitern die Möglichkeit bietet, einerseits Lohnverhandlungen auf gleichberechtigter Ebene führen zu können und andererseits ihrer Mündigkeit bewußt zu werden. Es muß jeweils der politische Hintergrund eines Lohnkonflikts aufgedeckt und vermittelt werden. Einsolches Konzept bekämpft die Politik der Sozialpartnerschaft an der Wurzel, es rührt an all ihre institutionalisierten Verkehrsformen und Kanäle, es zielt auf ihre innere Aushöhlung ab."(23/4)

Wir sehen nur die chaotische Aneinanderreihung von Momenten des Klassenkampfes, die von der FÖJ mühsam zusammengetragen wurden, die aber miteinander nicht vermittelt werden und auf ganz verschiedenen Ebenen liegen. Sogar wenn wir der FÖJ die Frage ersparen, was die "gewerkschaftlichen Bereiche" sind und wodurch unsere "gegenwärtige Situation" gekennzeichnet ist (sie zeichnet sich offenbar besonders dadurch aus, daß in ihr das günstig, was in jeder "Situation" günstig ist!) - bleibt die unumgängliche Frage, was der "politische Hintergrund" (!) eines Lohnkonfliktes ist? Wahrscheinlich ist damit gemeint, daß so ein Lohnkonflikt auch gegen das Lohnsystem überhaupt gerichtete Momente enthält. Andererseits kann eine präzise Einschätzung der Bedeutung des Lohnkampfes jemandem nicht möglich sein, der der "Möglichkeit" nachjagt, "Lohnverhandlungen auf gleichberechtigter (!) Ebene zu führen". Statt Klassenbewußtsein wird die kleinbürgerlich-individualistische Vorstellung von "Mündigkeit" als Ziel angegeben. Die Losung der Selbstverwaltung ist zur "Mitbestimmung" verkommen, die aber gleich wieder uminterpretiert wird, um die Verwirrung noch zu steigern.

Es ist der FÖJ in der Tat gelungen, in einem Absatz ein adäquates Bild ihrer Strategie zu liefern: Forderungen und Momente aller Ebenen, von der allgemeinen Fragestellung: "Mitbestimmung" oder "Arbeiterkontrolle", wobei ein "Kompromiß" geschlossen wird, bis zu so konkreten Details wie "Öffnung der Bücher" (die Bilanzen sind sowieso offen!), einschließlich der Frage des Klassenbewußtseins, ebenfalls verkommen zu kleinbürgerlicher "Mündigkeit" - alles zusammengemischt, durcheinandergebracht zu einem unentwirrbaren Knäuel, ein wirkliches Spiegelbild der konfusen "Strategie", die es ausdrückt.

"SELBSTVERWALTUNG"

Damit ist ein entscheidender Punkt erreicht, denn es hat sich gezeigt, daß die FÖJ sich über die Ziele des Klassenkampfes völlig im unklaren ist - und daher abstrakt "Selbstverwaltung" (18/1) propagiert und bei der Formulierung dessen, was sie sich unter "konkreter Strategie" vorstellt - bei "Mitbestimmung" und seichtem Reformismus endet. Was von gewissen Genossen als Symptom der Linksentwicklung der FÖJ angegeben wird - daß sie über die Kritik der revisionistischen "Mitbestimmungsresolution" des XIX. Parteitags der KPÖ zur revolutionären Losung der "Selbstverwaltung" gelangt sei, erweist sich nur als weiterer Beweis für den eklektizistischen Charakter des "Programms" und für die Unfähigkeit und Ignoranz seiner Schreiber.

Die Losung Selbstverwaltung wird damit begründet, daß infolge der Entwicklungen in den"antikapitalistischen Übergangsgesellschaften", wo die Partei als auch die Sowjets völlig heruntergekommen und von ihrem revolutionären Kern nichts mehr übriggeblieben sei, nichts mehr da sei, was den Sozialismus "attraktiv" mache. Daher komme der "Entwicklung von beispielhaften Modellen durch die Arbeiterschaft der spätkapitalistischen Länder ... besondere Bedeutung zu ". (18/1)
Diese Begründung ist wieder typisch. Nicht aus den realen Erfordernissen des Klassenkampfes werden die Ziele bestimmt, sondern man braucht "Modelle," "Ideale des Sozialismus" - und wenn's die nicht gibt, dann wird Propaganda dafür gemacht, daß

sie eben hier ohne Rücksicht auf den wirklichen Verlauf des Kampfes "entwickelt" werden. Genau die oben zitierte idealistische Auffassung Mareks wird hier reproduziert - und der alte KP-Revisionismus tritt augenscheinlich zutage. Es ist dies nämlich wieder nur die "schöpferische Weiterentwicklung" der Strategie, die die KPdSU auf ihrem XXII. Parteitag formuliert hatte: durch den Aufbau des Kommunismus den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern die Uberlegenheit demonstrieren - "attraktiv werden" heißt das bei der FÖJ, diese sehen das irgendwann ein, wählen kommunistisch und der Übergang zum Sozialismus ist nur mehr ein friedliches Kinderspiel.

Interessant ist aber auch, daß von der "Selbstverwaltungslosung" weil sie dem "Programm" ganz abstrakt aufgesetzt ist, nur der alte "Mitbestimmungs"käs bleibt - und die chaotische Gesamtschau, in der die üble reformistische Handwerkelei schon angelegt ist (23/4)

Bei der Selbstverwaltung muß genau unterschieden werden zwischen Selbstverwaltung als Ofganisationsprinzip im Sozialismus (dies wurde oben behandelt und die FÖJ hat schon gezeigt, daß sie hier am rechten Flügel steht,) - und Selbstverwaltung als Kampflosung im Kapitalismus. Als Kampflosung kann und muß sie immer dann gestellt werden, wenn sie bei Zuapitzung der Klassenkämpfe dazu dienen kann, die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisie und die Aufrichtung der proletarischen Macht ins Bewußtsein der Massen zu heben und zu festigen. Es ist klar, daß die Aufstellung einer solchen Forderung hochentwickelte Klassenkämpfe voraussetzt, daß sie z.B. in Österreich zur Zeit zu überhaupt nichts taugen kann, weil mit dieser Losung ein Anknüpfen an das Bewußtsein der Massen und deren Organisierung unmöglich ist. Ebenso klar ist es, daß diese Losung im Kapitalismus nur kurzfristig (bei Betriebsbesetzungen) verwirklicht werden kann, eine Losung ist, die die Machtfrage beständig stellt.

ARBEITERKONTROLLE

Sie ist so verstanden inhaltlich nichts anderes als sie Losung der Arbeiterkontrolle. Und dies ist die revolutionäre Losung, die der revisionistischen "Mitbestimmung" entgegengesetzt werden muß - und bei der idealistische Mißverständnisse und die Verwechslung mit reaktionären Entwicklungen in den sozialistischen Ländern ausgeschlossen sind. Arbeiterkontrolle bedeutet: Rechte für die Arbeiter - ohne Pflichten, ohne "Verantwortung". Maximale Kampfkraft, maximale Einschränkung der Dispositionsfreiheit der Kapitalisten, maximale Macht der Arbeiter auch unter kapitalistischen Verhältnissen. Die Arbeiterkontrolle ist aber keinerlei "Antizipation" eines Organisationsprinzips im Sozialismus - gerade deshalb vermeiden wir den Begriff "Selbstverwaltung".

Bei der FÖJ aber sind die "Modelle", die unter der Losung der Selbstverwaltung entwickelt werden sollen, gerade als solche "Antizipation" von Bedeutung. Dies ist nur eine weitere Ausdrucksform der Verwischung des Unterschieds zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die wir schon in 16/3 fanden, wo die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Demokratie, nur als Weiterentwicklung der bürgerlichen aufgefaßt wird, die Sozialisten also quasi als Erben der Ziele der französischen Revolution und ähnlicher Käs'.
"Die Aufhebung der bürgerlichen, formaldemokratischen Institutionen bedeutet die gleichzeitige Weiterentwicklung ihrer ursprünglich revolutionären Substanz." (16/3)

GEWALT, STAATSMACHT, FRIEDLICHER WEG

Ein Glanzstück des FÖJ-"Programms" liegt in der Erkenntnis, daß die Meinungsmanipulation immer dann an Bedeutung für die Herrschaftssicherung gewinnt, wenn die herrschende Klasse (so schwach ist, daß sie) nicht zu terroristischen Mitteln zur Unterdrückung der Ausgebeuteten greifen kann. "Je geringer die Möglichkeit gewaltsamer Machtausübung und offener Unterdrückung sind, desto größer ist die Bedeutung dieses Elements der Klassenherrschaft." (11/1)

Gewalt

Bevor die Rolle der "Gewalt behandelt wird, muß man sich darüber Rechenschaft ablegen, daß der Kapitalismus im Gegensatz zu vorkapitalistischen Produktionsweisen nicht auf unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen beruht. In der mittelalterlichen Produktionsweise konstituiert die politische Gewalt unmittelbar ein ökonomisches Verhältnis, die Ausbeutung der Leibeigenen Bauern. Die Gewalt ist auch unmittelbar sichtbar und wird nicht - wie im Kapitalismus - durch die rechtliche Hülle der ökonomischen Beziehungen, die sich zwischen Arbeitern und Kapitalisten, beide scheinbar gleichermaßen Käufer und Verkäufer von Waren, abspielen, verschleiert. "Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. 'Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand ... der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitals über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den "Naturgesetzen der Produktion" überlassen bleiben, d.h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital. Anders während der historischen Genesis der kapitalistischen Produktion." (K I, 765) Anders auch, wenn der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse", wenn die "Naturgesetze der Produktion" durch Krisen gestört und in ihrem Funktionieren beeinträchtigt werden. Wenn der Kampf der Arbeiterklasse die versteckten Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse aufdeckt - dann greift die Bourgeoisie zur offenen Gewalt. Solange sie das aber vermeiden kann, wird sie es vermeiden. In diesen Perioden "ersetzt" die "Manipulation" die Gewalt, aber sie ist nichts ohne die aus dem Kapitalverhältnis selbst entspringenden Illusionen.

Das FÖJ-"Programm" dagegen sagt das genaue Gegenteil: Die Bourgeoisie ist nicht in der Lage, zur Gewalt zu greifen. Daher die große Bedeutung der Manipulation - denn wenn die einmal nicht mehr funktioniert, dann ... dann muß der friedliche Weg zum Sozialismus kommen, denn die Bourgeoisie wird doch wohl ohne Manipulation noch schwächer sein. Eine Analyse der FÖJ-These erübrigt sich, nur zwei Bemerkungen: nirgends wird erklärt, warum die Bourgeoisie bei uns so schwach sein soll und nicht zur Gewalt greifen kann (ganz gleich, ob die europäische Bourgeoisie i.a., oder die österreichische im besonderen gemeint ist). Man kann aus solchen Aussagen darauf schließen, welchen Maßstab die FÖJ bei der Einschatzung der Kräfteverhältnisse im Klassenkampf anlegt. Zweitens ist diese Absurdität der einzige auffindbare, aber dafür "schlagende Beweis" für die Möglichkeit eines "friedlichen Weges" zum Sozialismus.

Lenin hat bereits darauf hingewiesen: "In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme der Regierung heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die der Gewalt, die Methode der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Unterstützung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unversöhnlichen Ablehnung von Reformen ... Die zweite Methode ist die des "Liberalismus", der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.

Friedlicher Weg

Für die FÖJ stellt sich das ganz anders dar: In der "Dritten Welt" ist der Kapitalismus gewalttätig, dort "tobt er sich aus" (12/8), bei uns - friedlicher Weg, Manipulation; (denn dafon ist die FÖJ schließlich etwass mehr betroffen). Dann: Der US-Kapitalismus insgesamt ist gewalttätig, aber der österreichische

"mutet auf den ersten Blick harmlos und putzig an". In der 'Sommerakademie war er noch "putzelig", inzwischen hat er sich etwas weiterentwickelt. Schließlich ist drittens der Kapitalismus aggressiv nach außen, organisiert und integriert nach innen. Alle drei Behauptungen sind Unsinn, sie passen auch nicht so recht zusammen. Der ganzen Analyse kurzer Sinn ist einfach der: "Bei uns" ist ein "friedlicher Weg zum Sozialismus" möglich. Diese These (10/1) bedeutet die totale Revision des Marxismus-Leninismus und war schon immer die Krönung des Revisionismus.

Es gibt historisch keine große Revolution ohne Bürgerkrieg. Im allgemeinen ist der bewaffnete Aufstand des Proletariats der einzige Weg zum Sozialismus. Den "friedlichen Weg" propagieren bedeutet, auf den Kampf um den Sozialismus letztlich überhaupt zu verzichten und das Bewußtsein der Arbeiter zu trüben zu versuchen. Ein Blick auf Frankreich 1968 oder Italien genügt. In Italien die Arbeiterklasse nicht auf die bewaffnete Auseinandersetzung vorbereiten, ist ein Verbrechen am Sozialismus. Die vom Proletariat angewandte Gewalt ist keine bloß defensive ("Wenn die Bourgeoisie Gewalt anwendet, schlagen wir zurück"), sondern offensiv. "Aber der ist kein Sozialist, der erwartet, daß der Sozialismus ohne soziale Revolution und Diktatur des Proletariats verwirklicht wird. Diktatur ist Staatsmacht, die sich unmittelbar auf die Gewalt stützt. Gewalt in der Epoche des 2o. Jahrhunderts - wie überhaupt in der Epoche der Zivilisation - ist weder die Faust noch der Knüttel, sondern das Heer.(Lenin 23, p.92)

Der Weg zum Sozialismus führt über die Eroberung der Staatsmacht. Eckstein jeder revolutionären Strategie, die Grundfrage der proletarischen Revolution ist die Einschätzung der Rolle des Staates, sowohl im Kapitalverwertungsprozeß als auch als Machtmittel in Händen der Bourgeoisie. Revolutionäre und revisionistische Positionen lassen sich in der Einschätzung des Verhältnisses von Staat und kapitalistischer Gesellschaft erkennen; davon hängt auch die richtige Strategie und Organisationsform der Arbeiterbewegung im Kapitalismus ab.

Es ist kein Zufall, daß im FÖJ-"Programm" die Kategorie "Staat" fehlt (das Wort kommt vor), daß sowohl eine Einschätzung der Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß fehlt, als auch als Machtmittel der Bourgeoisie. Kein Wort über die Notwendigkeit der Eroberung der Staatsmacht und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates.

Ebenso fehlt völlig eine Stellungnahme zu einer aus der Einschätzung des Staates abgeleiteten Frage: zum Parlamentarismus.

Der"friedliche Weg" wird nicht nur von der FÖJ vertreten, sondern auch von den meisten KPs Europas, auch der KPÖ.

Die Argumente, die von dieser Seite gewöhnlich für den "friedlichen Weg" vorgebracht werden, sind einmal: daß die Hauptfront der Klassenauseinandersetzung zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager sich vollziehe und die sozialistischen Länder der siegreichen Revolution schützend zur Seite stehen würden. Das zweite Argument: daß das Monopolkapital sich im Gegensatz zu zu den breitesten Schichten der Bevölkerung befinde, und gegen eine "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" (DKP) keine Massenbasis mehr finden könne, also Gewaltanwendung nicht mehr möglich sei. Der Weg zum Sozialismus sei möglich durch ein breites Bündnis der "antimonopolistischen Kräfte", wodurch die Monopolbourgeoisie isoliert werde. Eigentliches Ziel des Ganzen ist freilich gar nicht der Sozialismus, sondern eine "demokratische Zwischen etappe" (?) die allmählich in den Sozialismus hineinwachsen werde.

Grundzug dieser Strategie ist das Abrücken vom Klassenstandpunkt, die Verwischungder Klassengegensätze, die Identifizierung von kleinbürgerlichen mit proletarischen Interessen, die Liquidierung des Sozialismus als Ziel.

DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER MARXISTEN

ORGANISATIONS- UND BÜNDNISFRAGE

Eine Strategie, was den eigentlichen

Inhalt eines "Programms" ausmachen sollte, ist im ganzen Elaborat nicht zu finden: Außer Gemeinplätzen nichts! Man kann der FÖJ wirklich nicht vorwerfen, den "Stein der Weisen gefunden und die Wahrheit gepachtet" (p. 1 und 2) zu haben, wie sie es befürchtet.

Mit dem Punkt 23 beginnt der unglückliche letzte Abschnitt des "Programms", wo man Schlußfolgerungen aus den bisher 45 Seiten umfassen den Analysen zieht und so etwas wie eine "konkrete Strategie" entwickelt. Hier muß sich erweisen, was die bisherigen Analysen taugen. Was findet man? Gemeinplätze und pragmatische Anweisungen, die nur die aktuelle Politik der FÖJ rationalisieren. "Da wir eine marxistische Bewegung junger Menschen sind, orientieren wir uns naturgemäß (!) auf die Aufdeckung aller Widersprüche, die im kapitalistischen System trotz seines reformierten und rationalisierten Charakters nach wie vor enthalten sind. Auch die politische Aufklärung Mobilisierung und Organisierung von Lohnabhängigen in ihrer spezifischen Situation. Von großer Wichtigkeit ist die Differenzierung dieser Widersprüche, die Artikulierung und Vermittlung der geänderten Formen der Ausbeutung und Unterdrückung sowie der besonderen Stellung von traditionell benachteiligten gesellschaftlichen Gruppierungen", d.s. Frauen, Jugendliche, Soldaten, Heiminsassen etc. "Unsere Hauptaufgabe aber liegt in der richtigen Einschätzung und dem daraus resultierenden Aufgreifen der Konfliktstoffe in der Lage der Mehrzahl der Arbeiter- Angestellten-, der marxistischen Jugend in Österreich, insbesondere der Frau.(!) (23/5)
und in 4/1 hieß es schon: "Als Bewegung junger Menschen sehen wir unsere vordringlichste Aufgabe darin, die Ursache der zahlreichen Konflikte von Jugendlichen aufzudecken, sie auf ihren politischen Inhalt zu bringen und in unserer täglichen Praxis mitzuverarbeiten."

Wir untersuchen gar nicht mehr, ob diese eklektizistischen Pseudostrategie vom proletarischen Klassenstandpunkt ausgeht und demnach "alle" Widersprüche" beurteilt, d.h. ihren Klassencharakter in Betracht zieht, denn schließlich: warum sollen sich Kommunisten "aller Widersprüche des Kapitalismus" (!) annehmen, sie sind ja keine Ombudsmänner. Der ganze Passus liefert nur die zusammenhang- und sinnlose Aneinanderreihung "aller Widersprüche", die den Schreibern in der Eile eingefallen sind. Eine Anleitung zum revolutionären Handeln resultiert daraus nicht, marxistisch abgeleitete Hauptaufgaben der gegenwärtigen Etappe sind nicht erkennbar. Die miese Politik der FÖJ hat hier ihr theoretisches Pendant gefunden.

Organisation

Die formulierten "Ziele" können nicht ganz ohne Organisation erreicht werden. Das sieht auch die FÖJ. Noch bei der Sommerakademie 1970 war das Referat von Margulies über Organisationsfragen Ausdruck der negativen Fixierung an das, was er sich unter "Kaderstrukturen", "Bürokratie", "Stalinismus", "administrative Lösung" usw. vorstellte. Nach jedem Satz ein ganzer Schwall von Verwahrungen gegen den ohnehin nicht erhobenen Vorwurf des "rigiden Kadermodells" und des Autoritarismus. Dieses Referat drückte nur Organisationsfeindlichkeit oder besser: Organisationsangst aus. Inzwischen hat man sich bei der FÖJ etwas gefangen: Eine neue "revolutionäre Organisation" soll aufgebaut werden. "Daher (weil die KPÖ schlecht ist) ist die nächste Aufgabe der marxistischen Linken in Österreich der Aufbeu einer revolutionären Organisation der Arbeiterklasse, der Intelligenz, aller Lohnabhängigen. Die FÖJ - Bewegung für Sozialismus betrachtet es als ihre grundsätzliche Aufgabe, zum Aufbau einer solchen Organisation beizutragen." (23/1)

Was ist das für eine Organisation? Keine Klassenorganisation des Proletariats, das steht eindeutig da, sondern - ein "Verein linker Menschen", bei der das Bündnis und die Einheitsfront schon in die Organisation selbst zurückgenommen sind. Daß in 25/1 gegen den demokratischen Zentralismus opponiert wird, erübrigt sich, denn dieses Prinzip ist nicht formal (wie die FÖJ meint), sondern das inhaltliche Organisationsprinzip der proletarischen Avantgardepartei. Da die FÖJ gar nicht den Anspruch erhebt, so etwas

einmal zu werden, hätte sie sich die Distanzierung vom Leninismus sparen können. Mit dem Seufzer "Ja, damals, in Rußland!" und der kindischen Suggestion, der Stalinismus liege schon im demokratischen Zentralismus begründet, endet der Absatz. Vollinhaltlich lautet er:
"Es hat sich immer wieder gezeigt, daß der Prozeß der Entfremdung revolutionärer Parteien von den Massen und die daraus resultierenden oft tragischen Fehlentwicklungen der Gesellschaft tief in den organisatorischen Formen dieser Parteien begründet sind. Der demokratische Zentralismus als organisatorische Substanz der bolschewistischen Partei bewährte sich, als der unmittelbare revolutionäre Kampf unter extrem schwierigen Bedingungen, der Illegalität etc. andauerte. Nach Konsolidierung einer siegreichen Revolution und Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse hat sich die bürokratische Deformierung dieses Organisationsprinzips gegen die Massen der arbeitenden Bevölkerung gekehrt." (25/1)
Handelt es sich jetzt um die organisatorische Form oder organisatorische Substanz? Oder ist für die FÖJ Form gleich Substanz?

In 25/2 wird dann die richtige Organisationsform poditiv entwickelt. Marxisten leiten die Organisationsform aus der Analyse der Klassenbewegungen her. So drückt z.B. der demokratische Zentralismus u.a. die innere Differenzierung der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit, daß die fortgeschrittenen Schichten die rückständigen und Randschichten mitreißen, organisatorisch aus (nicht aber den kalten Winter in Rußland oder die zaristische Geheimpolizei!); Die FÖJ leitet die Organisationsform aus gar nichts her, sondern projiziert die aktuellen pragmatischen Erfordernisse in die Zukunft, das Ganze vermischt mit ein bißchen Antizipationsromantik und Modellbau, alles sehr "dialektisch": "Bestimmte altbewährte Formen der Organisation müssen herangezogen werden: Mitgliederwerbung in Form von Definierung und Verwirklichung von Zielgruppen, ihre Einbeziehung in Basisgruppen, deren Stärkung und Erweiterung." (25/3)

Wir haben schon gesehen, daß diese Organisation keine proletarische Klassenorganisation, sondern der Kristallisationskern der "Kräfte des Sozialismus" sein will. Lenin hat ständig auf den "organischen Zusammenhang zwischen dem Opportunismus in organisatorischen und taktischen Fragen" hingewiesen. Der Verlust des Klassenstandpunktes muß sich in der Stellung der Organisationsfrage besonders krass und deutlich äußern. Die FÖJ bestätigt dies, indem sie die Notwendigkeit einer proletarischen Abantgardeorganisation faktisch leugnet und an ihre Stelle einen Verein linker Menschen setzt, - und das ganze noch für eine strategische Beantwortung der Organisationsfrage hält.

Die "Bündnisfrage" stellt sich gar nicht mehr. Marxisten verstehen unter der "Bündnisfrage" die Frage von Klassenbündnissen, die Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber Mittelklassen. Wenn aber sowieso alle zu einer "mehr oder minder homogenen Klasse" verschmelzen, - dann kann unter "Bündnisfrage" nur mehr platteste Vereinskoaliererei verstanden werden.
"Nach wie vor findet die Bündnisfrage ihre konsequenteste (!) Beantwortung in der Vorbereitung und Schaffung der revolutionären Einheitsfront der Linken in Form konkreter Aktionsgemeinschaften und politischer Plattformen." (13/3)
Das ist wohl das Wesen einer "zielstrebigen und glaubwürdigen Bündnispolitik" (25/3), als deren Zweck ebenda die Beteiligung an Wahlen (!) angegeben wird.
"Von einer zielstrebigen und glaubwürdigen Bündnispolitik hängt auch die Möglichkeit ab, in absehbarer Zeit die Institutionen und Einrichtungen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene zunahmend auszunützen. Das hat aber nur dann einen Sinn, wenn die außerparlamentarischen Kämpfe gleichzeitig gesteigert werden." (25/3)
Bevor wir weitergehen, muß einiges geklärt und entwirrt werden. "Einheitsfront" ist für Marxisten die Taktik der Arbeiterbewegung in einer ganz bestimmten Phase der Klassenauseinandersetzungen. Bei der FÖJ hat der Begriff jeden Klassenbezug verloren und bedeutet Vereinskoalitionen: "Einheitsfront der Linken". Unter ihn wird jede Zusammenarbeit

subsumiert, von der "konkreten Aktionsgemeinschaft" bis zur "politischen Plattform". Und die Schaffung von so etwas ist die "konsequenteste Beantwortung der Bündnisfrage". Die "Einheitsfront" zur klassenunspezifischen Formel und zum universalen Prinzip gemacht, das immer und überall angewendet werden kann, "beantwortet" nicht nur die "Bündnisfrage", sondern sie reicht auch in die "Organisationsfrage" hinein. Der erste Teil des Satzes 13/4 muß mit dem letzten Teil ebendieses Satzes irgendetwas zu tun haben, uns ist leider nicht ganz klar geworden, was!
"Die Notwendigkeit der Bildung von linken Einheitsfronten wird dadurch unterstrichen, daß sowohl im Lager jener Staaten, in denen die Produktionsmittel vergesellschaftet worden sind, als auch in der gesamten sozialistischen Weltbewegung seit längerer Zeit ein Differenzierungsprozeß im Gange ist, der als Ausdruck der veränderten Bedingungen des antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampfes gebieterisch nach neuen Strategien, nach dynamischerern und flexibleren Aktions- und Organisationsformen verlangt. (13/4)

Vermutlich müssen deshalb v.a. "Einheitsfronten"geschlossen werden, weil heutzutage einfach "dynamischere und flexiblere Aktions- und Organisationsformen" notwendig sind. Das Ganze hat irgendetwas mit der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zu tun und mit dem Bankrott des modernen Revisionismus der KPI und der KPF etwa - aber was? Was dadurch "Unterstrichen" wird, ist die Notwendigkeit, dem Revisionismus den revolutionären Marxismus entgegenzusetzen, und zwar in der jeweils richtigen politisch-organisatorischen Form.

Der ganze Satz ist aber aus einem anderen Grund interessant. Offenbar will man den allzu pragmatischen Charakter von 13/3 etwas verdecken und - führt daher dieses banale "Organisationsprinzip" auf die "große Weltpolitik" zurück. Etwas Analoges finden wir in 13/1, wo die "Kräfte des Sozialismus" mit einem Riesen-Wischer zusammengefügt werden, "in einem täglich stärker (!) werdenden Bündnis mit fortschrittlichen (?) Strömungen (?), die weite Kreise der Religionsgemeinschaften, der bürgerlichen (!!!) Intelligenz und der nationalen (!) Bewegungen erfassen. " (13/1)

Der Abschnitt 13 scheint jetzt von mehreren Bündnissen ganz verschiedener Art gleichzeitig zu handeln, denn in 13/1 handelt es sich im Gegensatz zu später nicht um das Bündnis linker Vereine, sondern um "Kräfte", "Strömungen", "Kreise" und "Bewegungen", die sich miteinander verbünden. Aber lassen wir uns nicht verwirren, halten wir uns an die "konsequenteste" Beantwortung, deren Faden in 25/3 wieder aufgenommen wird. Über den politischen Inhalt eines solchen Bündnisses ist nichts zu erfahren, dafür über seinen formalen Charakter: gegenseitiges Respektieren, kein Führungsanspruch etc. Die ideologische Auseinandersetzung wird kassiert. "Ohne Scheu vor Auseinandersetzungen über grundsätzliche Fragen der Politik sollten unnötige Polemiken gemieden, Gemeinsames herausgearbeitet werden." (25/3) Sogar die "Scheu vor Auseinandersetzungen wäre beim politisch- ideologischen Niveau der FÖJ verständlich. Wir erfahren auch etwas über den lokalen Geltungsbereich derartiger Bündnisse: "insbesondere in Lateinamerika, aber auch in Afrika Asien" (13/2) und selbstverständlich auch in Europa, denn das Ganze wurde ja durch Generalisierung der Erfahrungen in der Belvederegasse, Wien IV, gewonnen.

Zuletzt wird noch der Eindruck zerstört, es handle sich bei dem Ganzen nur um Pragmatismus: "Von der Schaffung dieser (!) linken Einheitsfront hängt aber letztlich der Ausgang des Kampfrs um das gemeinsame strategische Ziel ab, der Errichtung der Grundlagen für den Sozialismus in Österreich." (25/3)

Nachdem damit die Organisationsfrage und die Bündnisfrage ebenfalls beantwortet, alle Fragen einer revolutionären Strategie analysiert und zusammengefaßt sind, kann die FÖJ mit recht pathetisch ausrufen: "Der österreichische Sozialismus wird Baustein eines vereinigten sozialistischen Europa werden. Welches seinerseits ein Pfeiler der sozialistischen Weltgemeinschaft sein wird." (26/1)

Anhang:
Replik der FÖJ.
Eine Vorwegnahme .

Wozu schreibt man eigentlich Programmentwürfe? Angesichts der in Student im Klassenkampf Nr. 5 unter dem diffamierenden Titel "FÖJ-Bewegung für Revisionsismus" erschienenen MLS-"Kritik" am Entwurf unseres Grundsatzprogramms scheint es nicht überflüssig, diese Frage nachdrücklich aufzurollen. Wie schon der Name "Entwurf" sagt, wie im Vorwort ausführlich betont und in Aspekte Nr. 41 angekündigt, beabsichtigten wir damit folgendes: Es sollten einige zentrale Fragen und heiße Eisen zur Diskussion gestellt werden, um damit bewußt Kritik - als Voraussetzung eines Klärungsprozesses in der österreichischen Linken - hervorzurufen, eine Kritik allerdings, die sich im solidarischen Rahmen gemeinsamer Strategiefindung bewegt und diese vor antreibt. Daß die MLS diese Absicht verkennen muß und daß sie an einer Konsolidierung der österreichischen Linken desinteressiert ist, war vorauszusehen und wundert einem eigentlich nicht mehr. Daß ihre "Kritik" freilich in diesem Maße den Boden der Solidarität verlassen hat, sich durch Ton und Inhalt so sehr von den anderen Stellungnahmen von Genossen aus allen Bundesländern unterscheidet, hat selbst diejenigen unter uns vor den Kopf gestoßen, die eigentlich nichts anderes erwartet haben. Hier werden bewußt Feindbilder gezimmert, hier soll der Gegner mit allen Mitteln der altbekannten monolithischen Demagogie unmöglich gemacht werden, indem man ihm das Kainszeichen des "Revisionistem" anklebt. Solche Methoden die einem Zentralorgan eher anständen als einer sich auf die Väter des wissenschaftlichen Sozialismus berufenden Intellektuellenorganisation, richten sich eigentlich selbst und es fällt uns nicht ein, diesen Wust von Verleumdungen, bewußten Mißverständnissen und Vorurteilen ein weiteres Mal als das zu entlarven, was er ist.

Wenn wir es trotzdem tun, so nicht, um uns von dem albernen Vorwurf des "Revisionismus" reinzuwaschen. Unter Marxismus verstehen wir prinzipiell eine in ständiger Veränderung befindliche Methode der Orientierung und keine "ewige Wahrheit", die man gleichsam nur aus der Tasche zu ziehen braucht. Daß wir ihn demzufolge schöpferisch und konkret anwenden und dabei stets auf Kritik gefaßt sind, versteht sich von selbst. So bestreiten wir auch nicht, daß dies und jenes auch von der "Kritik" der MLS berechtigt sein mag und werden manches davon in unseren Klärungsprozeß einbeziehen. Aber ein Programm einer sozialistischen Bewegung, das wirklich viele mit den Verhältnissen potentiell Unzufriedenen ansprechen soll, ist eben etwas anderes, als eine Wiederholung abstrakter Klassikeraussagen. Mit elitärer Arroganz und dem Herbeten des"reinen" Marxismus ist es hier nicht getan,

im Gegenteil, dies muß mit aller Schärfe abgelehnt werden, will man nicht ein weiteres Mal die emanzipatorische Bewegung der Massen auf dem Scheiterhaufen dogmatischer Erstarrung opfern.

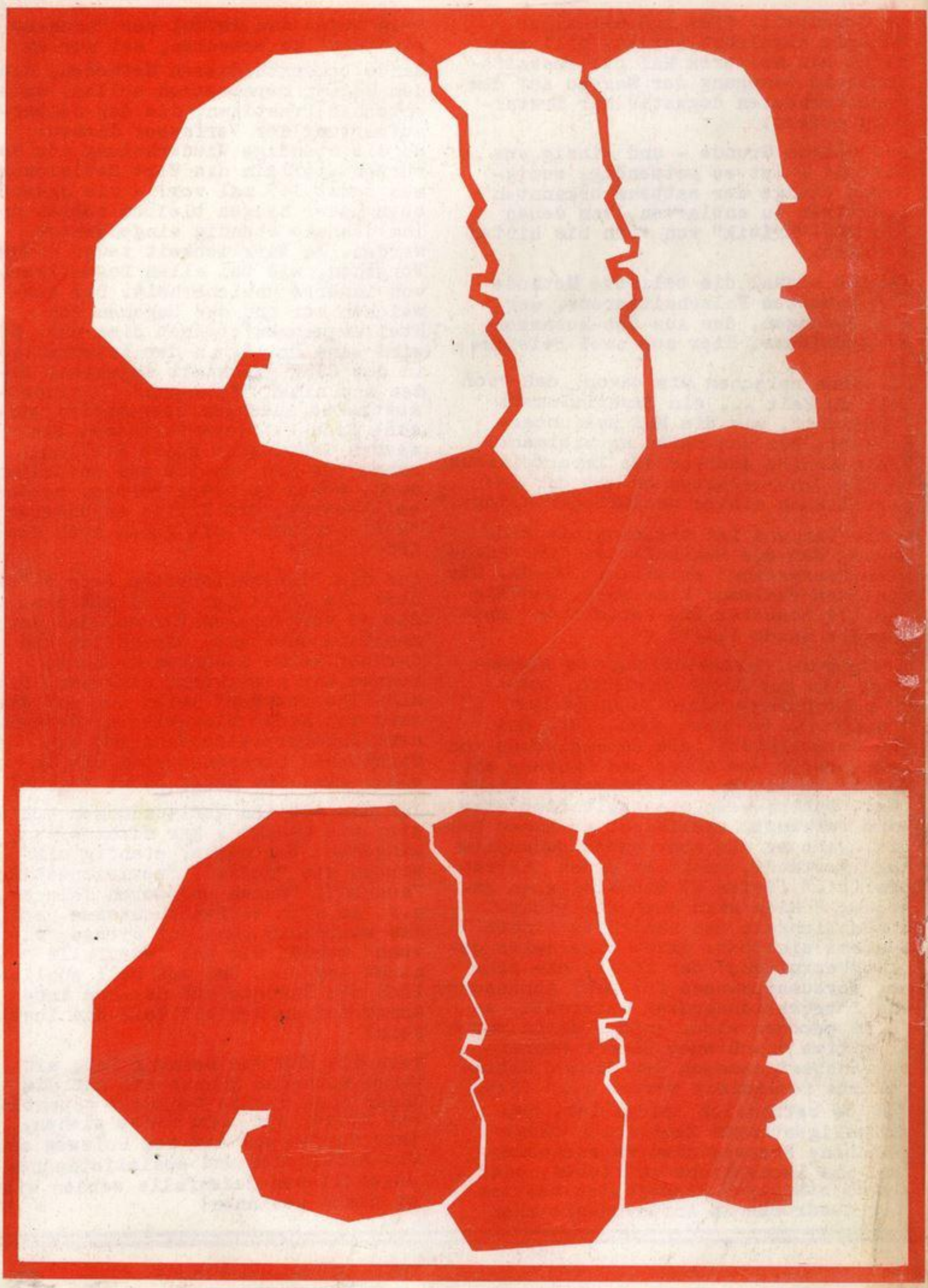
Aus diesem Grunde - und einzig aus diesem! - ist es notwendig, wenigstens einige der sattsam bekannten Praktiken zu entlarven, von denen die MLS-"Kritik" von vorn bis hinten strotzt.

Da ist einmal die beliebte Methode des bewußten Falschzitierens, der Auslassungen, des Aus-dem-Zusammenhang-Reißens. Hier nur zwei Beispiele:
Nirgends sprechen wir davon, daß "von Zeit zu Zeit ... ein Imperialismus ausbricht", wie die MLS uns unterschiebt. Bei uns heißt es vielmehr: "Seit Lenins Analyse des Imperialismus um die Jahrhundertwende hat der Imperialismhs einige Neuauflagen erlebt."

Oder: Bei uns ist nirgends die Rede davon, daß die Manipulation "zur höchsten Perfektion" entwickelt wurde. Wir stellten vielmehr klar fest, daß sie "zu (!) höchster (!) Perfektion" entwickelt wurde (11/2)

Weiterhin: Unterstellung von Aussagen, die gar nicht dastehen, bzw. die Verdrehung einer Aussage ins Gegenteil. So etwa, wenn die MLS uns unterschiebt, die Realisierung von Extraprofit vom Alter des Käufers abhängig zu machen. "Extraprofit klingt gut.. Daher: wenn ein Kapitalist eine Ware verkauft, realisiert er einen Profit; wenn er sie aber einem Jugendlichen verkauft, macht er einen 'Extraprofit'." (Seite 6) Wir schrieben dagegen: " Hier wird auch die Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems sichtbar: indem einerseits gegen "Verrottung" der Moral, die eine der Voraussetzungen für den Anpassungs und Integrationsprozeß darstellt, zu Felde gezogen wird, andererseits durch primitive Ausnützung dieser Emanzipationsbestrebungen der Jugend Extraprofite realisiert werden ..." (5/4)
Daß es bekannlich leicht ist, den intelligentesten Text durch eingeschobene Fragezeichen zu zerhacken und ins Lächerliche zu ziehen, oder durch ständiges Wiederholen bestimmter Ausdrücke in Anführungszeichen beim Leser das Gefühl der "Lächerlichkeit" zu erwecken, sei nur am Rande bemerkt. Diesen Methoden, die den Gegner herabsetzen sollen, entsprechen Praktiken, die der Selbstaufwertung der Verfasser dienen:
So die ständige Wiederholung von Vorwürfen - allein das Wort Revisionismus kommt 147 mal vor! - die dadurch beim Leser hängen bleiben sollen und ihm deshalb ständig eingehämmert werden. In Wirklichkeit zeugt dieses Vorgehen, wie bei allen Dogmatikern, von innerer Unsicherheit. Das Ausweichen vor und das Umgehen von Stellungnahmen ergänzt dies nur. So wird eine Kritik an der Intervention in der CSSR geschickt umgangen, indem man einen "Fachmann" (Lindner?). abstrakte Aussagen über sozialistische Produktionsverhältnisse etc. machen läßt. Eine klare Stellungnahme zur KPÖ vermißt man natürlich auch, wobei ironischerweise, nebenbei bemerkt, die Kritik an unserem "Revisionismus" oft genug auch die KPÖ trifft!

Auf die Binsenweisheiten (vor allem über die Rolle der Arbeiterklasse), die so vorgetragen werden, daß der Anschein entsteht, wir hätten uns darüber keine Gedanken gemacht, können wir hier nicht eingehen. Die MLS-"Theoretiker" seien nur auf das Buch von Mauke hingewiesen, dessen neue Interpretationsansätze den Marx'schen Klassenbegriff oft in ein gänzlich neues Licht rücken.

Auf die simplen Verleumdungen wollen wir, wie gesagt , gar nicht erst eingehen! Wer meint, ständig mit Worten wie "infam", "revisionistisch" "absurd", "durch und durch falsch" u.ä. um sich werfen zu müssen, soll das weiterhin tun. Auf dieses "Niveau" werden wir uns jedenfalls nicht begeben. Und was soll schließlich die Parodie auf unseren Antwortbrief am Schluß? Soll das lustig sein?

Wenn die MLS der Meinung ist, mit ihren Methoden könnte sie auf die Dauer eine breite Mehrheit potentiell Linker auf ihre Seite ziehen, dann dürfte sie auf dem Holzweg sein Die kritischen und sozialistischen Jugendlichen jedenfalls werden sie so nicht gewinnen!